

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 30 Mark pro Monat, 1.10 Mk. pro Vierteljahr, 3.50 Mk. pro Halbjahr, 6.50 Mk. pro Jahr, frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, 3.50 Mark pro Vierteljahr, 6.50 Mark pro Halbjahr, 12.00 Mark pro Jahr, frei ins Haus.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4.00 Mark pro Monat, Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

ersch. täglich.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die (schwebende) Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gemeinnützige Anzeigen und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (zweiwöchige Fortsetzung des Wortes), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. (zweiwöchige Fortsetzung des Wortes) für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 23. Juni 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

### Aus Geschäftsbriefen königl. bayerischer Titelschacherer.

Vor nicht allzu langer Zeit wurde eine Nürnberger Kommerzienratswitwe auf Zahlung von 15 000 M. für Bemühungen bei Verleihung des Kommerzienrattitels an den verstorbenen Gatten verklagt. Klägerin war eine Oberamtsrichterswitwe, der ein Titelvermittler, Ingenieur Hellsdorfer in München, diese Forderung jectiert hatte. Nach einem sehr langen Prozeß einigten sich die beiden Parteien und schlossen einen Vergleich. Vorher hatte eine Zivilkammer des Landgerichts Nürnberg die Berechtigung der Entschädigungsforderung des Titelunterhändlers H. durch Urteil festgelegt und nur die Höhe der Forderung beanstandet. Im Verlaufe dieses langen Prozesses kamen in den Gerichtssälen eine Reihe von Briefen des Ingenieurs H. und eines anderen Titelvermittlers, des Herrn Erwin Wolf, zur Verlesung. Herr Wolf ist Inhaber eines Immobilienvermittlungsgeschäftes in Nürnberg und zählt dort zur Hautevolée. Die in dem Titelschacherprozeß verlesenen Briefe zeigen mit drastischer Deutlichkeit, daß der Kapitalismus alle ideellen Werte kapitalisiert. Daß Orden und Titel gekauft werden, ist ja längst nicht mehr neu, aber aus dem Briefwechsel der beiden Verfälscherer königl. bayer. Titel ist recht hübsch zu ersehen, daß der Zwischenhandel auch bei der Ware Orden und Titel für die zahlungsfähigen Konsumenten dieser Ware ein nicht besonders angenehmer Faktor ist, der die Ware nicht unweissentlich verteuert. Es spricht nicht für die Intelligenz der Konsumenten von Kommerzienrats-, Hofrats- und anderen Titeln und der von Ordenssehnsucht Behafteten, daß sie bis jetzt noch keine Organisation zur Wahrung ihrer Interessen und zur Aufrechterhaltung des Zwischenhandels zuwege brachten. Der eine der hier in Frage kommenden Titelschacherer, Ingenieur H., wohnt in München, der andere, Herr W., hat sein Domizil, wie schon vermerkt, in Nürnberg. Es geht aus den Briefen, die förmliche Kurddokumente sind, hervor, daß zwischen Herrn W. und Herrn H. eine gut durchgeführte Arbeitsteilung herrichte und daß ganz kaufmännisch und ordnungsgemäß verfahren wurde. Herr W. angelte in Nürnberg die „Titelkandidaten“ und stand diesen mit Rat und Tat bei, während Herr H. den geschäftlichen Teil an „wohlgeliebter“ und „höchster Stelle“, sowie — er drückte sich selbst so aus — „bei der Krone“ erledigte. Wie im einzelnen Falle die Sache eingeleitet wurde, zeigt dieser Brief, den Herr W. an Herrn H. in München schrieb:

empfehlen, auf dem Rückwege nach der Vorstellung bei Herrn Dr. Schermann dem Herrn W. zu versichern zu geben, daß mir in der Sache doch ein großes Verdienst zukommt, nachdem ich schon öfter in dieser Angelegenheit in München gewesen bin und auch seinerzeit bei Herrn Ritter v. Seitz mir große Mühe gegeben habe. Führen Sie dem Herrn W. ein beliebiges Beispiel vor, daß ich bei einer früheren Gelegenheit auch schon einmal einige tausend Mark Bonifikation erhalten habe. W. wird dann begreifen, daß er auch mir gegenüber zu etwas verpflichtet ist. Wenn er Sie über die Form fragen wird, so können Sie ihm ruhig 2000—3000 M. angeben, die dann schließlich unter uns geteilt werden.“

Herr Ritter von Seitz ist der Direktor der königlichen Kunstakademie in München.

Es gibt auch Titelskandidaten, die wählerisch sind. Hierzu zählt der Inhaber einer großen Drogerie in Nürnberg Dr. Soldan. Dieser Herr wollte nicht Kommerzienrat, sondern Hofrat werden. Die Herren Wolf und Hellsdorfer hatten das Geschäft zu erledigen. In dieser Sache schrieb einmal Herr W. an Herrn H. in München:

„Er (Dr. Soldan) betonte ausdrücklich, daß für ihn der Titel eines Kommerzienrates hinfällig sei, und wüßte er auf diesen Titel Verzicht leisten, da er sich mit seiner Doktorwürde nicht vertragen; er könne nicht Dr. Kommerzienrat heißen. Auch will er die Angelegenheit baldmöglichst erledigt wissen. Es liegt nun in Ihrer Hand und in der Hand Ihrer hohen Gewährsmänner, die Angelegenheit schnell zum Abschluß zu bringen. Keinesfalls, wie es voriges Jahr gegangen ist, ist Herr Dr. Soldan nicht bereit einzugehen; er will endgültig die Sache erledigt wissen, in anderen Fällen er auf alles Verzicht leistet. Wenn Sie in der Lage sind, diese Sache nunmehr nach diesen präzis vorgetragenen Wünschen des Herrn Dr. S. zu erledigen, bitte ich Sie um baldgefälligen Bescheid. 10 000 M. sofort, 20 000 M. in 1½—2 Jahren. Die 50 000 M. stellt Herr Dr. S. sofort zur Verfügung, wenn ihm der sichere Nachweis der Verleihung eines Hofratsstitels zugeleitet ist. Inzwischen empfehle ich mich ufm.“

Herr Dr. Soldan ist später offenbar bescheidener geworden, denn am 3. April 1914 verkündete die bürgerliche Presse Nürnbergs und die bayerische Staatszeitung, daß Herr Dr. Soldan-Nürnberg durch die Guld der „Krone“ der Kommerzienrattitel verliehen wurde. Was dafür bezahlt wurde, stand nicht dabei. Herr Dr. Soldan nennt sich jaßt trotz alledem Dr. Kommerzienrat. Zwischen dem Kommerzienratskandidaten W. und Herrn Wolf bestand eine lebhafte Korrespondenz. Einmal gab sich der Kandidat so, als läge ihm nichts an dem Titel; er sagte bei: „Indessen kann er (der Titel) in geschäftlicher Hinsicht von großem Nutzen sein. Als der vergeblich wartende Titelskandidat einmal ungeduldig wurde, schrieb Herr Wolf einen energischen Brief an seinen Münchener Mitarbeiter H. und stellte in Aussicht, daß er evtl. die Presse gegen den lärmigen Kronbeamten loslassen“ werde. Weiter deutete Herr Wolf an, daß infolge der Verzögerung der Sache der fetten Brocken vielleicht entgehe, da der Titelskandidat „bereits von anderer Seite, darunter von Herrn von Schuh (Oberbürgermeister), in Aussicht genommen sei“. Der Münchener Schachererkollege H. zeigte hierauf, daß er über prächtigen Humor und gute Meinungskennntnis verfüge, indem er einen viele Seiten langen Beruhigungsbrief nach Nürnberg flattern ließ. Beim Lesen dieses ergötlichen Briefes sieht man förmlich die Augen lächeln. Herr H. schilderte dann weiter, welche Mühe es ihm kostete, Herrn von Seitz zu sprechen, und schreibt dann weiter:

„Ich nun über meine Unterredung mit Herrn Professor v. Seitz des näheren berichte, kann ich es nicht unterlassen, Ihnen meine lebhafteste Bewunderung zum Ausdruck zu bringen, daß die Herren W. und Dr. S., wie Sie schreiben, es gar nicht abwarten zu können scheinen, bis ihnen die erstrebte Auszeichnung zuteil wird. Wenn mein kleiner dreieinhalbjähriger Bub sich vor Sehnsucht verzehrt, bis die versprochene Trommel oder Trompete in seinen Besitz gelangt, so ist dies begreiflich, weil er eben ein Kind ist und seine Sehnsucht und Ungeduld in dem Begriff „Indisch“ allgemeines Verständnis findet; wenn aber Männer, wie Benglein und Dr. Soldan, bei denen doch anzunehmen ist, daß sie als Begründer und Leiter größerer, renommierter Etablissements, sowie als bahnbrechende Autoren in ihrem Fache, durch alle Umwälzen des Lebens im schwierigen Kampf ums Dasein, im ständigen Verkehr mit renommierten Elementen (unzählige Arbeiter! Der Verfasser) meistentheils und fleißig sich durchzusetzen verstanden, auf einmal konform launischen, ungesetzten Frauenseelen wegen verschleppter Erfüllung ihres Bundes vor Rhythmus zerrütten oder sich a la Benglein der Mühe so intensiv herantun fühlen, daß ihnen selbst die Erholungsreise förmlich zur Galle wird, so wissen ich und mit mir sicherlich 99 Proz. aller vernünftigen Urteilsenden satzisch nicht, was sie zu solch einem Gebaren sagen sollen.“

Mit breitem Behagen schildert der Ingenieur alsdann die internen Vorgänge und Formalitäten, die eine solche Titelverleihung erfordert. Er schildert eingehend und nicht unzutreffend, daß die Verzögerung der Titelverleihung in der damaligen politischen Situation zum Teil begründet war, da auch Minister auf verschiedene Umstände Rücksicht zu nehmen haben, falls sie Titelverleihungen sanktionieren. Es sollte damals vermieden werden, daß gewissen Parteiführern eine Waffe gegen das Ministerium in die Hand gegeben werde. „Weiß doch jeder Parteiführer“, so schreibt der Münchener Ingenieur und Titelschacherer lakonisch, „daß Titelverleihungen lediglich Protektionsmaske sind“. Psychologisch überaus famos schilderte H. die Ungeduld der launischen und ungesetzten Frauenseelen“ und den Titelhungers der zahlungsfähigen Geldmenschen. Dann schreibt er weiter:

„Mögen diese Herren dabei beherzigen, daß nach Angabe des Herrn Professor v. Seitz im ministeriellen Einlaufe Tausende von Anerbietungen an großen und größten Spenden vorliegen, für welche als Äquivalent Auszeichnungen erbeten werden, daß aber von diesen Anerbietungen nicht eine einzige Verwirklichung finden wird. Es involviert also keineswegs ein schematisches, lediglich auf Geldopfer beruhendes Geschäft, wenn die Herren Benglein und Dr. Soldan zu dem bewußten Titel gelangen, sondern es verkörpert die Ernennung zum Kommerzienrat oder Hofrat eine Auslese an gesellschaftlicher Wertigkeit, gestützt auf die besondere Empfehlung eines der Krone maßgebenden Beraters.“

Dieser „der Krone maßgebende Berater, Herr Ingenieur H.“ ist, so wurde im Verlauf jenes Prozesses und später bei einer anderen gerichtlichen Aktion festgestellt, ein Mensch, der wegen Betrug vorher etwa 3 Jahre Gefängnis abgeessen hatte. Ein andermal schreibt der Nürnberger Titelschacherer W. an Herrn H.:

„Bezüglich weiterer Gewinnung von Titelskandidaten bleibe ich im stillen bemüht und werde, sobald ich Anhaltspunkte habe, Sie von dem Verlauf meiner Tätigkeit verständigen.“

Ueber einen Titelskandidaten berichtet Herr W., daß er 80 000 M. Jahreseinkommen habe, und fährt weiter fort: „Ihr hoher Gewährsmann würde bei dem Vorschlage an Seine Königl. Hoheit den Prinzregenten große Ehre damit einlegen.“ Dann versichert Wolf noch einmal:

„Außerdem bleibe ich bemüht, weitere Kandidaten zu suchen, obwohl ich inzwischen schon bei mehreren Herren angeknüpft habe; alle diese Herren sind schon in den Händen des hiesigen Bürgermeisters Dr. v. Schuh.“ (111)

Wie viele mögen es sein, die in kindischer Eitelkeit und läppischem Hochmut, mit Titeln und Orden geschmückt, einherstolzieren, von Kindern und blödem Zwickervolk bestaunt, und die ihre Orden und Würden durch solche Methoden erkaufen, wie sie der Nürnberger und der Münchener Titelschacherer in ihren, hier nur in Auszug gebrachten Briefen, so drastisch illustrierten.

### Gegen die Militärmishandlungen.

#### Zeugen heraus!

Der Aufruf an all diejenigen, die Erfahrungen über die traurigen Zustände in den Kasernen gemacht haben, uns ihre Adressen anzugeben, hat Erfolg gehabt. Trotzdem liegt es im Interesse der Sache, das reiche Material noch zu vervollständigen. Es gibt sicher noch viele, die meinen, sie bräuchten sich der geringen Mühe, sich bei uns zu melden, nicht mehr zu unterziehen, da uns genug Fälle bekannt seien. Es ist aber wünschenswert, eine möglichst vollständige Sammlung zur Verfügung zu haben. Deshalb ist es dringend erforderlich, daß alle diejenigen, die Militärmishandlungen erlitten oder von solchen sichere Kenntnis erlangt haben, sofort ihre Adresse uns zur Kenntnis bringen.

Es gilt den Kampf gegen den Militarismus bei jeder Gelegenheit im Parlament, und da es der Kriegsminister will, auch vor Gericht zu führen. Der Schlag, den die Reaktion gegen die Sozialdemokratie, die unermüdlige Bekämpferin der Militärmishandlungen, führen will, muß mit doppelter und dreifacher Wucht auf sie zurückfallen.

Deshalb tut Eure Pflicht und stellt uns Eure Erfahrungen zur Verfügung!

Die Zeugen mögen sich auf unserer Redaktion sofort schriftlich melden!

### Der Soldatenmishandlungsprozeß der Genosin Luxemburg

findet schon am 29. Juni, nicht im Juli statt, wie ein Druckfehlerausdruck in unserer gestrigen Nummer berichtete.

### Der erste Tag des Gewerkschaftsparlaments.

München, den 22. Juni 1914.

Ein gewaltig großer Saal beherbergt den größten Gewerkschaftskongreß, die Vertretung von bald drei Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Vielleicht wird es nicht leicht sein, die große Versammlung zu überblicken und sie vom Präsidentenstuhl aus zu meistern. Aber der Kongreß ist ein Musterbild von Ordnung. Kein Kongreß ist je ruhiger und so programmäßig verlaufen, wie der Münchener Kongreß an seinem ersten Tage. Und dabei weiterleuchtet es hier und dort. Ein ganz kurzer Zwischenruf oder die lebhafteste Wendung eines Redners läßt tiefe Meinungsverschiedenheiten erraten, die aber doch niemals das höchste Gut dieser wichtigen Versammlung gefährden dürfen; die Einheit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

„Solltich bezugnehmend auf Ihre heutige telefonische Anfrage bezüglich des Herrn Fabrikbesizers H. J. W. lasse ich Ihnen separat genaue Aufzeichnungen über Bildungsgrad, Religion, Geburt und sonstige Personalien folgen.“

Dieses Nationale ist sehr umfangreich; es ist darin betont, daß der Vater des Titelskandidaten Bürgermeister von L. und 27 Jahre lang nationalliberaler Abgeordneter war. Weiter heißt es, Herr S. J. W. war 5 Jahre Armenpflegschaftsrat in Nürnberg, ist Erfahrungsmann des mittelfränkischen Landrats, ferner Verwaltungsmittglied des hiesigen Hausbesitzervereins, zur Zeit erster Vorsitzender des Finanzausschusses der Stadtkunstausstellung dahier, Aufsichtsratsmitglied vom deutschen Reichswaisenhaus und Direktor sowie erster Vorsitzender vom hiesigen Kulturverein. Es ist ein ehrenreicher und beliebter Charakter usw. Nach einer umfangreichen Korrespondenz schreibt H. an W., daß:

„Die Hierherkunft (nach München) des Herrn W. zum Zwecke der bedingten Vorstellung und abschließenden Aussprache mit dem in der schwebenden Titelfrage beschäftigten Kronbeamten gewünscht wird. Am Auftrage dieser hohen Persönlichkeit, des königlichen Universitätsprofessors und Direktors am ethnographischen Museum, Herrn Dr. Schermann, erlaube ich Sie ergebenst, Herrn W. (das ist der Titelskandidat) gefl. verständigen zu wollen, daß seinem schwebenden Besuche bei dem genannten Herrn am Dienstag, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, entgegenzusehen wird, bei welchem Anlasse die letzten Formalitäten, mit Ausnahme der Geldbezahlung, endgültige Regelung finden werden. Die Geldbezahlung hat in Gemäßheit der dem Herrn W. durch Herrn Dr. Schermann zuteil werdenden Instruktion einzig und allein an die königl. Staatskasse gegen Bescheinigung, und zwar Zug um Zug mit der urchundlichen Verleihung des Titels eines königl. Kommerzienrats zu erfolgen usw.“

Die Summe, die der Titelskandidat W. berappen mußte, betrug 30 000 M. Bei dem Besuch des Kommerzienratskandidaten in München wurde dieser eigentlich recht despektierlich behandelt, er wurde neben einer Klosettüre placiert. Der Nürnberger Titelschacherer meldete den Besuch des W. bei H. in München und gibt eine Beschreibung des Kandidaten, der „einen dunkelblauen Anzug, Strawattennadel mit großen Brillanten, Ordensknopf usw.“ trage. Es war dann das Hotel, in dem das Stelldichein stattfand, beschrieben. Dabei heißt es im Briefe: „hinter dem Tisch, an dem W. sitzen wird, befindet sich der Ausgang zu den Klosetts.“ W. drängt dann, da es den Kandidaten sehr preffierte:

„Es wäre ihm sehr angenehm, wenn bis Mitte Juni ihm der Titel überreicht werden könnte, da die deutschen Industrien einen Verbandstag haben, wobei ihm dieser Titel viel nützen würde; deshalb hat er auch anstatt 30 000 M. 20 000 Mark bewilligt. Bezüglich unseres Honorars würde ich Ihnen



Diese Einheit greift weit hinaus über unsere Landesgrenzen. Die Redner aus Großbritannien, aus den skandinavischen Ländern sowie aus Österreich und Ungarn betonen die Notwendigkeit enger internationaler Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Und diese Einheit der Gewerkschaftsbewegung, der Zusammenfassung der gleichen Gesinnung und des gleichen Strebens in den verschiedenen Ländern gibt uns die Befriedigung unserer höchsten Sehnsucht, des Friedens für die Welt. Dieses Gefühl trägt die Rede eines der Delegierten der größten organisatorischen Zusammenfassung der englischen Arbeiter, der mit zwei anderen Vertretern für die große englische General-Federation of Trade Unions erschienen ist. Die Bedeutung des Zusammenwirkens englischer und deutscher Arbeiter betont mit beredten Worten auch der Vorsitzende der General-Kommission Legien. Vielleicht wurden seine Worte besonders dadurch beflügelt, daß er auch der Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes ist. Mit größter Genugtuung hörte die große Versammlung Legiens energische Betonung der Friedensnotwendigkeit an. Auch sonst war die Rede Legiens von hoher Bedeutung. Was er von der Entwicklung der Gewerkschaften, von der Einwirkung der Krisis, von den Verfolgungen und ihrer Vergeblichkeit sprach, und wie er den kleinen Niedergang der Gewerkschaften erklärte, löste Genugtuung aus und erfüllte den Kongreß mit Stolz und Freude über das Gesehene.

Drei große Reden hielt Legien. Neben seiner Begrüßungsrede ein Referat über die Tätigkeit der Gewerkschaften und ein Schlusswort über diesen Rechenschaftsbericht. Alle drei Reden bilden ein einheitliches Ganzes. Zwischen der Eröffnungsrede und dem Rechenschaftsbericht sprachen als Vertreter der Gäste Appleton in englischer, Die Vian in norwegischer und Grünwald nach der Rede des skandinavischen Genossen in deutscher Sprache für die Oesterreicher, Ungarn und die Schweizer. Sie rühmten, was sie den deutschen Gewerkschaften verdanken. Sie sprachen mit berechtigtem Stolz von ihren eigenen Erfolgen, aber auch von den Schwierigkeiten, die ihnen Gesehgebung und Gerichte, wirtschaftliche Krisis und Unternehmertum bereiten. Namens der deutschen Genossenschaften sprach August Müller für die gemeinsamen Arbeiten, für die gleichen Aufgaben von Genossenschaften und Gewerkschaften.

Namens der Münchener Genossen begrüßt in herzlichster Rede Timm den Gewerkschaftskongreß. Mit Stolz wies er auf die Größe der Münchener Gewerkschaften, Genossenschaften und auch der politischen Arbeiterbewegung hin, vor allem aber auch auf die Leistungen für die Arbeitslosen. Mit großer Genugtuung wurde Timms Rede angehört.

Nachdem sich der Kongreß konstituiert hatte, begann Legien seinen Rechenschaftsbericht. Vor allem ist wichtig, was er über den Versuch des Berliner Polizeipräsidenten, die Gewerkschaften für politische Vereine zu erklären, ausführte. Die Notwendigkeit der Gewerkschaften legte er rückhaltlos dar, und das ungleiche Recht, zu dessen Opfer die Gewerkschaften gemacht werden sollen, geißelte er ebenso scharf wie glühend. Zu allen Streitfragen in der Gewerkschaftsbewegung nahm er Stellung. Besonders wichtig waren seine Bemerkungen in der Frage der Grenzstreitigkeiten. Die Schwierigkeiten der Betriebsorganisation, aber auch die Unmöglichkeit, gerade an der Berufsorganisation festzuhalten, legte er dar. Mit aller Dringlichkeit forderte er die Genossen auf, über die Enge ihrer Berufsinteressen hinauszusehen und die höheren, weil allgemeinen Interessen der Gewerkschaftsbewegung im Auge zu behalten und sich der Bedeutung der wachsenden Unternehmerricht und der gesteigerten kapitalistischen Entwicklung bewusst zu sein. Mancher Jurist vom Tisch der Transportarbeiter zeigte, daß diese Bemerkungen das Vorbild einer eingehenden und sicher recht lebhaften Erörterung über die Grenzstreitigkeiten sein werden.

Ein anderer Streit wurde zwar nicht ausgetragen, für diesen Kongreß aber wohl erledigt: der Streit über die Zulässigkeit der Beteiligung von leitenden Männern der Gewerkschaften an den Beschlüssen der Gesellschaft für Soziale Reform. Hierin scharf streichen da die Meinungen auseinander. Eine Entscheidung wurde da nicht gefällt.

Die Notwendigkeit der Agitation unter den ausländischen Arbeitern betonte Boeplov. Die Landarbeiter protestierten scharf gegen die Ausführungen des Dr. Schulz in den „Sozialistischen Monatsheften“.

Einmütig wurde dem Kassierer, dem Genossen Kube, der ein interessantes Bild über die Finanzlage der General-Kommission entwarf, Entlastung ausgesprochen.

## Der albanische Aufstand.

Auch mit dem letzten Aufgebote ihrer Hilfstruppen hat die kaiserliche Regierung Unglück. Der Albanensführer Prent Bib Boda, der mit rund 1000 Mann von Norden her die Aufständischen angreifen sollte, kam sich noch immer nicht zu einem Vorstoß entschließen. Dagegen hat eine Abteilung, die ungefähr 35 Kilometer südlich von Durazzo bei Karabunar operierte, eine empfindliche Schlappe erlitten. Es ist daher schon begreiflich, wenn der Fürst auf einen Waffenstillstand mit den Aufständischen eingegangen ist, die jetzt vor Durazzo wie vor einer belagerten Stadt liegen und ihre militärischen Erfolge auch sicherlich bei den bevorstehenden Verhandlungen ausnützen werden.

### Waffenstillstand.

Durazzo, 22. Juni. Es bestätigt sich, daß die albanische Regierung den Aufständischen einen dreitägigen Waffenstillstand bewilligt hat, um ihren Führern Gelegenheit zur Besprechung der Lage zu geben.

### Konflikt mit den holländischen Offizieren.

Paris, 21. Juni. Nach einem Jurisprudenz des „Matin“ aus Durazzo habe der Fürst den Aufständischen den Waffenstillstand bewilligt, ohne die holländische Mission zu befragen. Die holländischen Offiziere hätten infolgedessen ihre Abberufung verlangt.

### Der jüngerer Prent Bibboda.

Durazzo, 22. Juni. Prent Bibboda verlangte von der Regierung eine zweite Kanone, um mit seinen Truppen seine Stellung vier Stunden nördlich von Durazzo verlassen und den Normarjeh gegen die Aufständischen antreten zu können. Das gewünschte Geschütz ist bereits vom Ingenieur Gaebler an Bord des österreichisch-ungarischen Dampfers „Gisela“ zu der Stellung Prents gebracht worden.

Gestern und heute gingen Leute ab, um bis zur vorgeschobenen Stellung gegen Kassul nach Gefallenen zu suchen. Fünfzig Leichen wurden gefunden und heute beerdigt. Die Verluste der fürstentreuen Truppen bei dem letzten Vorstoß gegen die Aufständischen dürften demnach etwa 80 Tote und 120 Ver-

wundete betragen. Von dem 20 Mann starken Gendarmerieposten bei Porta Romana wurden vier Mann getötet, die übrigen gefangen genommen; nur zwei entkamen. Augenzeugen des letzten Vorstoßes berichten, daß die Rebellen Verwundete ohne Pardon niedermachten.

### Eine neue Niederlage der Regierungstruppen.

Durazzo, 22. Juni. Nach einer dem holländischen Kommando überbrachten Meldung befanden sich vorgestern Abend die vom Süden vordringenden Truppenabteilungen, insgesamt tausend Mann, bei Karabunar und Lusina in heftigem Kampfe mit etwa sechshundert Aufständischen, welche die dortigen Anhöhen besetzt hielten. Der rechte Flügel der Regierungstruppen stand unter Führung des Majors Besim Bey und des holländischen Offiziers de Jongh, das Zentrum unter dem Befehl Kurreddin Bey Floras und Hishmid Toskas, der linke Flügel unter Bektsch Bey. Die Regierungstruppen wurden zurückgeworfen und gegen hier am Semenkusse zurückgedrängt, wo sie gegenwärtig stehen.

### Oesterreichische Nichtigstellungen.

Wien, 22. Juni. Das „Fremdenblatt“ erfährt von informierter Seite: Die in ausländischen Zeitungen veröffentlichten Gerüchte, wonach österreichisch-ungarische Marineoffiziere in Uniform an den letzten Kämpfen in Durazzo teilgenommen hätten, wonach ferner die von den Aufständischen an die Kontrollkommission entsandten Parlamentäre von den Offizieren zurückgewiesen worden seien, sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Parlamentäre, die als Legitimation nur ein anonymes Schreiben hatten, sind mit Offizieren der österreichisch-ungarischen Armee gar nicht in Berührung gekommen und konnten schon aus diesem Grunde nicht abgewiesen werden. Die etwaigen Verhandlungen mit Parlamentären der Aufständischen werden selbstredend vom Fürsten beziehungsweise von der albanischen Regierung geleitet. — Die Kontrollkommission könnte gegebenenfalls nur über das Ersuchen dieser Faktoren intercedieren. Ebenso ist die Meldung, daß der englische Admiral in Durazzo gedroht hätte, den vom Fürsten charterten Dampfer „Herzogowina“ in Grund zu bohren, falls er weiter auf die Aufständischen schießen würde, frei erfunden. Der englische Admiral hat gegen diese Verwendung des Dampfers keine Bedenken der Neutralitätsverletzung geltend gemacht, auch sonst keinen Protest gegen weitere Verwendung des Dampfers zur Bekämpfung der Insurgenten erhoben. Solches Vorgehen ist schon deshalb ausgeschlossen, weil im vorliegenden Falle seitens der albanischen Regierung nicht die geringste Verletzung des Völkerrechtes begangen worden ist.

Ferner werden an zuständiger Stelle die in einem Teile der ausländischen Presse verbreiteten Gerüchte über die Entsendung österreichisch-ungarischer Truppen nach Albanien als absolut unrichtig bezeichnet. Die österreichische Regierung habe sich auch nicht einen Augenblick lang mit einer derartigen Absicht getrogen.

## Der englische Staat und persische Oelfelder.

London, 18. Juni. (Fig. Ver.) Das Unterhaus hat mit großer Mehrheit den Vorschlag der Regierung angenommen, nach dem der englische Staat durch eine Kapitalanlage von 2200000 Pfund Sterling der größte Teilhaber in der hauptsächlich in der neutralen Zone Persiens operierenden Anglo-Persian Oil Company wird. Man darf den Schritt wohl als eines der wichtigsten Ereignisse in der inneren und äußeren Politik Großbritanniens der letzten Zeit bezeichnen. Er stellt nicht nur wichtige Fragen der Staatswirtschaft auf, sondern steht auch in innigem Zusammenhang mit der englischen Weltpolitik. Auf den ersten Blick scheint es sich nur um den Versuch des Staates zu handeln, sich gegen die immer dreister werdenden Oeltrusts zu wehren, indem er sich der Kontrolle eines von der Herrschaft des britischen und des amerikanischen Trusts noch freien Oelfeldes bemächtigt. Aber das Unternehmen, zu dem die Not die Regierung gedrängt hat, birgt Gefahren und hat vielleicht ungewollte Folgen, die bei einem Teile des britischen Volkes starke Zweifel an seiner Zweckmäßigkeit haben aufkommen lassen. Der Plan, die persischen Oelfelder, für die eine britische Gesellschaft schon seit 13 oder 14 Jahren die Konzessionen besitzt, der Kriegsflotte dienstbar zu machen, wurde schon von der letzten konservativen Regierung erwogen. Erst in den letzten Jahren ist das Projekt zur Reife gelangt. Die steigende Verwendung des Oels in der Flotte, in der 250 Kriegsschiffe aller Art teilweise oder ganz durch Oel fortbewegt werden oder werden sollen, hat die Admiralität zu dem größten Oelkonsumenten des Landes gemacht. Und der patriotische britische Oeltrust, die Shell Oil Company, hat natürlich zwischen privaten und öffentlichen Verbrauchern keinen Unterschied gemacht. Im Gegenteil, er scheint beim Staate die Schraube noch fester angezogen zu haben. Herr Churchill, der die Regierungsbekanntmachung, in der die Kapitalanlage befürwortet wurde, erörterte, sagte u. a.: „Seitdem ich an der Spitze der Admiralität stehe, haben wir und Privatkonsumenten eine lange beständige Quetschung von Oeltrusts in der ganzen Welt erfahren und gefunden, daß die Preise und Frachten beständig gegen uns hinaufgeschraubt wurden, bis wir schließlich gezwungen waren, mehr als das Doppelte zu zahlen, was wir vor ein paar Jahren zu zahlen pflegten.“ Das Unternehmen in Persien soll nun den englischen Staat von den Erpressungen der Oelkapitalisten befreien, indem es ihn teilweise unabhängig von diesen macht.

Daß dies den Oeltrusts durchaus nicht recht ist, braucht eigentlich kaum erwähnt zu werden. Erwähnenswert ist die Tatsache nur wegen der Art der Kritik, die sie seit langem an dem Regierungsplan üben. Sie schlagen nämlich nach bewährter Weise die patriotische Trommel und führen aus, die Regierung hätte Oelfelder in britischen Gebieten — in Kegypten, Trinidad oder Birma — erworben sollen, wo die Kritiker nämlich finanzielle Interessen haben. Dieselben Herren kritisieren auch die Regierung der Vereinigten Staaten, weil diese daran ist, eine eigene Oelleitung von den Feldern in Oklahoma und eine Raffinerie anzulegen.

Doch neben der vom Eigennutz diktierten Kritik hört man Einwände, deren Wucht durch den rohen Optimismus des Herrn Sir Edward Grey nicht vermindert werden kann. Die Konzessionen der englisch-persischen Gesellschaft liegen hauptsächlich in der neutralen Zone Persiens zwischen der nördlichen russischen und der südlichen englischen Interessensphäre und das Konzessionsgebiet ist beinahe so groß wie Deutschland und Frankreich zusammengenommen. Nach dem Abschluß des russisch-englischen Abkommens im Jahre 1907 setzte sich Rußland in Nordpersien fest, das nun von Jahr zu Jahr immer mehr russifiziert wird. England hat in seiner Interessensphäre wenig oder nichts; denn ihm kam es hauptsächlich darauf an, sich den russischen Vätern soweit wie möglich vom Leibe zu halten und nicht durch die Erschließung des Landes mit den Indien bedrohenden Kosaken zu enge Fühlung zu nehmen. Nun hat man mit dieser Politik der Untätigkeit gründlich ge-

brochen und damit auch der letzten Hoffnung, die Unabhängigkeit Persiens wiederherzustellen, das Lebenslicht ausgeblasen. Die englische Regierung hat es nicht einmal für nötig befunden, der persischen von ihrem Pläne Mitteilung zu machen. Es ist klar, daß mit der Beteiligung des englischen Staates an dem Unternehmen der Anglo-Persian Oil Company der letzte Schein einer persischen Regierung verschwindet. Man braucht kein Prophet zu sein, um den Gang der Ereignisse in Persien voraussagen zu können. Die wilden Räuberhorden in dem Gebiete werden die Niederlassung einer reichen Gesellschaft in ihrem Lande als ein besonderes Zeichen der Günst betachten, die ihnen der allweise Allah schenkt, und der britische — oder vielmehr der indische — Steuerzahler wird tief in den Säckel greifen müssen, um das Unternehmen gegen die Heberfälle der Bergstämme zu schützen. Denn der ausgehungerte Ander wird für die militärischen Operationen in Persien bezahlen müssen, wie er früher dafür bezahlt hat, und das weitere Resultat der Unternehmung des englischen Staates wird für ihn wahrscheinlich sein, daß ihm weitere militärische Lasten aufgebürdet werden. Im Osten bedrohen das Unternehmen die wilden Pathanen, im Westen steht permanent ein türkisches Armeekorps und vom Norden her rücken die Kosaken immer näher heran. Es ist namentlich diese letzte Gefahr, die die demokratischen Elemente des englischen Volkes beunruhigt. Nichts ist in der Haltung des englischen Volkes in Fragen der auswärtigen Politik klarer als seine Abneigung gegen die Verträge der Regierung mit dem Jaxismus ein inniges Freundschaftsverhältnis einzugehen. Die christlichen Liberalen betämpfen diese Politik und schämen sich ihrer und die Arbeiterklasse haßt das Festschließen mit dem grausamen Verfolger ihrer russischen Klassen-genossen aus ganzem Herzen. Durch die Festsetzung in der neutralen Zone Persiens wird der russischen Regierung ein neues Mittel in die Hand gegeben, um sich England gefügig zu machen. Sie wird es sicher bei der nächsten Gelegenheit anwenden, welcher Art die Versprechungen auch seien, die sie der englischen Regierung gegeben haben mag.

Dem aus der auswärtigen Politik sich ergebenden Bedenken gegenüber versucht die englische Regierung, die die drohenden Gefahren zu verkleinern sucht, daß die persischen Oelfelder die einzigen in der Welt sind, die sich nicht in der Gewalt der Trusts befinden und für die englische Kriegsflotte in Betracht kommen können. Wenn dem so ist, ist es nicht einzusehen, weshalb sie die Anglo-Persian Oil Company nicht vollständig aufgekauft hat. Die Fiktion von der englischen Privatgesellschaft, die in der neutralen Zone Persiens operiert, hätte sich doch ohne große Schwierigkeit aufrecht erhalten lassen können. So wird der englische Staat der Kompagnon einer Anzahl Aktienbesitzer, auf die die 12000 englischen Aktienbesitzer der Shell Oil Company nicht wenig reichlich sind. Denn die Aktionäre der englisch-persischen Gesellschaft versprechen sich viel von dem neuen Teilhaber und Hauptfunden und denken jedenfalls nicht schlechter bei dem Geschäft abzuschneiden als die Aktienbesitzer rein privater Gesellschaften. Es fehlt daher auch nicht an Leuten, die das Scheitern des Versuches, das Oelmonopol zu durchbrechen, prophezeien. Die Verbindung von öffentlichem und privatem Betriebe, dieser Versuch des unhalbar gewordenen Privatbetriebes, so viel wie möglich vor dem Sturme der neuen Zeit in Sicherheit zu bringen, ist auch in England nicht neu; aber er hat dort, wo die Einwohner auf der Hut waren, stets damit geendet, daß der private Teilhaber ausgeschieden wurde. Das wird wahrscheinlich auch das Ende des englischen Oelunternehmens sein.

## Politische Uebersicht.

### Enttäuscht, aber belehrbar.

„Der Traum, daß wir in Baden in besseren Verhältnissen leben, dürfte ausgeträumt sein“, erklärte vor kurzem unser Parteisekretär von Karlsruhe, Genosse Trinks. Und in dem Begrüßungsartikel zum badischen Parteitag in Freiburg schreibt unser Karlsruher Parteiorgan:

„Es steht fest: Es weht ein neuer Wind in Baden, der auch in unserer Partei andere Gefühle auslöst. Es erübrigt sich, zu rekapitulieren, was einerseits die Regierung gestiftet auf die Erfolge der Reaktion bei den vergangenen Landtagswahlen und andererseits die National-Liberalen aus demselben Grund sich geleistet haben. Es wurde seinerzeit vor den Wahlen einem Großblockabkommen mit den Nationalliberalen für den zweiten Wahlgang zugestimmt, in der Voraussetzung, gemeinsam mit dem bürgerlichen Liberalismus die Gefahr einer drohenden reaktionären Mehrheit abzuwenden und in den allgemeinen politischen Fragen eine gemeinsame Basis mit dem Liberalismus auf kulturell-geistigem Gebiete zu finden. Unsere Hoffnungen sind elend zuschanden gegangen; nicht erst in letzter Zeit, sondern schon bei den Wahlen selbst. Die „Liberalen“ Krauth, Witter und Niederbühl spielten sich dort schon als reaktionäre Außenleiter auf und die nationalliberale Partei gab vor, kein Mittel in der Hand zu haben, sie der Parteidisziplin unterzuordnen. Und dann nachdem! Daß Gott erbarm! Wir haben nicht gehofft, auf wirtschaftlichem Gebiete mit dem Liberalismus etwas zu erreichen. Aber auf kulturell-geistigem Gebiete wenigstens hoffen wir den Liberalismus zum Festhalten an liberalen Forderungen zwingen zu können. Vergebens! Der Wahlerfolg der Reaktion ist den Nationalliberalen derart in die Glieder gefahren, daß in allen wichtigen kulturellen Fragen, insbesondere der Schulpolitik, ein deutliches Annehmen derselben an die Weltanschauung des reaktionären Zentrums zu bemerken war.

Aber so haben wir nicht gewettet. Die Großblockpolitik ist uns mehr wie lediglich eine arithmetische Formel zur Wahlkreisgeometrie der Liberalen. Der an sich gesunde Gedanke der Großblockpolitik wird von uns jederzeit akzeptiert. Aber es muß für die freihetlich-demokratische Entwicklung unseres Staates etwas dabei herauskommen. Die vorliegende Bilanz aber gefällt uns in keiner Weise. Heute kann die Regierung den Kampf gegen uns auf der ganzen Linie erklären und die Rechte der Staatsbürger mit Füßen treten. Sie findet in diesem löblichen Beginnen die ausdrückliche Zustimmung unserer liberalen Großblockfreunde.

Diese gemachten Erfahrungen werden uns bestimmen, mit erhöhter Kraft an den Ausbau unserer Organisation zu gehen und unsere Hoffnungen zunächst auf die eigene Stärke und die Kraft und Wahrheit unserer Ideale einzustellen. In der Zeit, wo der weltgeschichtliche Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Ausbeutern und Unterdrückten ausgefochten wird, muß der alte Clan erwachen, der die überzeugten Anhänger des völkerverfreienden Sozialismus zur äußersten Kraftanstrengung anspornt, ihre weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen.“

Diese Beständnisse über den Bankrott der Großblockpolitik, die auch auf dem Parteitag selbst wiederholt wurden, sind außerordentlich lehrreich. Und die Schlüsse des Artikels zeigen, daß die richtigen Schlüsse gezogen werden. Daß daneben noch eine Verbeugung vor dem „gesunden Gedankens der Großblockpolitik“ gemacht wird, der solch schlechte Früchte getragen hat, hat für die Praxis kaum noch allzu große Bedeutung. Wenn die badische Sozialdemokratie erst — aller Verpflichtungen und Rücksichten ledig — wieder mit ganzer



Gewerkschaftliches. Ausgiebigster Polizeischutz.

Die Linke-Hoffmann-Werke in Breslau, deren Arbeiter seit längerer Zeit im Streik stehen, weil sie mit den erheblichen Abzügen der Firma nicht einverstanden waren, geben sich alle erdenkliche Mühe, Arbeitskräfte zu erhalten. Ein Arbeiter in Berlin, der die Absicht hatte, bei der Firma in Arbeit zu treten, erhielt ein Schreiben von der Firma, worin sie ihm außer den Arbeitsbedingungen auch bestimmte Verhaltensregeln angibt, die der Arbeiter bei seinem Eintreffen in Breslau befolgen sollte, um, vor jeder Berührung mit den Vertrauensleuten der Streikenden bewahrt, die Fabrik zu erreichen:

„Teilen Sie uns auf anliegender Postkarte mit, wenn Sie in Breslau eintreffen. Sie werden am Hauptbahnhof, an der Sperre unsere Leute vorfinden, die eine weiße Armbinde mit unserer Firma „Linke-Hoffmann-Werke“ tragen. Wenden Sie sich nur an diese Leute, die Ihnen Bescheid geben und Hilfe leisten werden.“

So hat also die Firma für die eintreffenden Arbeitswilligen gesorgt. Aber nicht nur durch ihre an der weißen Armbinde kenntlichen Privatsekretäre. Auch die königliche Polizei hat sich, wie die Linke-Hoffmann-Werke angeben, sozusagen in den Dienst der Firma gestellt. Auf einem, dem erwähnten Briefe beigelegten Zettel nämlich die Firma dem Arbeitswilligen — der übrigens die Arbeit nicht angetreten hat — mit:

„Das königliche Polizeipräsidium hat uns für unsere Arbeitswilligen den ausgiebigsten Schutz zugesagt. Sollten Sie dennoch innerhalb der Stadt oder auf dem Wege zum Werk oder vom Werk zur Wohnung durch Streikende belästigt werden oder sollten diese versuchen, Sie von Ihrem Vorhaben, bei uns zu arbeiten, abzubringen, so wollen Sie sich sofort an den nächsten Schutzmannposten wenden.“

Wenn der „ausgiebigste Schutz“, den die Polizei nach Angabe der Firma für deren Arbeitswillige zugesagt hat, so weit geht, wie hier angegeben wird, dann tut die Polizei für den Schutz der Arbeitswilligen und für die Interessen der Firma mehr als ihres Amtes ist und mehr als sie berechtigt ist, denn wenn Streikende versuchen, einen Arbeitswilligen von seinem Vorhaben, in einem bestreikten Betriebe Arbeit zu nehmen, abzubringen, so geht das die Polizei gar nichts an und kein Schutzmann hat das Recht, sich da hineinzuweisen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Holzbildhauer.

Die Arbeitgeber sind lebhaft bemüht, wenigstens die dringendsten Arbeiten fertigzustellen, und haben zu diesem Zweck sogenannte Verschiebestellen eingerichtet, von denen die Arbeiten den Heimarbeitern zugeordnet werden. Ob diese die große Zahl der Streikenden ersetzen können, ist allerdings zweifelhaft. Außerdem muß natürlich auch die eigene Kundschaft befriedigt werden, so daß zur Anfertigung der Streikarbeiten nicht viel Zeit übrig bleibt. Erschwerend wirkt es auch dadurch, daß die Bohrern an den Schlagschneidern jede Streikarbeit verweigern. Ein Teil der Arbeiter ist zum Bohren in die Provinz abgewandert; der Versuch dürfte mißlingen, da die betreffenden Kollegen bereits gewarnt sind.

Heute Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der streikenden Kollegen statt, zu der auch die Kollegen erscheinen müssen, die bereits zu den neuen Bedingungen arbeiten.

Die Stellenvermittlung für Holzbildhauer findet während des Streiks jeden Abend um 8 Uhr im Saal II des Gewerkschaftshauses statt. Die Vermittlung vormittags findet also vorläufig nicht statt. Kollegen, die auf Stellung reflektieren, finden sich im Saal 2 ein. Die erste Vermittlung erfolgt am Dienstag vor der Verammlung. Meldungen am Eingang des Saales. Eine Anzahl Stellen nach auswärts sind bereits eingelaufen. Zentralverein der Bildhauer.

Kleines Feuilleton.

Die Friedens-Berta. Berta von Suttner, die nun nach dem ersten Schritt über die Siebzig hinaus gestorben ist, hatte typisch die Züge der Idealistin von vorgefesselt. Sie war ein Ausklang der Generation, deren Wesen von den mittleren Zeiten des letzten Jahrhunderts bestimmt wurde. Ein unermüdliches Ausgreifen nach vielen Seiten bewegt diese Generation, und all ihr Vordringen beraufschte sie. Die Menschen unserer Zeit mühen sich, ihren Kampfesweg, zur Schlagfertigkeit gefestigt, mit fühl ausharrender und abwägender Ruhe zu schreiten; in jener vorlaufenden Generation aber, die so laut den Pionieren zuzuschaut, sind die wackelnden Kräfte erfüllt von dem Bewußtsein, daß sie das Entscheidende vollführen. Sie gehörten einem Zeitalter der enthusiastischen Naturen an, und die Suttner war durchaus eine solche Natur.

Ihr Leben ist in allem privaten und allem öffentlichen Handeln von den Idealen einer sittlichkeitsbestimmten Menschlichkeit bestimmt. Sie fordert die Anerkennung der Rechte des persönlichen Lebens, setzt sie für sich selbst durch in einer energischen Tat gegen die alttrügliche Klasse, der sie entstammt und die sich ihren Ehemännchen widersetzt. Man braucht nur zu wollen und das Wesere, das Ziel der Sehnsucht, ist erreicht. Mit dieser Ueberzeugung ging die Suttner auch an die großen Fragen der Zeit heran, eine echte Utopistin des Wünschens.

Sie kam nicht weit mit solchem Spaten, sie drang nicht tief ein. Die äußere Wirklichkeit der Zeit erfaßte sie wohl, aber nicht deren Werden, nicht ihr geschichtliches Bedingthein. Weber in dem anonyh erschienenen Buche, das aus dem zwanzigsten Jahrhundert in die achtziger Jahre zurückführt, dem Buche vom „Maschinenalter“, das der Heudelet der Gesellschaft so scharf ins Gesicht leuchtet, noch in dem folgenden Protestroman „Die Waffen nieder!“, den um 1890 eine Zeitung zu drucken und anfangs auch kein Verleger zu verantworten wagte und der dann als Buch einen so bemerkenswerten Massenerfolg hatte.

Dieser Erfolg hing wahrlich nicht zusammen mit irgendwelchen klaren kritischen Eigenschaften und ebensowenig mit künstlerischen Vorzügen. Er war wie jene Schrift über das Maschinenalter ein Erzeugnis der aufgeregten Zeit der letzten achtziger und ersten neunziger Jahre, in der das Denken und Fühlen erwartungsvoll auf Zusammenbruch und Umwälzung gerichtet war. Im Gegenstrom wider das Rasten der Staaten schwall in den Massen der Drang nach Frieden umgestülmt an. Diese anschwellende Woge trug das Buch der Suttner empor.

In Deutschland wurde es damals von oben her angezettelt. Rode, das Wort vom Friedenskaiser umlaufen zu lassen. Die Diplomaten gingen an, mit Genußgefühl für Schiedsgerichte in Kriegsbrüchfällen zu lokalisieren, und das Tollste auf diesem Gebiet leistete sich der Zar: er reichte der Suttner die Hand, als ob er ihr geheimer Weltfriedenshelfer sein wollte. Die Komödie aber spielte sich ab als Präliminum zu dem Kriegsjahrzehnt kapitalistischer Weltpolitik, mit dem das neue Säkulum begann. Man pflegt zu sagen, jener Vorgang habe das Lebensmerk der Suttner gekrönt. Nun ja, das

Deutsches Reich.

Zum Kasseler Brauereiarbeiterstreik.

Die bürgerlichen Blätter Kassels veröffentlichen eine Notiz, wonach das Ende des Brauereiarbeiterstreiks zu bezweifeln sei, nachdem ungefähr zwei Drittel der am Streik beteiligten Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt seien, während der Rest der Ausständigen das Gewerbegericht als Einigungsamt zur Beilegung der bestehenden Streitigkeiten anrufen haben.

Diese Mitteilung ist darauf berechnet, dem Publikum Sand in die Augen zu streuen. Es befinden sich immer noch mehr als zwei Drittel der ehemals Beschäftigten im Ausstand, und der Anrufung des Gewerbegerichts liegen folgende Ursachen zugrunde: Die im Streik stehenden Brauereiarbeiter stellen an das Gewerbegericht den Antrag, den Boykott zu verhängen. Der Vorstand des Kartells war sich der Schwere dieses Schrittes bewußt und glaubte, denselben nicht früher unternehmen zu dürfen, bevor nicht alle Versuche zur friedlichen Lösung des Konflikts als ergebnislos anzusehen sind. Was diesem Grunde gab der Vorstand des Kartells im Einverständnis mit den Ausständigen den Brauereien die Zusage, vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Von einer Beendigung des Streiks ist also nicht die Rede.

Die Kasseler organisierte Arbeiterchaft hat das Vorgehen ihrer Leitung durchaus gebilligt, durch eine Resolution den Streikenden ihre volle Sympathie ausgesprochen und erklärt, daß, falls den Streikenden ihr Recht nicht werden sollte, sie gewillt ist, mit allen gesetzlichen Mitteln in den Kampf einzutreten. Zugug ist nach wie vor fernzuhalten.

Beendete Ausperrung.

Die Ausperrung in den sächsischen Gussstahlwerken in Döhlen bei Dresden ist mit Zustimmung der Ausgesperrten aufgehoben worden. Die Ausgesperrten nahmen die Arbeit am Montag früh mit allen ihren Rechten wieder auf. Die Ausperrung gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, von dem das Pensions- und Versicherungsverhältnis der Arbeiter abhängt. Der Streik der former und Gießer, dessen Beendigung die Ausperrung erfolgte, dauert aber fort; doch sind auch wegen dieses Streiks erneute Verhandlungen im Gange.

Der Buchbinderverband im Jahre 1913.

Wie so manche andere Gewerkschaft hat nach dem sechsten herausgegebenen Bericht seines Vorstandes auch der Buchbinderverband im Jahre 1913 einen Mitgliedererfolg, wenn auch einen sehr kleinen, zu verzeichnen. Ein Verlust von 51 Mitgliedern will bei einem Bestand von 16 777 männlichen und 16 500 weiblichen gleich 33 277 Mitgliedern nicht viel betragen, zumal seit 1901 der Verband stets eine Zunahme seiner Mitgliederzahl hatte. Charakteristisch ist, daß 1913 die Zahl der männlichen Mitglieder sich um 61 erhöhte, während die der weiblichen Mitglieder um 115 zurückging. Auch das ist lange nicht dagewesen, denn entsprechend dem steigenden Drang nach billigeren Arbeitskräften durch die Unternehmer stieg die Zahl der weiblichen Mitglieder im Verbandsverhältnis; für das Berichtsjahr wurde ein Ueberschuß der männlichen Mitglieder durch die weiblichen erwoartet.

Im Bericht wird darauf hingewiesen, daß eigentlich nach dem steigenden Exporteffern das Jahr 1913 hätte ein Rekordjahr sein und die Arbeitslosigkeit zurückweichen müssen. Das Gegenteil aber war der Fall, denn für Arbeitslosenunterstützung mußte die absolut höchste Summe irgendeines Berichtsjahres, nämlich 211 977 M. in flussive der Ausgaben der Lokalfassen ausgegeben werden. Die Erscheinung steigender Arbeitslosigkeit ist auf die Einführung immer vollkommener und neuer Maschinen zurückzuführen, die fast jede Handtätigkeit ersetzen oder doch wesentlich einschränken, so daß selbst größere Anstöße auf dem In- und Auslandsmarkt hieran nichts zu ändern vermögen. Demgegenüber wird auf die steigende Rentabilität der graphischen Betriebe nach den Veröffentlichungen von 108 Aktiengesellschaften in den letzten Jahren hingewiesen, die nur durch das verfloessene Jahr eine kleine Unterbrechung erfahren haben, wofür aber das Jahr 1913 um so ergiebiger gewesen sei.

Lohnbewegungen führte der Verband 66 in 69 Orten durch, wovon 49 ohne Streik, 13 Angriffsstreiks, 2 Abwehrstreiks und

2 Ausperrungen waren. Beteiligt waren an den Lohnbewegungen ohne Streik 3782 männliche und 3852 weibliche Personen, an den Streiks 353 männliche und 483 weibliche Personen und an den Ausperrungen 50 männliche und 67 weibliche Personen. Erreicht wurde durch diese Bewegungen: ohne Streik für 1747 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 1 1/2 Stunden und für 4041 Personen eine wöchentliche Lohnerböhung von durchschnittlich 1,30 M.; bei den Streiks für 29 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich fast 2 Stunden und für 250 Personen eine wöchentliche Lohnerböhung von durchschnittlich 1,23 M., während bei den Ausperrungen für 94 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 3 Stunden erzielt wurde. Die Gesamtausgaben für die Lohnbewegungen betragen 111 176 M.

Außer der Arbeitslosenunterstützung, für die die Hauptkasse 167 865 M. ausgab, hatte sie als nächstgrößte Unterstützung noch 90 250 M. für Kranke zu zahlen. An humanitären Unterstützungen — ohne Streikunterstützung — wurden insgesamt 288 854 M. ausgegeben. Die gesamten Einnahmen der Verbandskasse — ohne die Einnahmen der lokalen Kassen — betragen 816 460 M., die gesamten Ausgaben, ohne Einschluß der Lokalkassen, 637 508 M. Die Lokalkassen hatten eine Einnahme von 274 375 M. und eine Ausgabe von 206 466 M. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresanfang 1 379 670 M., wovon in der Verbandskasse 964 606 M., als Vortrag in den Lokalkassen für 1914 45 744 M. und in den Lokalkassen als Vermögen der Ortsvereine 369 318 M. sich befanden.

Ausland.

Dänemark für Lithographen, Steindrucker und Lichtdrucker gesperrt.

In Dänemark wurde der Tarif für Lithographen, Stein- und Lichtdrucker zum 1. Juli gekündigt. Einige Male wurden von den Gehilfen Verhandlungen angebahnt, jedoch mit negativem Erfolg. Ohne eine Einigung erzielt zu haben, wurden die letzten Verhandlungen abgebrochen, und da ein Termin zur Weiterberatung nicht vorausgesehen ist, wird es jedenfalls zum Streik kommen. Von der Leitung des Gehilfenverbandes wurde daher Dänemark für Lithographen, Steindrucker und Lichtdrucker gesperrt. Ohne vorherige Erkundigung beim internationalen Vertrauensmann für Dänemark, Karl Such in Kopenhagen K., Gothersgade 153, darf daher keine Stellung angenommen werden.

Die Sägenmacher und Schleifer der Firma Chaer u. Jackson in Sheffield (England) befinden sich wegen Lohnreduzierung im Streik. Zugug ist fernzuhalten.

Parteitag der badischen Sozialdemokratie.

Am Sonntag, dem zweiten Verhandlungstage, sprach zunächst Genosse Dr. Frank über die Reichspolitik und die Tätigkeit des Reichstags. Frank glaubt, daß das nächste Ziel der Regierung die Auflösung des Reichstags sein wird, und infolge der Kaiserhochaffäre und anderer Vorgänge werden die Neuwahlen mit der Parole: Für die Monarchie vor sich gehen. Das neue Parlament werde dann ein Arbeitswilligengesetz, ferner ein Gesetz gegen den politischen Massenstreik, eine verschärfte Geschäftsordnung und agrarische Handelsverträge machen. Redner kam zum Schluß auf die Kaiserhochaffäre zu sprechen und erklärte, daß er zu den 47 Abgeordneten gehöre, die in der Fraktion gegen das Sündenbleiben gestimmt haben. Daran knüpfte sich eine längere Debatte. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Der Parteitag erklärt, daß kein Grund vorliegt, die frühere Praxis der Reichstagsfraktion bei einem Kaiserhoch zu ändern.

In einer zurückgezogenen Resolution wurde das Sündenbleiben der Fraktion beim Kaiserhoch gebilligt. Genosse Pfannkuch vom Parteivorstand bemerkte nach der Abstimmung, daß der Vorstand der Reichstagsfraktion nichts veräußert habe, um jedem Prä-

hat er wohl auch: er hat die Utopistin an ihrer stärksten Seite behält, er hat ihrer Gutgläubigkeit beglückt und gedient. Nun zog sie triumphierend durch die Welt, von Kongreß zu Kongreß, und dann donnerten die Kanonen in allen Zonen los und mordeten wie nie zuvor.

Berta v. Suttner lebte und starb mit der Ueberzeugung, der Weltfrieden hänge vom guten Willen der Mächtigen ab. Sie hat dieser Idee hingebungsvoll mit all ihrer begeisterten Kraft gedient. Und sie hat gerade lange genug gelebt, um noch das realpolitische Widerspiel ihres romanischen Fühlens und Handelns lernen zu können: das Eingreifen der demokratischen Massen, die den Weltfrieden von unten her erzwingen werden.

Die neue Baugewerkschule. In der Kurfürstenstraße, dicht bei der Zwölfapostelkirche, hat Ludwig Hoffmann das neue Haus der Baugewerkschule aufgestellt. Die Gegend dort gehört zu den langweiligsten und den am meisten vertwahrlosten Berlins. Die Gründerjahre haben dies Viertel auf dem Gewissen; der schlimmste Typus der Mietskasernen wartet auf den Abbruch. Inmitten solch grauen Glends wirkt die feistliche Fassade der Baugewerkschule, durch ihre zehn mächtigen Säulen vielleicht ein wenig gar zu monumental gesteigert, mit doppelter Kraft. Ohne pathetisch zu sein, kann man von einer architektonischen Dase in einer Wüste von Abscheulichkeiten sprechen. Hoffentlich wirkt Hoffmanns neue Schöpfung ein wenig erzieherisch auf die Neubauten, die in absehbarer Zeit dort kommen müssen.

Erziehung war das Thema, das Hoffmann mit seinem Schulbau zu lösen versuchte. Er wollte, daß die jungen Leute, die sich zum Maurer- oder zum Zimmermeister vorbereiten, während ihres Aufenthaltes im Schulgebäude dauernd das schöne Beispiel eines in überlegter Sorgfalt und in hingebender Liebe entstandenen Werkes vor Augen haben. Er wollte dies Schulgebäude ganz mit der Atmosphäre der Qualität erfüllen; der Nachwuchs sollte mit der Erkenntnis gefättigt werden, daß auch heute noch die handwerkliche Güte und die Hingabe des werbenden Menschen über das Wesen eines Hauses entscheiden. So hat Hoffmann die Achtsamkeit, mit der er stets das Detail pflegt, diesmal noch gesteigert. Allenhalben lassen sich davon Proben entdecken. Die pädagogische Absicht ging aber noch weiter. Es sollten auch die mannigfachen technischen Möglichkeiten, die verschiedenen Konstruktionen und Materiale, die einzelnen Prinzipien der Decken- und Gewölbeausbildung, der Pfeilerstellung, der Säulengestaltung und der Wandaufteilung, als eine Art Anschauungsunterricht dargestellt werden. Die Schulräume sind in ihrer Folge sozusagen ein kleines, sehr inkultives Bau-museum. Täglich können die Schüler die Theorien, die sie vorgetragen bekommen, sümlich erleben. Sie können sehen, daß Kalkstein anders bearbeitet werden muß als Sandstein; sie können Holz, Bronze und Eisen in der Anwendung kennen lernen. In dem einen Korridor erfahren sie die Wirkung einer flachen Decke, in dem anderen die einer gewölbten. Hier sehen sie die Wirkung einer glatten Säule, dort die einer ornamentierten.

Die Gefahren solcher Vielfältigkeit sind offenbar. Hoffmann ist ihnen geschickt ausgewichen. Trotz des großen Reichthums an Motiven wirkt der Bau einheitlich auf das zarteste abgestimmt. Der Bildhauer Rager und der Maler Kutschmann haben solche architektonische Inszenierung auf das Beste unterstützt.

Nicht bestellen sp. Bondag. Man schreibt uns aus Brüssel: Das perforierte Streichen an den belgischen Postmarken mit dem

Vermerk: „Am Sonntag nicht zu bestellen“ dürfte demnächst aus-geliebt haben. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Belgier von dem „Niet bestellen“ — um etwas vollständig oder ironisch auszudrücken, greift der Belgier gern zum vämischen Wort — fast keinen Gebrauch gemacht haben. Kurz nach der Einführung der „Vandelette“ trugen höchstens fünfzehn Prozent der Briefschaften Sonntags den Vermerk; heute ist ihre Zahl auf etwas mehr als 1 Proz. herabgesunken. — Es scheint also, daß ziemlich die ganze Bevölkerung ihre Korrespondenz am Sonntag befördert haben will. Das „Vandchen“ wurde schließlich allenthalben als Verlastigung verschimpft, denn man muß es eben abstrennen oder durchstreichen, wenn die Briefe Sonntags befördert werden sollen. Eine schreckliche Arbeit, also ...

Die Schlüsse, die indessen aus der erwähnten Statistik für die Abschaffung der Einrichtung herausgezogen wurden, sind gleichwohl nicht einwandfrei. Daß diese 99 Prozent der Sonntags beförderten Briefe wirklich alle so wichtig sind, daß nicht auch eine Anzahl davon am Montag ausgetragen werden könnte, möchten wir billig bezweifeln.

Gewohnheit, Schlamperei, sozialer Indifferentismus haben sicher keinen kleinen Anteil daran, daß die Einrichtung der fakultativen Sonntagsbeförderung ein solches Resultat ergeben hat. Was soll man denn vom sozialen Erbe eines Publikums halten, das nicht genug über die Verlastigung des Abirens eines drei Willkür breiter Streifens zu jammern weiß, obgleich mit dieser eine Sekunde währenden „Arbeit“ Duzende oder Hunderte Wotengänge am Sonntag unterbleiben könnten. Auch dieser Fall zeigt wieder, daß auch die geringfügigsten sozialen Erleichterungen für Arbeits-menschen nicht durch die Günst oder Einsicht eines sorglosen und sozial stumpsinnigen Publikums, sondern immer nur durch gesetz-lichen Zwang zu erreichen sind.

Notizen.

— Vorträge zur Kurzschrift-Einigung. Die vom Reichsamt des Innern einberufene Konferenz zur Schaffung eines einheitlichen deutschen Kurzschriftsystems war von 23 Vertretern von 9 stenographischen Schulen besucht. Einige von einem Unter-schluß ausgearbeiteten Vorschläge wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen und abgeändert einstimmig angenommen. Eine Kommission soll auf Grund dieser Vorschläge ein einheitliches deutsches Kurzschriftsystem ausarbeiten.

— Theaterchronik. Das „Deutsche Künstlertheater Sozialist“ hat Paul Pauli, dem Reflor der deutschen Schauspielerei, der seinen 75. Geburtstag begeht, seine bisherigen Bezüge als Ehrenange zugeföhrt und ihn mit Rücksicht auf sein hohes Alter von der Verpflichtung künstlerischer Tätigkeit befreit.

— Vorträge. Ueber Finnland, das Land der tausend Seen, spricht Dr. Wilhelm Palmgren am Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im großen Hörsaal der Repton - Sternwarte unter Vor-führung zahlreicher farbiger Original - Lichtbilder und Filme. Gäste willkommen. — Mit dem großen Fernrohr wird ein Doppelstern oder Sternhaufen beobachtet.

— Und neues Leben blüht aus den Ruinen. Der 78-jährige Postart hat im Münchener Hoftheater den 18-jährigen Franz Moor gemimt. Was dem „Rain“ die Mitteilung entlockt, sicherem Vernehmen nach habe sich der greise Künstler für das nächste Jahr Frau Sarah Bernhardt aus Paris verschrieben, um mit ihr zusammen Romeo und Julia zu spielen.



tionsgenossen die Abstimmung über den Beschluß wegen des Sittenbleibens zu ermöglichen. Genosse Böhle-Stragburg bemerkte, die eigentliche Sitzung, in welcher die Abstimmung stattfinden sollte, sei vergessen worden, rechtzeitig wieder abzubestellen und so seien insbesondere die süddeutschen Fraktionsgenossen, welche zugleich Landtagsabgeordnete sind, bei der dann stattfindenden wirklichen Abstimmung nicht anwesend gewesen.

Ueber die Tätigkeit der Landtagsfraktion sprach Abgeordneter Genosse Kolb. Er ließ die verschiedenen Gesetzentwürfe Revue passieren. Ueber den Großhaushalt erklärte Kolb, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion jetzt frei nach allen Seiten hin sei. Beim nächsten Wahlkampf werden wir ohne Rücksicht auf alle Parteien losziehen. Ein Antrag, den Großhaushalt im ersten Wahlgang grundsätzlich und ebenso die Arbeitsgemeinschaft mit den Liberalen abzuschließen, ferner bei Abmachungen für die Stichwahlen Garantien zur Wahrung der Kulturinteressen des badiischen Volkes zu schaffen, wurden dem Landesvorstand überwiesen.

Zum Internationalen Kongreß in Wien wurde an Stelle des Genossen Dr. Frank, der wegen seiner Amerika-Vortrags-tour die Wahl ablehnte, der Landesvorstandssekretär Dahn gewählt.

Der nächste Parteitag findet in Offenburg statt. — Die bisherigen Mitglieder des Landesvorstandes wurden einstimmig wiedergewählt. — Anwesend waren 147 Delegierte.

## Aus der Partei.

### Kaiserhoch und Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische Verein für Jittau i. S. beschäftigte sich in einer Mitgliederversammlung mit dem Verhalten der Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch. Alle Redner, außer zweien, begrüßten den Fraktionsbeschuß und die Haltung der Fraktion. Eine Zustimmungsvotum wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Da der Abgeordnete des ersten sächsischen Reichstagswahlkreises, Gen. Edmund Fischer, am Erscheinen verhindert war, so wurde ein Antrag angenommen, nach welchem ihm in einer demnächst stattfindenden Kreisversammlung Gelegenheit gegeben werden soll, seinen abweichenden Standpunkt klarzulegen.

Eine Generalversammlung des 15. sächsischen Wahlkreises, die am Sonntag in Chemnitz tagte, beschäftigte sich u. a. auch mit der Haltung unserer Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch. Ein vom Ortswahlverein Limbach gestellter Antrag:

Der Wahlverein Limbach begrüßt es, daß die Reichstagsfraktion mit dem bisherigen Brauch des Dinauslaufens beim Kaiserhoch gebrochen hat. Er stimmt der jetzigen Haltung der Fraktion ausdrücklich zu und erwartet, daß die Fraktion immer so handeln wird.

wurde fast einstimmig angenommen. Gegen den Antrag sprach u. a. Genosse Redakteur Heilmann-Chemnitz.

### Aus den Organisationen.

#### Parteitag für die obere Rheinprovinz.

In Mahen tagte am Sonnabend und Sonntag der Parteitag für die obere Rheinprovinz, der von 73 Delegierten besucht war. Ueber den Fortschritt der Organisation berichteten wir bereits; der Parteitag hörte noch Erledigung der Berichterstattung ein Referat des Genossen Meerfeld über „Koalitionsrecht und Selbstbewegung“, in dem auch die preussische Wahlrechtsfrage behandelt wurde. Deutlich und einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

Die letzten Vorgänge im Abgeordneten- und Herrenhaus, sowie die Erklärung des Ministers des Innern in der Wahlrechtsfrage haben den Beweis gebracht, daß nur der schärfste Ausdruck des Massenwillens, welcher im Massenstreik gipfelt, uns in der Frage des Wahlrechts weiterbringen kann. In Anbetracht dessen fordert der oberrheinische Parteitag die Genossen und Genossinnen auf, überall dort, wo Gelegenheit gegeben ist, die Idee des Massenstreiks zu propagieren. Weiter verpflichtet der Parteitag die Genossen, durch eifrige Agitation und Ausbau der Organisation die Kampfserien zu stärken und zu befestigen.

Eine weitere Resolution weist die katholischen Arbeiter auf das schmachvolle Spiel des Zentrums in der preussischen Wahlrechtsfrage hin, das sich jetzt durch den Mund seines Führers Herold im preussischen Dreiklassenhaufe offen als Wahlrechtsfeind bekannnt. Sie jährt sich mit den Worten: „Die katholischen Arbeiter leiden unter der Dreiklassenwahl ebenso sehr wie alle anderen Proletarier; ihre Partei läßt sie schmachvoll im Stich, sie müssen daher als Wahlrechtskämpfer mit eintreten in die Reihen ihrer sozialdemokratischen Klassen-genossen.“

#### Der sozialdemokratische Verein für Neuh. 2.

hielt am Sonnabend und Sonntag seine Generalversammlung in Vera ab. Der Verein zählte am Anfang des Rechnungsjahres 5113 männliche und 1035 weibliche Mitglieder. Beigetreten sind 1280 Mitglieder, so daß der Verein am Jahresabschluss 5400 männliche und 1917 weibliche Mitglieder zählte. Trotz der Krise und der starken Fluktuation hat der Verein nicht nur seinen Bestand gewahrt, sondern um 400 Mitglieder zugenommen. Von 17 000 sozialdemokratischen Reichstagswählern sind 30 Proz. politisch organisiert. — Die Einnahmen des Vereins belaufen sich auf 20 270,99 M., die Ausgaben auf 15 240 M. An den Parteivorstand wurden 3745 M. gefandt. Bei den Landtagswahlen, die unter dem schlechtesten Wahlgeseß stattfanden, konnte die Partei nur zwei Mandate (von 21) erringen. Auch bei den Gemeinderatswahlen waren, mit Ausnahme von einigen Orten, die Erfolge gering. Nach langer Debatte wurde ein Antrag angenommen, der den Vorstand beauftragt, die Frage zu prüfen, ob sich zur Agitation unter der Landbevölkerung die Herausgabe einer periodisch erscheinenden Druckschrift ermöglichen läßt. Die „Neuhäuser Tribüne“ hat ihren Stand von 1912 noch nicht wieder erreicht, sie zählt gegenwärtig 10 500 Abonnenten, das sind 61,8 Proz. der Reichstagswähler. Es wurde festgesetzt, daß die „Neuhäuser Tribüne“ das billigste Parteiblatt in Thüringen ist; es wurde deshalb der Redaktionskommission ein Antrag überwiesen, das Abonnementsgeld zu gegebenen Zeiten entsprechend zu erhöhen. — Der Parteitag in Würzburg soll durch drei Delegierte besichtigt werden.

Der sozialdemokratische Kreisverein für den Wahlkreis Frankfurt a. O.-Lebus hielt am Sonntag, den 21. Juni, seine Generalversammlung in Reulansow im Oderbruch ab. Bezirke waren 9 Orte durch 47 Delegierte, darunter 5 Frauen. Die Mitgliederzahl ist etwas zurückgegangen. Sie beträgt 2051, darunter 355 weibliche Mitglieder, gegen 2147 Mitglieder im Vorjahre. Ortsvereine bestehen 12. Die Einnahmen des Kreises betragen 4561,40 M., die Ausgaben 3784,08 M. Der Kassenbestand ist von 1892 M. auf 2400 M. gestiegen. An den Parteivorstand wurden 1290 M., an die Provinzialleitung 742 M. abgeliefert. Eine rege Aussprache wurde über die Verbreitung der „Fackel“ geführt. Beschlossen wurde, daß die Kosten der Verbreitung nicht mehr von den Ortsvereinen, sondern von der Kreisliste getragen werden. Auch soll die Verbreitung regelmäßig alsbald nach dem Erscheinen vorgenommen werden. Der Abonnentenstand der Fackel ist nicht befriedigend. Der Kreisvorstand soll daher mit den zuständigen Instanzen erörtern, ob die Schaffung eines Kopfbüchleins für den Kreis angebracht erscheint. Auch soll der Plan erörtern werden, für den Kreis und die Neumark ein eigenes Organ zu gründen. Als Delegierter zum Parteitag wurde der

Kandidat des Kreises, Genosse Dr. Wohl, als Kreisvorsitzender Arbeitersekretär Genosse Wegener-Frankfurt a. O. gewählt.

Die Jahreskonferenz des s. braunschweigischen Reichstagswahlkreises tagte am Sonntag in Regenborn. Der Kreis hat seine Mitgliederzahl um 55, auf 1207 erhöht; darunter befinden sich 129 Frauen. Auch die Zahl der „Folksfreund“-Leser hat zugenommen. Sie beträgt jetzt 1831. Einnahmen und Ausgaben der Kreisliste balanzieren mit 5911 M. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Antrich über die politische Lage nahm die Konferenz eine Resolution an, die der Reichstagsfraktion Dank und Anerkennung für ihre Haltung beim Kaiserhoch ausspricht und erwartet, daß die Fraktion sich auch künftig aller monarchischen Grundgebungen enthält. Die Haltung der Fraktion bei der Befolgungsvorlage wurde ausdrücklich gebilligt. — Kreisvorsitzender wurde wieder Genosse Martin-Holzwinden.

Die Bremer Parteioorganisation hat sich in fünf Generalversammlungen mit dem Jahresbericht des Vorstandes beschäftigt. In zwei Versammlungen wurde recht ausgiebig über den Bericht der Zeitungskommission debattiert. Verschiedene Redner waren nicht mit der Haltung einverstanden, die das Bremer Parteioorgan im Arbeiterkampf eingenommen hat. Die sehr ausgiebige Debatte über diesen Gegenstand wurde durch die Annahme eines Antrages geschlossen, wonach der Vorstand beauftragt wurde, sobald wie möglich eine Parteiversammlung einzuberufen, die sich mit dem Thema „Gewerkschaften und Parteipresse“ beschäftigen soll. Ein Antrag des Vorstandes, der Zeitungskommission die Wiederanstellung eines Abonnentensammlers zu empfehlen, fand allgemeine Zustimmung.

Wie in anderen Orten, so hat auch in Bremen der Bildungsausschuß darüber zu klagen, daß die Bildungsveranstaltungen von den Organisationen nicht immer die erforderliche Unternehmung finden. Die Gewerkschaften sind in den letzten Jahren vielfach dazu übergegangen, für ihre Mitglieder fachtechnische Kurse oder sonstige Vorträge zu veranstalten. Da der Besuch solcher Veranstaltungen für die Mitglieder der Gewerkschaften oftmals unentgeltlich ist, so leiden darunter die Veranstaltungen des Bildungsausschusses außerordentlich. Um diesem Mißstand ein Ende zu machen, wurde dem Bildungsausschuß empfohlen, gemeinsam mit den Organisationsvertretern zu beraten, wie die Bildungsarbeit zu zentralisieren ist.

Von den Beschlüssen der Bremer Organisation sei noch erwähnt, daß die Versammlung einen Antrag des Vorstandes stimmte, wonach der Raifonds in einen Reservefonds umgewandelt wird. Diesem Fonds sollen 5 Proz. der Einnahme zugeführt werden. Ferner wurde beschlossen, die „Neue Zeit“ zum Preise von 10 Pf. an die tätigen Genossen abzugeben.

Die Kreisgeneralversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Wittenberg-Schwetznitz tagte am Sonntag in Wittenberg. Aus dem von Vorsitzenden, Genossen Rißhale, erstatteten Jahresbericht ist zu ersehen, daß es trotz der allgemeinen ungünstigen wirtschaftlichen Lage und der Krise im Vaugetriebe möglich war, die Mitgliederzahl von 870 auf 902 zu steigern. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt nur 40. Infolge der erheblichen Konkurrenz der Berliner Sensationspresse fällt es der Parteipresse außerordentlich schwer, vorwärts zu kommen. Da in dem weitläufigen, rein agrarischen Kreise unseren Genossen nur 4 Versammlungsorte und einige Grundstücke zur Verfügung stehen, konnten nur 35 öffentliche Versammlungen abgehalten werden. Flugblätter wurden 48 000, Kalender 12 000 Exemplare verbreitet. Die Bildungsarbeit wird im Kreise durch zwei Bildungsausschüsse erledigt. Jugendausschüsse bestehen an drei Orten und haben bisher etwa 200 Abonnenten der „Arbeiterjugend“ vereinigt. Die Kreisliste schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4075 M. und einem Kassenbestand von 261 M. ab. Nach einem Referat des Reichstagskandidaten Genossen Hildebrand-Halle wurde eine Resolution angenommen, die sich mit der Haltung der Fraktion beim Kaiserhoch einverstanden erklärt und die Querstreiber einzelner Genossen entschieden verurteilt. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Rißhale-Wittenberg wiedergewählt.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

### Der Gebärzwang als großer Unfug.

Vor dem Schöffengericht in Breslau hatte sich der Parteisekretär Müller wegen Verübung groben Unfuges zu verantworten. Er hatte eine Versammlung angeündigt mit den Worten: „Der Kampf gegen den Gebärzwang“. Die Polizei verhängte über ihn eine Geldstrafe von 100 M. wegen Verübung groben Unfuges. Müller beantragte gerichtliche Entscheidung. Vor dem Schöffengericht wollte der Ankläger die Strafe noch auf 150 M. erhöht wissen. Er stimmte ein lautes Klagegelächter über den Geburtenrückgang in Deutschland an. Ein Oberregierungsrat befandete als Zeuge, er und seine Gemahlin hätten sich durch das Plakat fittlich verletzt gefühlt. Ein evangelischer Hospizleiter erklärte, es sei eine Schande, daß in Deutschland dem Volke so etwas geboten werden könne; der Staat zwingt doch keine Mutter, zu gebären. Auf Befragen des Verteidigers erklärte der Zeuge noch, von dem Gesetzentwurf gegen die Anpreisung und den Handel mit Antikonzeptionsmitteln habe er noch nichts gehört. Der Gerichtshof erkannte trotz dieser klaffenden Lücken auf Freisprechung.

### Der neue Kurd.

Der Vorsitzende des Arbeiterturnvereins in Borsdorf i. S. hatte sich vor dem Schöffengericht in Jittau wegen Übertretung des Vereinsgesetzes zu verantworten. Er hatte sich geweigert, der Polizei das verlangte Statut des Vereins und das Mitgliederverzeichnis des Vorstandes einzureichen, weil der Verein sich niemals mit Politik befaßt hätte. Das Gericht erklärte jedoch den Verein für politisch, weil er dem Arbeiterturnverein angegeschlossen ist, und erkannte gegen den Angeklagten auf 30 Mark Geldstrafe oder 5 Tage Gefängnis.

Hierauf hatte sich vor demselben Gericht der Leiter der Arbeiterjugend in Jittau zu verantworten, der wegen des gleichen Vergehens angeklagt war. Das Gericht kam in diesem Falle jedoch zu einer Freisprechung, da es sich bei der Arbeiterjugend von Partisan um keinen Verein, sondern nur um lose und unregelmäßige Zusammenkünfte handelte; Sitzungen werden nicht abgehalten und ein Mitgliedsbeitrag nicht erhoben.

## Aus Industrie und Handel.

Der Ring der Rüstungsfirmen. G. S. Ferris, dessen Prospekt über das Rüstungskapital großes Aufsehen erregt hat, hat sie nun zu einer größeren Schritt erweitert, die unter dem Titel: „The War Traders“ (die Kriegsgeschäftsleute) erschienen ist. Er zeigt darin, wie das Geschäftinteresse der auf Profit ausgehenden Firmen zu immer neuen Rüstungstreibern und Kriegsschiffen führt. Dazu sind die beteiligten Firmen eng miteinander verbunden. Für die Herstellung von Schiffen, Geschützen und Munition gibt es 12 große Firmen, deren Kapital zusammen 44 600 000 Pfund Sterling (rund 900 Millionen Mark) beträgt. Von den Direktoren gehört einer dem Verwaltungsrat von sechs dieser Firmen an. Drei haben sich in vier Verwaltungen, drei in drei und mehrere in je zwei. Daraus ergibt sich die enge Verflechtung dieser Unternehmungen, deren Wirkung auf die Preisgestaltung auch die Regierung vor der zur Untersuchung dieser Dinge eingesetzten Parlamentarischen Kommission zugegeben hat. Merkwürdig ist dabei, daß die Geschäfte, die in dem Staate einen so

willigen und gebulbigen Abnehmer haben, nur 10 Proz. Dividende verteilen, weniger als andere Geschäfte, die unter weniger günstigen Bedingungen betrieben werden. Wohin der Rest fließt, läßt sich nur vermuten.

Vorübergehende Arbeitslosigkeit beeinträchtigt das Einkommen der Arbeiter in viel höherem Maße, als gewöhnlich angenommen wird. Der Prozentjah der Arbeiter, der alljährlich längere Zeit hindurch feiern muß, ist gerade in den letzten Jahren gewachsen. Dabei handelt es sich keineswegs nur um Arbeiter, die in Saison-gewerben tätig sind. Vielmehr finden die Arbeiter, wenn sie entlassen sind, sehr häufig erst nach längerer oder längerer Zeit Stellung. Dadurch entstehen aber Ausfälle, die zusammen-gemommen einen starken Umfang von Arbeitslosigkeit ergeben. Selbst an Orten mit einigermaßen gleichbleibender Beschäftigung zeigt sich diese Erscheinung. Das Arbeitsamt in Konstanz z. B. stellt für die Arbeitsuchenden immer fest, wie lange sie zur Zeit des Arbeitsgesuchs außer Stellung waren. Da ergibt sich nun für das letzte Jahr, daß nicht weniger als 92,3 Proz. arbeitslos waren, also bei 15 901 männlichen Arbeitsuchenden im ganzen 14 672. Davon waren 4063 weniger als eine Woche außer Stellung, 5072 eine bis unter vier Wochen, 2341 vier bis unter acht Wochen, 913 acht bis unter 13 Wochen, ein Vierteljahr und darüber 351. Von dem Rest war die Dauer der Arbeitslosigkeit nicht zu ermitteln. Bei den weiblichen Arbeitsuchenden ist die Unsicherheit der Existenz nicht viel geringer. Von 2804 Arbeitsuchenden mußten 2315 oder 82,6 Proz. feiern, und zwar 1163 weniger als eine Woche, 608 eine bis unter vier Wochen, 218 vier bis unter acht, 51 acht bis unter 13, und 14 länger als ein Vierteljahr. Am häufigsten sind die unfreiwilligen Arbeitsunterbrechungen in den Monaten Mai bis Oktober. Schämt man die Arbeitslosigkeit der einzelnen nach Wochen ungefähr zusammen, so erhalten wir mindestens 40 000 arbeitslose Wochen für 18 706 Arbeitsuchende. Es war also im Durchschnitt jeder Arbeitsuchende zwei Wochen ohne Verdienst. Oder anders ausgedrückt: Die 40 000 arbeitslosen Wochen bedeuten 800 Arbeitslose, die das ganze Jahr hindurch beschäftigungslos waren. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Großstädten und Industriegegenden die Verhältnisse für die Arbeiter nicht günstiger, sondern eher noch unerfreulicher liegen.

## Gerichtszeitung.

### Verstümmelter Todschlag?

Von außergewöhnlicher Tragik getragen war die Straftat, die in einer gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Seelert verhandelten Anklage wegen versuchten Todschlages zur Erörterung stand.

Die 30-jährige Frau Rosa Franke, geb. Weide, hat am 26. März in der Berliner Allee 221 zu Weihensee auf ihren 9 Jahre jüngeren Ehemann mehrere Revolvergeschosse abgefeuert und ihn verwundet. Dieser war längere Zeit schlaflos bei ihr und verheiratete sich vor fünf Jahren mit ihr. Vier Jahre lebten sie glücklich miteinander, dann aber begannen immer mehr zunehmende Zerwürfnisse und Streitigkeiten, die schließlich dazu führten, daß der Ehemann sich von der kranklichen, an Asthma und einem Herzfehler leidenden Frau ganz abwandte. Diese glaubte schließlich Grund zu der Annahme zu haben, daß der Ehemann mit einer Frau in nähere Beziehungen getreten sei und deshalb von ihr nichts mehr wissen wolle. Darüber kam es weiter zu wiederholten wenig erbaulichen Szenen. Der Ehemann wurde auch von der 18-jährigen Tochter der Angeklagten aus erster Ehe mit Vorwürfen überhäuft und er war schließlich so weit, daß er erklärte, es nicht mehr erdulden zu können, sondern nach Dresden zu seinen Angehörigen fahren zu wollen, um weitere Maßnahmen mit ihnen zu besprechen. Diese Absicht schlug vollends dem Kopf der Böden aus und umbüfferte die Sinne der aufgeregten Frau. Als ihr Versuch, in wiederholter Aussprache ihren Mann zu sich wieder herüberzuziehen, fehlschlug, ließ sie sich von ihrem Sohn Otto Richter einen Revolver besorgen, wie sie sagt, um sich selbst zu töten, und hat dann am 26. März morgens die Tat vollführt, die sie jetzt vor das Schwurgericht gebracht hat. Sie stand früh gegen 5 Uhr auf, öffnete in der Küche den Gasbrenner, verriegelte die Küchentür und strich die Gasbrenner in den Mund. Als sie das Gas auf diese Weise auf sich einwirken ließ, trat von neuem der Groll über ihren Ehemann in ihr auf; sie wurde von dem Gedanken gepackt, daß, wenn sie gestorben sein werde, ihre Kinder es schlecht haben würden, und in dieser verzweifeltsten Situation griff sie zu dem mit 6 schwarzen Patronen geladenen Revolver und schloß sich, schon halb betäubt, in das Schlafzimmer ihres Mannes und feuerte den Revolver auf diesen ab. Ein Schuß traf ihn in die linke Hand unterhalb des Auges, die weiteren Schüsse gingen jedoch fehl und trafen die Wand und die Pfeilstelle. Der Angeklagte wurde bewußtlos, sie ging in die Küche zurück, verriegelte die Tür von innen und atmete wieder das Gas ein. Durch den Anfall der Schüsse und den intensiven Gasgeruch aufgeschreckt, drangen die Kinder gewaltig in die Küche und fanden die Angeklagte bewußtlos am Boden liegen. Der herbeigerufene Arzt Dr. Euphrat stellte Wiederbelebungsversuche an, die schließlich Erfolg hatten. Der Mann wurde ins Krankenhaus gebracht; die Kugel konnte bisher noch nicht entfernt werden. Die Angeklagte erklärte, daß sie nur die Absicht des Selbstmordes gehabt habe und an alles, was nach ihrem ersten Gasinatmen geschähe, keine Erinnerung habe. Das Gutachten des Staatsarztes Dr. Marx stand hiermit nicht im Widerspruch. Staatsanwalt Groscher beantragte das Schuldig wegen versuchten Todschlages unter Jubilation mildernder Umstände. Rechtsanwalt Ribbel beantragte dagegen das Nichtschuldig, indem er besonders die psychologische Seite des Falles den Geschworenen nahelegte. — Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen und es erfolgte die Freisprechung der Angeklagten.

Der Ueberfall auf einen Gelbbriefträger bildete die Grundlage einer Anklage, die gestern den 18-jährigen Arbeiter Gustav Schulze vor das Schwurgericht II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bruus führte. Der Angeklagte, der in einem Hotel als Hausdiener angestellt war, hatte seine Stellung wegen einer ihm zugefügten Beleidigung verlassen und war dann ohne Arbeit. Eines Tages lernte er im Tiergarten einen Mann kennen, der ihm zuredete, einen Gelbbriefträger zu überfallen.

Beide saßen dann in der Rollendörferstraße den Gelbbriefträger Friedrich Perka von Postamt B. 30 in das Haus Nr. 5 hineingehen. Der Angeklagte ließ schnell an dem Beamten vorbei die Treppe hinauf, kehrte dann aber wieder um und als der Beamte ihm gerade ausweichen wollte, warf ihm der Angeklagte plötzlich mit der rechten Hand geflohenen Pfeffer in die Augen und griff mit der linken Hand in die Geldtasche, erzwang aber nur einige Telefonquittungen. Der Beamte hielt, trotz der beständigen Schmerzen, die ihm der Pfeffer in den Augen bereitete, krampfhaft die Geldtasche fest und rief laut um Hilfe. Der Angeklagte suchte darauf zu entweichen, er wurde aber am Rollendörferplatz ergriffen.

Vor Gericht war der Angeklagte geständig. Die Geschworenen billigten ihm auf Antrag des Verteidigers K.-A. See-gaall mildernde Umstände zu. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 3 Wochen Untersuchungshaft.

### Abgeordneter Berner will nicht verurteilt sein.

Eine Privatklage des Abgeordneten Oberlehrer Dr. Berner gegen den Redakteur des „Allgemeinen“ Fritz Engel beschäftigte gestern längere Zeit das Schöffengericht Berlin-Schöneberg.



Dr. Werner hat im Reichstag Angriffe auf „M“ und „Tageblatt“ gerichtet und darin behauptet, daß beide Blätter christenfeindliche Tendenzen verzeigten und das vaterländische Empfinden in den Staub jeben. Der „M“ brachte darauf ein auf Dr. Werner bezügliches Spottgedicht und ein ihn veripottendes Bild mit Unterschrift. Dr. Werner ließ darauf wegen dieser Abwehre seiner unter dem Schutz der Immunität erhobenen Behauptungen zum Richter und strengte Verleumdungsklage an.

Nach längerer Verhandlung erklärte das Schöffengericht den Angeklagten der Verleumdung schuldig und verurteilte ihn zu 300 M. Geldstrafe event. 100 Tagen Gefängnis. Das Gericht berücksichtigte, daß der Angeklagte an sich berechtigt gewesen sei, die Angriffe der Gegenseite abzuwehren, daß auch die Satire nicht unterbunden werden solle, daß aber der Angeklagte den zulässigen Rahmen überschritten und nicht bloß die Absicht gehabt habe, seinen Gegner politisch zu bekämpfen, sondern ihm auch persönlich eins auszuweisen und an der Ehre zu verletzen.

„Die keusche Ennane“ vor Gericht. Der Komponist Max Winterfeld (genannt Jean Gilbert) hat eine Privatklage gegen den Verleger L. H. Hermann an angestrengt, die gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte beendigte. Der Angeklagte hatte gegen Jean Gilbert den Vorwurf des Plagiats und der Unanbarkheit erhoben. Dadurch wurde der Kläger zur Verleumdungsklage gezwungen. Von Gericht wegen vor ein Gutachten der Sachverständigenkommission für Kunst eingeholt worden, welches dahin geht, daß die Behauptungen des Angeklagten in keiner Weise eine greifbare Unterlage haben und der Erfolg der Operette nicht auf die Schläger zurückzuführen sei, zu denen der Angeklagte unabweisbarerweise die Motive gegeben haben will. Das Gericht hielt eine schwere Verleumdung des Privatklägers für vorliegend und verurteilte den Angeklagten zu 200 M. Geldstrafe evtl. 20 Tagen Gefängnis. Dem Privatkläger wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Zum Salvarianprozeß. Ein schmurriger Mann ist Erich Schläpfer. In der „Welt am Montag“ schreibt er ein launiges und breites darüber, welche Aufklärung er über die Wirkung des Salvarian von dem Prozeß erwartet habe. Darin sei er durch den Verlauf des Prozesses grimmig enttäuscht worden. Ganz besonders sei ihm aufgefallen, daß der „Vorwärts“ nichts über die Ablehnung eines Beweisantrages berichtet habe, daß das Alfo Salvarian im Verfallungspreis 8 M., im Verkaufspreis 16 000 M. koste.

Es ist nicht unsere Schuld, daß die Erwartung des Herrn Schläpfer getäuscht ist: nur wer auf sensationslüsternen Prophezeiungen etwas gibt, konnte der Ansicht sein, der Prozeß würde etwas Licht verbreiten. Wer aber neben etwas Sachkenntnis den Tatbestand der Anklage und den Charakter des von dem Angeklagten redigierten Blättchens kannte, konnte diese Erwartung nicht haben.

Wenn Herr Schläpfer jammert: „Selten sah man einen Prozeß mit stärkerer Spannung entgegen und selten hat ein Prozeß so sehr alle auf ihn gesetzten Erwartungen enttäuscht“, so mag er künftig um sich vor Enttäuschungen zu bewahren, etwas vorsichtiger sein. Töricht aber ist es, daß er nun Erfah für seine nicht erfüllte Spannung in Anrempeln gegen den „Vorwärts“ sucht. Hätte er etwas aufmerksamer den „Vorwärts“ gelesen, so wäre ihm nicht entgangen, daß die Bucherpreise für Salvarian und eine große Reihe anderer Mittel wiederholt von und niedriger gehängt, kritisiert und aus dem Einfluß der Großindustrie auf die Gesehgebung erklärt sind. Derselbe Gesehgeber, der ein Patent auf Heilmittel im öffentlichen Interesse verbietet, hat nämlich auf einem Umwege zum Schaden des Publikums durch Nomenklatur und Herberechtigungsdich das aufgehoben, was er im öffentlichen Interesse verbietet. Will Herr Schläpfer uns in der „Welt am Montag“ in unserem Kampf gegen diesen schreienden Mißstand unterstützen, so mag er die Artikel hierüber im „Vorwärts“ lesen und mit unserer Erlaubnis nachdrucken. Er würde uns aber mit schulmeisterlichen Anrempeln verschonen, die einen recht tiefen Mangel von Kenntnis verraten.

Aus aller Welt. Das Grubenunglück in Kanada. Erst jetzt werden genaue Einzelheiten über das furchtbare Grubenunglück bekannt, das sich in der Hillcrest-Mine ereignet hat

und dem so viele Menschenleben zum Opfer fielen. Die wenigen Überlebenden der schrecklichen Katastrophe geben geradezu ergreifende Schilderungen der Vorgänge, die sich unter den unglücklichen, von der Außenwelt abgeschnittenen Bergleuten abspielten. Einige der Geretteten erklärten, daß sie durch das Einatmen der giftigen Gase und infolge der starken Rauchentwicklung betäubt zu Boden fielen. Es zeigten sich bei ihnen vollkommene Lähmungsercheinungen, die ihnen jede Bewegungsfreiheit nahmen und fast die Bewußtsein raubten. Sie waren unfähig, auch nur das geringste zu ihrer Rettung zu unternehmen, vollkommen apathisch lagen sie da. In der fieberigen Erwartung des Todes standen sie die furchtbaren Qualen aus. Andere hatten noch so viele Kräfte, daß sie auf Händen und Füßen den Rettungsmannschaften entgegenstoben. Wie jetzt feststeht, sind an den Unglückstagen im ganzen 237 Bergleute in die Grube eingefahren. 44 von ihnen sind gerettet worden, so daß also 193 Arbeiter der Katastrophe zum Opfer fielen. Ueber 100 Leichen konnten bisher gerettet werden. Ob die übrigen noch in der Grube befindlichen Leichen geborgen werden können, erscheint fraglich, da die Arbeiter durch das nach wie vor mit großer Heftigkeit in den Schächten wütende Feuer sehr erschwert werden.

Bootskatastrophe auf dem Bodensee. Am Montag nachmittag kurz vor zwei Uhr zog über den oberen Bodensee ein orkanartiger Sturm, der eine zwischen Langenargen und Romanshorn befindliche, aus etwa 60 Fahrzeugen bestehende, auf den Feldensfang begriffene Fischerbootsflotte in arge Bedrängnis brachte. Einige der Boote kenterten; die Insassen fielen ins Wasser. Hierbei ertranken drei Fischer und ein Fischerknecht. Es geht in Konstanz das Gerücht, daß noch weitere Fischer ertrunken seien.

Ein frommer Klosterbruder als Defraudant. Aus Hamburg melden bürgerliche Blätter: Bei einer außerordentlichen Revision im Kloster St. Johannis entdeckte man einen Fehlbetrag von 90000 M. an milden Stiftungsgeldern. Durch die eingeleitete Untersuchung wurde festgestellt, daß der dort über 20 Jahre beschäftigte 63jährige Klosterfremder Lehrer die fehlende Summe nach und nach innerhalb zehn Jahren unterschlagen hat, trotzdem er ein Jahresgehalt von 8000 M. erhielt.

Familiendrama auf einem Gutshofe. In Rittersdorf in Thüringen schlug am Montag früh die fünfzigjährige Gutshofbesitzerin Lipfert ihrem Ehemann im Bett mit einer Axt die Stirn ein. Darauf begab sie sich zu der in der Bodenkammer schlafenden sechzehnjährigen Tochter und schlug dieser ebenfalls mit der Axt den Schädel ein. Beide waren sofort tot. Die Frau machte sodann auf dem Trockenboden durch Erhängen ihrem Leben ein Ende.

Automobilunfall. Montag fuhr in Frankfurt a. M. das Auto des Juckerfabrikanten P. H. H. aus Groß-Geraun gegen eine Telegraphenstange und stürzte um. Die Insassen des Autos, der junge P. H. H., zwei Damen und der Chauffeur, wurden herausgeschleudert. Während der Chauffeur unverletzt blieb, erlitten die anderen drei schwere Verletzungen und mußten in ein Krankenhaus gebracht werden.

Kleine Notizen. Bootsunfall auf dem Rhein. Das den Verkehr zwischen St. Goarshausen und der Lorelei vermittelnde Motorboot wurde Sonntagmittag in dem Augenblick, als es an dem Landungssteg in St. Goarshausen festmachen wollte, von einem rheinaufwärts fahrenden Schraubendampfer überrennt und umgeworfen. Sechs Insassen des Bootes konnten gerettet werden, während eine russische Dame ertrank. Eisenbahnunfall in Portugal. Ein von Vera Alia kommender Zug ist zwischen den Stationen Veludo da Veira und Fornos de Algodre mit dem von Lissabon kommenden Südexpreßzuge

zusammengestoßen. Ein Heizer wurde getötet. Reisende sollen nicht verletzt worden sein. 12 Personen ertranken. Am Sonntagabend kenterte auf dem Döwega-Kanal im Staate New York ein Motorboot, wobei 3 wölfig Personen, zumeist Frauen und Kinder, ertranken. Von einem Löwen getroffen. In einem Zirkus in Chicago wurde der den Löwenzwinger betretende Wädiger von einem Löwen angefallen, getötet und zum Teil aufgefreissen. Es gelang nur mit großer Schwierigkeit, die Leiche zu bergen. Ein anderer Löwe entwich und lief durch mehrere Straßen.

Frauen-Leseabende. Johannisthal. Heute abend im Lokal von Heinrich, Friedrichstr. 11a. Leseabend der Frauen. Tagesordnung: Dittler und letzter Vortrag über das Thema: „Was wollen wir Sozialdemokraten?“ Referent: Gen. Edwin Neumann. Ober-Schöneweide. Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Leseabend im Lokal Wilhelmstr. 43, früher Rade, früher Anbaber Kamp. Tempelhof. Frauen-Leseabend am Mittwoch, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Seder, Berliner Straße 65/67. Vortrag: „Die Frau und die Gemeindepolitik“. Referent: Genossin Lager-Schöneberg. Wilmersdorf. Statt des Leseabends findet am Mittwoch, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, im „Schweizerhaus“, Dianastr. 6, Familien-Kaffeeabend statt.

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, von vier Treppen — Fahrstuhl — wochentags von 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Suchzettel und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitskarte beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor. G. S. 3538. In solchen Fällen wird der mutmaßliche Arbeitsverdienst des letzten Steuerjahres der Einschätzung zu Grunde gelegt. 2. Der jetzige Verdienst wird in den Jahresverdienst umgerechnet. 3. Erst für das nächste Steuerjahr. 4. Ja, sofern das Einkommen Ihrer Frau bei der Veranlagung mitberücksichtigt ist. — Dringend. 1. Ja, bei dem Bestand der Allgemeinen Ortsrentenkasse. 2. Den Zahlungsbeleg können Sie beim Amtsgericht Bernau beantragen. Durch die fruchtlose Klage wird Ihr Anspruch nicht. Sie können jederzeit wieder von neuem vollstrecken lassen. — G. S. 100. Leider nicht. — N. N. 11. Solche Erbschaftsprüfung verfähren in vier Jahren. Sonst sind nach Ihrer Darstellung weder die Angehörigen noch die Rütler erschlüssig. — P. S. 38. 1. und 2. Es kann ein Antrag an das Vormundschaftsgericht (Amtsgericht, in dessen Bezirk der Vater wohnt) eingereicht werden. — S. 2. G. 39. Der Anspruch ist mangels Innehaltung der Frist ausständig. — C. S. 10. Das Kind verbleibt der Mutter. — G. S. 100. Ja. — W. S. 23. Der frühere Gebrauch gilt als vorzuziehen. Ihre übrigen Angaben reichen nicht aus, um beurteilen zu können, ob eine Scheidungsklage ausständig ist. — S. A. Sie müssen vor Ablauf der Frist von 28 Tagen, von der Zustellung der Veranlagung ab gerechnet, bei der Kirchenbehörde reklamieren. — G. 7a. Jordenberger Strahe. Der durch eine unzüchtige Handlung öffentlich ein Kezernis gibt, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 500 M. bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verbit der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. — H. S. 43. 1. und 2. Die Überführung nach Brandenburg ist zulässig. 3. Verlangen Sie es. Am zweckmäßigsten ist eine Rücksprache bei der Remmendirektion, Köpenickerstr. 1. 4. Auf einen Sonnabend. —

Wetterprognose für Dienstag, den 23. Juni 1914. Wenig heißer und warm, aber veränderlich bei größtenteils schwachen südöstlichen Winden und Neigung zu Gewittern. Berliner Wetterbureau. Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmittag: Etwas kühler, zunächst überwiegend bewölkt und besonders im Osten vielach Gewitter. Später im Südwesten beginnende neue Aufhellung.

**Borussia-Festsäle**  
Adress: 67, nahe Rolentholer Weg. Telefon Amt Norden 2074.  
empfehlen seine vier Säle, 100-600 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten.  
Prächtiger Naturgarten (mit Bühne), 700 Personen fassend, noch einmige Sonnabende und Sonntage frei. — Kulantes Entgegenkommen.  
Georg Wolfgramm.  
Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.  
Stets frisch zu den besten Engrospreisen.  
Amt IV. 3014.

# Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 23. Juni 1914.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Voigt-Theater. Das Winternachtsmädchen.  
Anfang 5 Uhr.  
Passage-Theater. Kino-Parade.  
Posdamer Naturtheater. All-Potsdam.  
Anfang 7 Uhr.  
Eines Nollendorfer-Theater. Die tolle Gröfin.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
Anfang 8 Uhr.  
Urania. Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.  
Deutsches Opernhaus. Spigemia in Kulis.  
Deiken. Das Rheingold.  
Deutsches Künstler-Theater. Jeppe vom Berge.  
Vefing. Das Märchen vom Wolf.  
Theater an der Weidenammer Brücke. Der müde Theodor.  
Schiller O. Mein erlauchter Ahnherr.  
Schiller Charlottenburg. Klein-Eva.  
Berliner. Wie einst im Mai.  
Königsgräber Straße. Mr. Wu.  
Thalia. Wenn der Frühling kommt.  
Kofe. Amischen Himmel und Erde.  
Montis Operetten. Als ich noch im Jüngelste.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Palast-Theater. Varietés und Lustspiele.  
Berliner Prater-Theater. Strigri.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Kleines. Der Kiech.  
Theater am Nollendorferplatz. Der Jucharon.  
Zurvielhänd. Die spanische Flegel.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Scheidungs-Ehe.  
Luisen. Der weiße gelbe Robe.  
Voltes Caprice. Die Leibwächterin.  
Die Amordragoner. Das Bett Napoleons.  
Napoleons. Ah — da staun' ich.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Volks-Theater. Hans Hufschelm.  
Reidens. Die verfluchte Liebe.  
Admiralspalast. Im Tangoklub.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Mein erlauchter Ahnherr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Mein erlauchter Ahnherr.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Mein erlauchter Ahnherr.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Klein-Eva.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Heiligenwald.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Heiligenwald.  
WINTERGARTEN  
Neues Programm!  
Radjah  
in ihren Tänzen  
Johnson u. Dean Jeannot-Denarber  
Ragtime mit ihrem  
Sextett Ballon  
sowie  
10 hervorragende Kunstkräfte  
Entreeplätze wochentags  
M. 0,60.  
Rauchen gestattet!

Deutsches Künstlertheater  
Sozialität.  
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.  
Kasse: Nollendorf 1333.  
Täglich 8 Uhr:  
Jeppe vom Berge.  
Theater a. d. Weidenammerbrücke.  
Täglich 8 Uhr zum 109 Male:  
Der müde Theodor.  
Vorher: Tanzgastspiel Miss Keen.  
ROSE-THEATER  
Große Frankfurter Str. 139.  
Zwischen Himmel u. Erde  
Anfang 8 Uhr.  
Mittwoch: Philippine Welfer.  
Auf der Gartenbühne —  
Rund um die Erde. Gr. Revue.  
Bocher Konzert, Spezialitäten.  
Voigts Krampenburger  
Berliner Alpen — Post Schmöckwitz —  
Fernspr. Amt Köpenick 227  
Berlins schönster Ausflugsort und anerkannt bestgeeignetes Wirtshaus zur Veranstaltung von Dampferpartien.  
Neu! Täglich Dampfer-Extrafahrten von Nenkölln.  
Kaiser-Friedrich-Straße und Wildenbruchbrücke.  
Ab Berlin jeden Dienstag u. Freitag Brandenburger Ufer Stern-Gesellschaft.  
Saal- u. Gartenrestaurant „Schwarzer Adler“  
Besitzer: Karl Neuert, Werder a. H.  
Eigene Dampferanlegestelle. Fernsprecher 189.  
Empfehle den Gewerkschaften, Vereinen und Parteigenossen bei Ausflügen, wie Dampferpartien usw. mein Lokal, großer schattiger Garten und großer Saal = 24615  
Ausschank der Biere der Brauereigenossenschaft Potsdam-Werder.

URANIA  
Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.  
ZOOLOG  
ischer Garten  
Täglich ab 5 Uhr:  
Großes Militär-Doppel-Konzert.  
Eintrittspreise:  
Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.  
Aquar. 1 M. v. d. Str., 50 Pf. v. Zoo  
Kinder unter 10 Jahr. die Hälfte.  
Neu! AQUARIUM  
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.  
AQUARIUM  
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Theater in der Königsgräber Straße  
Täglich 8 Uhr, zum 75. Male:  
Mr. Wu.  
Berliner Theater.  
8 Uhr:  
Wie einst im Mai.  
Theater am Nollendorferplatz 6.  
8 1/2 Uhr:  
Der Jucharon.  
Theater des Westens.  
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag:  
Das Rheingold.  
Anfang 8 Uhr.  
Passage-Panoptikum.  
Lebend!  
Die letzten weiblichen Azteken!  
Der unfesselbare Rappo,  
der König der Ausbrecher.  
Aga, die schwabende Jungfrau.  
Buddhas Eislerstafel.  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.  
Metropol-Theater.  
Abends 7 Uhr 55 prächtig:  
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Admiralspalast.  
Eis-Arena.  
Die Novität „Im Tangoklub“  
und das effektvolle Eisballett  
„Die lustige Puppe“.  
Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.  
Wein- und Bier-Abteilung.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Die Scheidungs-Ehe.  
Reichshallen-Theater.  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluss:  
Herr D'rektor Kuhlicke  
Urkom. Burleske  
von Reysel.  
Anfang 8 Uhr,  
Sonntags  
7 1/2 Uhr.  
Folies Caprice.  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Die Leibwächterin.  
Die Amordragoner.  
Das Bett Napoleons.  
Ah — da staun' ich.  
Voigt-Theater  
Radjahstr. 58.  
Heute, sowie täglich:  
Das Winternachtsmädchen.  
Gr. Ausstattungsstück m. Gel. u. Tanz  
von Kren und Hippelich.  
Gänzlich neue Spezialitäten.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.



# Servus

## Schuhputz mit Dosenöffner

Überall zu haben in großen Dosen a 20 Pf.

Fabrik: Chemische Werke Lubzynski & Co., Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

### Für die Fahrt zur Bugra

Sobien erschien:

## Pharus-Plan der Bugra

Preis 20 Pf.

## Pharus-Plan von Leipzig

mit illustriertem Führer - Preis 25 Pf.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69 (Laden)

### H. Pfau, Bandagist

Berlin Dirksenstraße 20

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und

Vollzeppelinplatz. - Amt Kot. 3208.

Für Damen Frauen-Bedienung.

Lieferant für alle Kranenfabriken.

## Schuten

Damenhüte, schwarz, weiß,

Champagne 0.95 an. Nigge,

Schönhauser Allee 146a.

Alle Güte werden zu Schuten gepreßt.

# Unsere "Marine"

## Beste 2 Pf. Cigarette



# Erfindung Goldfisch, Gummifisch, Stabock!

Die besten Goldfisch, Gummifisch, Stabock, Gummifisch, Stabock!

### Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuzüglich 2 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf., das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

### ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

### Saison-Räumungspreise bis 60 Prozent ermäßigt.

Gardinen, Teppiche, Kissen, etc.

### Gardinen! Teppiche! Vorhänge!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Kinderwagen! Leihwagen!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Teppiche! Vorhänge!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Stuhlwäsche! Vorhänge!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Teppiche! Vorhänge!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Stuhlwäsche! Vorhänge!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Stuhlwäsche! Vorhänge!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Stuhlwäsche! Vorhänge!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Teppiche! Vorhänge!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Reichhaus...

### Herrenanzüge! Vorhänge!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Teppiche! Vorhänge!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Kostüme! Vorhänge!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Teppiche! Vorhänge!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Geschäftsverkäufe.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Möbel.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Möbel! Vorhänge!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Wundervolle Wohnungseinrichtung.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Gratis-Katalog!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Konturrenzlos billig kaufen.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Musikinstrumente.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Fahrräder.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Kaufgesuche.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Wohnungen.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Verkauf.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Verkauf.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Wundervolle Wohnungseinrichtung.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Gratis-Katalog!

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Konturrenzlos billig kaufen.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Musikinstrumente.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Fahrräder.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Kaufgesuche.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Wohnungen.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Verkauf.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Verkauf.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Unterricht.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Automobilfahrer.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Unterricht in der englischen Sprache.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Verschiedenes.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Patentanwalt.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Fahrräder.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Wohnungen.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Verkauf.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Verkauf.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Zimmer.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Arbeitsmarkt.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Stellengesuche.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Stellenangebote.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Wohnungen.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Verkauf.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Verkauf.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Verkauf.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.

### Verkauf.

Alle Sorten zu niedrigen Preisen.



und Freiheit kämpfen kann, dann wird sie wieder Siege erringen und dann nicht mehr in die verlassene Bahn zurück-

### Regierung und Massenstreik.

Der „Deutsche Kurier“, das Berliner nationalliberale Blatt, das übrigens heute mehr als die Hälfte seines Kapitals verloren hat, weiß allerlei über Maßnahmen der Regierung gegen den Massenstreik zu berichten:

Der erste Schritt der Regierung wird eine Denkschrift sein, die im Herbst d. J. dem Reichstag vorgelegt werden wird. In dieser Denkschrift, an deren Ausarbeitung jetzt gearbeitet wird, werden alle mit Arbeitseinstellungen, Massenstreiks, Sympathiestreiks und sozial-wirtschaftlichen Kämpfen zusammenhängenden Fragen eingehend behandelt werden und Mittel und Wege zur Erörterung gelangen, um Schwierigkeiten entgegenzutreten. Ob der Reichstag auf Grund dieser Denkschrift gesetzliche Maßnahmen als erforderlich ansehen wird, bleibt abzuwarten, kann aber angesichts der jetzigen Zusammenhänge nicht als nicht sehr wahrscheinlich angesehen werden.

Es wird die Frage zu entscheiden sein, ob man durch eine Verhinderung des Streikrechtes oder zur Gewerbeordnung ein sofortiges gesetzliches Einschreiten für nötig hält oder man warten will, bis das neue Strafrecht im Reichstag zur Beratung gelangt.

Man warte wie die Denkschrift ab, zumal die Mitteilungen des „Kuriers“ gewöhnlich nicht gerade sehr verlässlich zu sein pflegen.

### „Blödsinn und Frechheit“.

Die „Unita cattolica“ in Rom hatte kürzlich erklärt, die Broschüre des babilonischen Zentrumsführers Baders sei der Inbegriff aller antisemitischen und protestantischen Irrlehren. Hierzu schreibt nun die „Badische Beobachter“, das Organ Baders, daß die „Unita cattolica“ ein italienisches Quertreiberorgan sei, das sich über die Verhältnisse eines um so größeren Unsinns leisten könne, als es den Verhältnissen noch weit ferner stehe als die deutschen Quertreiberorgane. Die Behauptung aber, der „Unita cattolica“ sei der Inbegriff aller modernistischen und protestantischen Irrtümer, wäre der Inbegriff alles Blödsinns und aller Frechheit, die man sich einem Quertreiber gegenüber leisten könne, dessen ganzes öffentliches Auftreten seit über einem Menschenalter darin bestanden habe, die Rechte der Freireligiösen der Kirche zu verteidigen.

Auf die Antwort darf man um so eher gespannt sein, als die „Unita“ wiederholt die Billigung des Papstes selbst erfahren hat.

### Braunschweiger Spargelschlachten.

Daß die braunschweigische Polizei zu Fuß und zu Pferd mit Unterstützung des Nachtwächterkorps und der Polizeibunde den braunschweigischen Wahlrechtskämpfern schon manche Schlacht geliefert hat, ist eine bekannte Sache. Noch jetzt sucht die Staatspolizei nach dem Führer der Demonstration vom 1. Februar, der im Drange des Gefechts ein Nachtwächter den Helm verlor. Der Inhalt des Nassenbuches des Sozialdemokratischen Vereins ist kürzlich zur Ermittlung des Mordbühnenführers gerichtlich eingesehen worden. Die Polizei hat jetzt ein anderes Feld ihrer Tätigkeit gefunden. Der Braunschweigische Luftschiffahrtsverein will einen Luftschiffhafen bauen und hat dafür mit städtischen Geldmitteln eine reichliche Bewilligung erhalten, eine über 50 Morgen große Fläche angekauft, auf der, wie überall in Braunschweig nächster Jahres Spargel gezogen werden soll. Diese Fläche wurde im vorigen Jahre umgerodet, um das Spargelfeld für die Zwecke des Luftschiffhafens in eine exerzierplatzähnliche Wüstenei zu verwandeln. Aber die Spargeln sind nicht leicht wegzuziehen. So haben sie denn trotz der Rodung im vorigen Jahre in diesem Jahre wieder Lustig um der Wüstenei, die ihnen die Lebensader verleiht. Da nun in Braunschweig Spargel Geld ist, haben sich frühmorgens zahlreiche Spargelstecher auf der Wüstenei versammelt, um den vom Luftschiffahrtsverein ausgehenden, also herrschaftlichen Spargel zu ernten. Das erregte den Neid der bestehenden Spargelkultivatoren. Ein Spargelstecher stellte in der „Braunschweigischen Landeszeitung“ den wilden Spargelstecher als einen Unfug hin, der leicht durch einen Sturz des Spargelpreises fähig sei. Daraufhin hat man nicht etwa der Besitzer der Wüstenei, der Luftschiffahrtsverein, den Spargel selbst stechen, er verpöchtete auch nicht den Spargelstecher, sondern er ließ das Feld weiter wüsten liegen. Er hätte es angekauft, um für die Luftschiffahrt eine künstliche Wüste zu schaffen. Der Besitzer des Feldes kümmerte sich also auch fernerhin nicht darum. Dafür aber erschien jetzt die Polizei auf dem Platze. Sie erhielt jeder erwischte Spargelstecher ein Strafmandat von 15 M. Da sich aber der Spargel trotz dieser Steuer noch auf dem Platze machte, ließen sich die Spargelstecher nicht abschrecken, sondern das Strafmandat auf 15 M. erhöht wurde. Auch jetzt wurde lustig weiter gestochen. Da eröffnete die Polizei den Spargelstechern mit bewaffneter Hand. Frühmorgens täglich erschienen die Spargelstecher auf dem Gelände der Luftschiffahrtsgesellschaft, um wie das Wild einzufressen und zusammenzutreiben versuchen. Die Spargelstecher wurden den Spargelstechern abgenommen und an Ort und Stelle unter den Hufen der Pferde vernichtet. Es ist ein ganz neues Verfahren der Welt geschaffen. Sehr oft hat sie freilich auch das Leben der Spargelstecher vernichtet, da die kundigsten Spargelstecher früher auf den Weiden als die Polizei.

Dieses Beispiel zeigt wieder einmal treffend unsere Staats- und Gesellschaftsordnung. Der Luftschiffahrtsverein will die Spargeln gar nicht; sie kommen gegen seinen Willen wild heraus. In die hochstehenden Spargeln zu förmlichen Sträuchern aufzuwachsen, der Verein aber doch eine glatte Fläche haben will, kann man der Stille der wilden Spargeln nur angenehm sein. Die Spargelstecher schädigen also den Besitzer des Feldes durchaus nicht; sie ernten nur eine Naturgabe, die einmal ausnahmsweise den Spargelstechern umsonst zuwächst. Und sofort stellt sich die Polizei entgegen, verfolgt die Ernter der wildwachsenden Gottesgabe wie die Wildbühnen, nimmt ihnen den Spargel ab, vernichtet ihn und verschafft den Leuten, die sich um ihre Ernte bemühen, noch geringere Geldstrafen. Und das alles, damit ja nicht der wildwachsende Spargel den Marktpreis für Spargel etwas herunterschieben und den Profit der großen Spargelzüchter etwas schmälern könnte. Welch eifrige Diener hat doch das Kapital in der Staats- und Gesellschaftsordnung!

### Juncker und Volksinteressen.

Die Handelskammer Schweidnitz reißt in ihrem Bericht für das Jahr 1913 den Junckern die patriotische Maske schonungslos vom Gesicht, indem sie schreibt:

Ein großer Teil des schönsten Getreides der Ernte aus 1913 wurde zu Beginn des Jahres 1913 nach dem Auslande

verkauft, und zwar der Weizen nach Frankreich und Italien und der Roggen nach Rußland. ... Und an anderer Stelle heißt es:

„Hierzu trat der leidige Umstand, daß die halbwegs brauchbaren besseren Qualitäten zur Ausfuhr verkauft wurden, so daß tatsächlich im Herbst 1913 fast nur minderwertiges Getreide für den Verbrauch im Handelskammerbezirk zurückblieb. Daß aus solchem Getreide kein schönes Mehl hergestellt werden konnte und kann, ist selbstverständlich, und deshalb hörten und hören die Klagen der Bäcker über das Gebäd natürlich nicht auf.“

Die Schlussbemerkung lautet:

„Die Ausfuhr des guten Getreides“ wird seitens des Auslandes, im besonderen anscheinend durch Frankreich, zur Kriegsprioritätierung verwandt, denn es ist doch überaus rasch, daß gerade zu einer Zeit, in der die allgemeine Marktlage kriegerische Ereignisse in den Bereich der Möglichkeit rückt, eine Ausfuhr deutschen Getreides nach Frankreich stattfand, wie sie früher nie bestanden hat. Man vergleiche die Zahl von 1909, in welchem Jahre keinerlei politische Spannung bestand, gegen 1913, in dem die Volkswirren beunruhigend wirkten. Im Jahre 1909 wurde nach Frankreich ausgeführt: Hafer 60 Doppelzentner, Roggen 120 Doppelzentner, Weizen 920 Doppelzentner; im ersten Halbjahr 1913 dagegen 715 120 Doppelzentner Hafer, 375 660 Doppelzentner Roggen, 1 188 270 Doppelzentner Weizen. Das gibt zur eingehendsten Beachtung wohl Veranlassung.

Mit diesen Feststellungen wird den Agrariern im offiziellen Bericht der Handelskammer Schweidnitz ein Verdammungsurteil gesprochen, wie es nicht scharfer sein kann. So sehen die „patriotischen“ Agrarier aus. Man wird sich diese Feststellungen für die Zolltarifverhandlungen und für die Wahlkämpfe merken müssen.

### Kasernenroheiten.

Am 19. Mai kehrten einige Soldaten der 3. Batterie des Artillerieregiments Nr. 19 von Kamerarbeit nach der Mannschafts-Kasernenstraße zurück, als auf dem Flur gerade der Unteroffizier Liebert stand. Die Soldaten sollten noch zum Appell antreten und liefen nach der Ansicht des Vorgesetzten nicht schnell genug. Um den einen Untergebenen zum schnelleren Gang „aufzumuntern“, versetzte ihm der Unteroffizier mehrere schmerzhaft schmerzliche Fußtritte ins Gesicht. Das Dresdener Kriegsgericht sühnte diese Mißhandlung mit 14 Tagen mittleren Arrest! Dabei ist dieser „Erzieher“ wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener verurteilt.

### Die griechisch-türkische Spannung.

Man schreibt uns aus Konstantinopel:

Die griechischen Drohungen werden in Konstantinopel sehr kühl aufgenommen. Man will hier nicht daran glauben, daß Griechenland Ernst machen werde. Sollte es aber dennoch zu einer Kriegserklärung kommen, so wird man sich eben in das Unvermeidliche schicken.

Von einer eigentlichen Kriegsbegeisterung ist nicht viel zu merken. Gewiß, es gab am Jahrestag der Eroberung von Konstantinopel eine große Demonstration in Istanbul, diese wurde aber viel mehr von der Volkstbewegung getragen, als von einer kriegerischen Stimmung. Von unten kam der Nationalismus, das Bestreben nach einer Absonderung und einem Zusammenschluß des türkischen Elements im Reich selbst; der Patriotismus, die Stellung nach außen, die Eroberungs- und kriegerische Wiedervergeltungstendenzen wurden von oben, durch die offizielle Vertretung hereingetragen. Daß die Regierung die nationalpolitische Stimmung in eine mordspatriotische verwandelt kann, ist gewiß nicht bestritten werden. Vorläufig trug die große Demonstration, an der mindestens hunderttausend Personen teilnahmen, einen durchaus friedlichen Charakter. Das Volk kam zusammen, weil dann die Gelegenheit geboten wurde, sich zu zeigen. Das Bedürfnis dazu ist in den türkischen Massen sehr groß, denn es befindet sich in einer jammervollen äußerst bedrängten Lage. Die Initiative zu der Demonstration kam nicht aus den Regierungskreisen; indem die türkische Regierung sie gewähren ließ und sogar offiziell förderte, hat sie mit der bisherigen Politik der Jungtürken, das Volk von der Politik fernzuhalten, gebrochen. Die Konsequenzen werden nicht ausbleiben, die Zeit wird auch hier kommen, wo das Volk seine eigene Flagge aufwerfen wird.

Es wird hier nicht viel Lärm gemacht, im stillen aber gewinnt der Boykott an Kraft und Ausdehnung. Dagegen scheint man in Griechenland, nach den Athener Zeitungen zu urteilen, vollkommen die Befinnung verloren zu haben. Die offizielle griechische Presse erklärt, die Zeit sei gekommen, die Türken aus Europa zu verjagen.

Desgleichen beschäftigt sich der Konflikt zwischen dem griechischen Patriarch und der türkischen Regierung. Die Kirchen und Schulen bleiben geschlossen. Unter den Forderungen, die der Patriarch gestellt hat, befindet sich auch die der Aufhebung des Boykotts. Der Boykott hat aber eine solche Ausdehnung gewonnen, daß die Regierung, selbst wenn sie es wollte, ihn nicht mehr verhindern könnte.

Ob diese griechisch-türkische Spannung schon in nächster Zeit in einen Krieg sich entladet, mag zweifelhaft sein; sicher aber ist, daß sie auf beiden Seiten zu einer Stärkung des Militarismus führen wird, der haben und drüben jedes Reformwerk unmöglich macht.

### Wiederaufnahme des griechischen Schiffsverkehrs.

Konstantinopel, 22. Juni. Die griechischen Schiffe, die wegen der Befürchtung von Komplikationen ihre Fahrten eingestellt hatten, haben die Durchfahrt des Bosporus von und zum Schwarzen Meere sowie die Annahme von Frachten von Häfen des Schwarzen Meeres wieder aufgenommen.

### Der mexikanische Konflikt.

Carranza und die Vermittlungaktion.

El Paso, 22. Juni. Carranza hat den Vermittlern auf eine ihm zugegangene Note eine Antwort erteilt, in der er wiederholt, daß er bereit sei, an der Vermittlungaktion teilzunehmen, daß es ihm aber unmöglich sei, über einen Waffenstillstand, die Landfrage und die Wahl eines provisorischen Präsidenten zu verhandeln. Seiner Ansicht nach hätten die Vermittler einen Irrtum begangen, als sie versuchten, diese Fragen zu lösen, die für die Mexikaner von überragender Wichtigkeit seien. Die Konstitutionalisten mühten entscheiden, was für die Interessen ihres Landes das Beste sei. Zum Schluß erklärte Carranza, er glaube nicht, daß die Konferenz in Niagara Falls die von den Vermittlern erwarteten Ergebnisse haben werde.

Niagara Falls, 22. Juni. Auf die Einladung der Vereinigten Staaten haben die Delegierten Queros ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, mit Vertretern Carranzas zu einer Konferenz zusammenzutreten, in der Hoffnung, dadurch den Frieden in Mexiko herzustellen.

## Italien.

### Alexis ist Trumpf.

Rom, 18. Juni. (Fig. Ver.) Die Kommunalwahlen vom 14. Juni bezeichnen einen entscheidenden Vorstoß der Alexisten. Diese erringen die Majorität in Rom und Genua, während in Turin die Mehrheit den Alexisten gefürchteten Konserverativen zufällt und nur Mailand die Ehre der sozialistischen Fahne hochhält.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist die Niederlage des demokratischen Blocks in Rom, der unter dem Bürgermeister Nathan 6 Jahre die Verwaltung der Hauptstadt in Händen gehabt hat. Die ersten Wahlen mit allgemeinem Wahlrecht werden Rom wieder in die Zeit zurück, wo die Alexisten Alleinherrscher auf dem Kapitol waren. Es kommt wieder eine Zeit der Hochkonjunktur für die Alexistengesellschaften, die die öffentlichen Dienste der Hauptstadt versehen. In der Tat sind die Aktien der römischen Tramwaygesellschaft um 11 Points, die der Gasgesellschaft um 8 Points seit dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses gestiegen. Die Alexisten werden ihr Bestes tun, um das Lebenswert unseres Genossen Martini wieder zu vernichten, der in den städtischen Elektrizitätswerken und städtischen Tramwaybetriebe Konkurrenzunternehmen zur Seite stellte und so die Aktien der Elektrizitätswerke von 1075 auf 920 Lire, die der privaten Tramwaybetriebe von 263 auf 151 Lire herabdrückte. Das Wahlergebnis ist für den Block unglücklich, für unsere Partei aber geradezu glücklich. Die Liste der Alexisten-Konserverativen erzielte von 31 000 bis 33 000 Stimmen, die des demokratischen Blocks von 25 000 bis 28 000, die der Sozialisten aber nur von 2000 bis 3000.

Die Niederlagen, die unsere Partei in Turin und Genua erlitten hat, sind nicht im Entferntesten mit der römischen Schlappe zu vergleichen. In Turin eroberte unsere Partei die Ehre der Majorität und bleibt nur um wenige Stimmen hinter den Alexisten-Konserverativen zurück. Ähnlich sind die Verhältnisse in Genua, wo unserer Partei die Winderheitvertretung gesichert ist.

Der einzig leuchtende Punkt des Wahlergebnis ist das Wahlergebnis von Mailand. Alle 84 Sitze der Majorität sollen hier unserer Partei zu, während die Alexisten die 16 Sitze der Winderheit erringen. Als Bürgermeister wird, da Genosse Raina das Amt aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt hat, Genosse Calzara gewählt werden. Von Paris abgesehen, wo ein kurzes sozialistisches Experiment gemacht wurde, ist Mailand die erste europäische Großstadt, die eine sozialistische Verwaltung hat.

## Afrika.

### Das „beruhigte“ Marokko.

Udsjda, 22. Juni. Auf dem Rückmarsch von Taza in das Lager bei Beni Regara wurde die Kolonne Baumgarten am linken Ufer des Inauen heftig angegriffen, wies jedoch den Angriff zurück. Die Franzosen verloren einen Hauptmann und vier Mann tot und zwei Offiziere und zwanzig Mann verwundet.

## Asien.

### Wachsende Empörung des indischen Volkes.

Die Attentate auf den Vizekönig von Indien, Lord Hardinge und andere Beamte, haben gezeigt, daß die Erregung in Indien wieder mächtig gewachsen ist. Lange schon fordern die Bewohner des Landes, die heute noch fast ausschließlich von hochbezahlten englischen Beamten regiert werden, wachsenden Anteil an der Verwaltung des Landes und wirkliche politische Mitwirkung anstatt der dekorativen Zuziehung von Indern zu den Beratungen, denen keine ernstliche Macht innewohnt. Da die Umstände einer gewalttätigen Niederhaltung dieser durch das ganze Land verbreiteten Bewegung nicht günstig schienen, suchte die Regierung zu beschwichtigen. Man stellte stärkere Heranziehung von Eingeborenenvertretern und sonstige politische und soziale Reformen zum Zwecke größerer Gleichstellung der „englischen Untertanen“, wie die Eingeborenen genannt werden, mit den Engländern im Lande in Aussicht. Natürlich mußte man der Regierung für diese Reformen die nötige Zeit lassen. Da nun aber immer weitere Zeit verging, ohne daß die Regierung Anstalten machte, ihr Versprechen einzulösen, wuchs die revolutionäre Bewegung von neuem und fand in den Attentaten einen vorläufigen Ausdruck.

Eine weitere Ursache dieser Empörung liegt in der Behandlung, die den englischen Untertanen Indiens durch die freien Bürger der sich selbst regierenden englischen Kolonien zuteil wird. Die Vorgänge in Südafrika, die furchtbaren Mißhandlungen der Inder, die dort entfalt wurden, sind noch in der Erinnerung. Dazu kommt die verächtliche Behandlung in Kanada, wo die einwanderungslustigen Inder genau wie die übrigen Einwanderer asiatischer Staaten als „Asiaten“ den größten Beschränkungen ausgesetzt werden. Mehrere Fälle brachten neue Erregung. Schließlich machte ein reicher indischer Kaufmann in Lahore, Gurbit Singh, eine klare Probe. Er ließ 300 Inder, lauter ehemalige Soldaten, einschiffen und nach verschiedenen Kolonien bringen. Aber überall: in Victoria, in Vancouver und Columbia wurden die Leute, die zum Dienste im Heere recht gewesen waren, als Asiaten den üblichen Erschwerungen unterworfen. Sie sollten sich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen und jeder Mann 2000 Dollar aufweisen! Diese Abweisung erzeugte eine Stimmung, die in folgendem Telegramm eines indischen Führers an den Vizekönig von Indien zum Ausdruck kam: „Eine Revolution wird in Indien ausbrechen, wenn die Inder nicht das Recht erhalten, in Vancouver (der großen Insel an der Westküste Kanadas) zu landen. Die Hindus von Manila erklären, daß die Regierung in Hongkong und Singapur zur Empörung bereit sind.“

Es muß sich zeigen, ob diese Erklärung völlig den Tatsachen entspricht oder übertriebene Drohungen enthält. Jedenfalls ist aber sicher, daß das zum Selbstbewußtsein erwachende indische Volk, zumal nach den Vorgängen in Ostasien, sich die alte Niederhaltung und Verachtung seitens der Herren, die auf ihre Kosten Reichtümer sammeln, nicht mehr lange gefallen lassen wird.

## Letzte Nachrichten.

### Die Kämpfe in Albanien.

Rom, 22. Juni. Zu dem Kampfe bei Lushtina, in dem die Regierungstruppen eine Niederlage erlitten, meldet die „Agenzia Stefani“ ergänzend aus Balona: Die Freiwilligen des linken Flügels flüchteten in großer Unordnung. Zwei Geschütze mühten unbrauchbar gemacht und in den Händen der Aufständischen gelassen werden. Die Regierungstruppen, die sich nach Pjeteri zurückgezogen haben, hoffen, zusammen mit Hilfstruppen aus Berat die Linie am Semensifluse halten zu können. Die Regierung in Durazzo ist um die Entsendung eines Geschützes und von 500 Gewehren gebeten worden, um die Verteidigung von Pjeteri und entl. von Balona zu ermöglichen.

### Kampfrüstung der irischen Rebellen.

London, 22. Juni. Der irische Parteiführer Redmond hat an die Vereinigte irische Liga in Amerika die Aufforderung telegraphiert, die Mittel der irischen Freiwilligen zu stärken.



**Öffentliche politische Versammlungen.**

**Öffentl. Volksversammlung**  
**heute Dienstag, den 23. Juni 1914,**  
 abends pünktlich 8 Uhr,  
**in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10-11.**

**Tagesordnung:**  
**Aus russischen Kerkern.**

**Die Leiden der politischen Gefangenen Rußlands.**

Vortrag des Schriftstellers **Ernst Reuter** mit erläuternden Lichtbildern.  
 Zu der Versammlung werden Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. vorausgibt,  
 die in nachfolgenden Ausgabestellen zu haben sind:  
 Zigarrengeschäft Schröder, Hagelberger Straße 54/55.  
 Zigarrengeschäft Dorisch, Engelufer 15.  
 Zigarrengeschäft Baumann, Rungestraße 30.  
 Bureau des 4. Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11. Von 9-1 und 5-7 Uhr.  
 „Vorwärts“-Expedition, Paterbergstraße 4.  
 Zigarrengeschäft Schneider, Hufelandstraße 30.  
 „Vorwärts“-Expedition Mars, Greifenhagener Straße 22.  
 Zigarrengeschäft Finster, Dresdenerstraße 36.  
 Restauration Diebler, Brunnstraße 150, im Hof.  
 Restauration Friedrich, Gerichtstr. 19.  
 Restauration von Paersch, Oldenburger Straße 10.

Der Ueberschutz wird dem Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen Rußlands zugewendet.

199/10\* Der Einberufer: **Eugen Ernst**, Lindenstraße 2.  
 Der Vortrag wird Dienstag, den 30. Juni, im Moabiters Gesellschaftshaus, Wickestr. 24, wiederholt.

**Zentralverband der Dachdecker Deutschlands**  
 Verwaltungsstelle Berlin.

Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 Uhr:  
**Öffentliche Versammlung**  
 für alle Dachdecker und Berufsgenossen  
 von Berlin und Umgegend  
 bei **Fein Wille**, Seckelstr. 39.

Tagesordnung:  
 1. Die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation. Referent: Genosse **Heubel**. 2. Diskussion.  
 Nicht eines jeden Dachdeckers und Berufsgenossen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.  
 Telefon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.

**Achtung! Rohrleger und Helfer. Achtung!**  
 Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 Uhr,

**Branchen-Versammlung**  
 der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend  
 in den **Sophien-Sälen**, Sophienstr. 17/18, großer Saal.

Tagesordnung:  
 1. Die Krankenversicherung in der Reichsversicherungsgesetzgebung. Referent: Genosse **Wiesner**.  
 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.  
**Mitgliedsbuch legitimiert.**

Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 der Gold- u. Silberarbeiter u. verwandten Berufsgenossen  
 im **Dresdener Garten**, Dresdener Straße 45.

Tagesordnung:  
 1. Vortrag.  
 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.  
**Mitgliedsbuch legitimiert.**

Mittwoch, den 24. Juni, abends 6 Uhr:  
**Versammlung**

sämtlicher in der chirurgischen Branche  
 beschäftigten Kollegen und Kolleginnen  
 im **Rosenthaler Hof**, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung:  
 1. Branchenangelegenheiten.  
 2. Wie stellen wir uns zur Hauskaffierung.

Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
 der Graveure und Ziseleure.

im **Dresdener Gesellschaftshaus**, Dresdener Straße 116.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **E. Eichhorn**.  
 2. Geschäftliches.  
 3. Verschiedenes.

Nachstehenden Besuch abiger Versammlungen erwartet  
 190/15 **Die Ortsverwaltung.**

Verantwortlicher Redakteur: **Alfred Wiegand**, Neuföhren. Für den Inseratenteil verantw.: **Th. Glöde**, Berlin. Druck u. Verlag: **Vorwärts** Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblätter.

Habe mich niedergelassen als  
**Spezialarzt für Geschlechtsleiden**  
**Dr. Stoffels**  
 Leipziger Str. 103 Ecke Friedrichstr.  
 Sprechstunden 12-2 u. 3-7.

**Spezialarzt**  
 f. Haut-, Ghar-, Frauenleiden,  
 nerv. Schwäche, Veitstanz jeder Art,  
 Ehrlich-Hata-Kuren in u. G. Long-Laborat. Blut-untersuchung., Säben I. Naturalm. gegenüber Friedrichstr. 81, gegenüber Spr. 10-2, 3-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

**Bruchbandagen**  
 Leibbinden, Geradschalter, Irrigationen, Spritzen etc., **Suspensoren**, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt

**Fabrikant Pollmann**, jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

**Speise-Eis**  
 Fabrikanten u. Händler die **Reichels Eis-Aroma-Essenzen** verarbeiten, erhöhen ihren Absatz durch die **vollendet feine Qualität**. Sämtl. Sorten in Himbeer-, Erdbeer-, Ananas-, Zitronen-, Vanillegeschmack usw. und alle sonst zugehörigen Substanzen billigst. Erprobte Rezepte gratis. **Otto Reichel**, Berlin SO 43, Eisenbahnstr. 4

Gegründet 1898  
**Vornehme Herren-Moden**  
 fertig und nach Maß  
 Garantie: **Tadelloser Sitz Feinste Verarbeitung.** Teilzahlung gestattet.  
**J. Kurzberg & Co.**  
 Mass-Schneiderei  
 Rosenthaler Str. 36  
 1. Etage.

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Wockentuf.**  
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.  
 Spr. vorm. 10-8 ab., Sonnt. 9-10.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
 Ortsverwaltung Berlin.

**Mitglieder-Versammlungen**  
 der Bezirke und Branchen.  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.  
 Mittwoch, den 24. Juni, abends 6 Uhr:  
**Knopf- und Perlmutterarbeiter und -arbeiterinnen**: im Gewerkschaftshaus, Saal 3.

Donnerstag, den 25. Juni:  
**Tischler, Bezirk Charlottenburg**: abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstraße 3.

**Stellmacher**: abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

**Einsetzer**: abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 3.

Montag, den 29. Juni, abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.  
 Die Ortsverwaltung.



Beim Kesselputzen die Meiern sich quält. Warum hat sie nicht **Blendol** gewählt!

Bester flüssiger Metallputz überall erhältlich.  
**Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.**

**Sie laufen wie eine Biene,**  
 wenn Sie unsere geprüften Haus- u. Strickschuhe tragen.  
 Kein Brennen d. Füße, l. Schweißfüße, l. geschwoll. Gelenke, l. Krampfadern, l. Venenentzünd., l. Fühleraugen, l. Balken, l. Druck u. empf. hochliegend. Zehen, l. Gicht, l. Rheumatismus mehr: anständig, weich, elastisch, ausdünstungsfähig, Garantie l. lichte, dauernde Diffe. auch l. d. verweirte Fäden u. abiol. Brandbar, unl. geprüfte, Schweißw. Tel.: Kgl. 8252. Reich. Lager in sehr warmen, mittelwarmen u. kühl. Stadien, jeder Witterungslow, jeder Eigenart d. Füße entsprechend. **Maßr. Preisliste fr. Strickschuh-Fabrik**  
**Winzer & Co., O., Krautstr. 52, Fabrikgeb. Hof 6, Aufg. W., Potsdamer Str. 100, Rosenthaler Str. 59, Rabe Str. NO., Gr. Frankf. Str. 91, Rabe Str. SO., Rottb. Str. Charlottenburg, Kamftr. 125, Rabe Leidnigtr. Hamburg, Wilhelm-Str. 3, Leipzig, Hauptstr. 17/19, Postage Lederhof, Dresden, Reulstr. 42, Dresden, Grunauer Str. 22, München, Waldmannstr.**

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.  
 Köpenicker Viertel. Weg 173.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zigarrenmacher **Karl Abert** Pädlerstr. 41, gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neuföhren, Hermannstr., aus statt.  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 Niederbarnim.  
 Bezirk Ober-Zehlendorfer.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse **Alexa Schwere** am Sonntag, den 21. Juni, verstorben ist.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksleitung.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
**Nachruf!**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kolktischer **Heinrich Krause** am 18. Juni im Alter von 50 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Den Mitgliedern fernst zur Nachricht, daß unser Kollege, der Expeditionsmitarbeiter **Louis Kalbe** am 19. Juni im Alter von 55 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 24. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenager Straße, aus statt.  
 Den Mitgliedern fernst zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autoführer **Reinhold Krüger** am 20. Juni im Alter von 29 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 65/20  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Bezirksverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 Kreis Niederbarnim.  
 Bezirk Lichtenberg.  
 Den Genossen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Restaurateur **Wilhelm Zuchel** Gartenbergstr. 33, verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in der Seckelstr. aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 Kreis Niederbarnim.  
 Bezirk Lichtenberg.  
 Den Genossen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Restaurateur **Wilhelm Zuchel** Gartenbergstr. 33, verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in der Seckelstr. aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Am Sonntag, den 21. Juni, entfiel nach kurzem, schwerem Leiden mein innig geliebter Vater, **Schmiedemeister, Bruder, Schwager, Onkel, der Restaurateur Wilhelm Zuchel** im 59. Lebensjahre.  
 Am Namen der Hinterbliebenen **Witwe Antonie Zuchel** geb. Schenk nebst Kindern.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags 5 Uhr, in der Leichenhalle Seckelstr. aus statt.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Johanna Markows** nach kurzem schwerem Leiden am Sonntag, den 20. Juni, verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Berlin, aus statt.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Kolleginnen der **Vorwärts-Expedition H. Wolgast, Wattstraße**

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
 Zählstelle Groß-Berlin.  
 Am 18. Juni verstarb unser Mitglied **Adolf Beckert**.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 24. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Nach kurzem Leiden verstarb am Sonntag unser jüngster Sohn **Hans** im 10. Lebensjahre.  
 Dies geliebte Kind hinterließ an **Otto Schwartzkopf** nebst Frau und Kindern Neulissa, Baumierstraße 22.  
 Beerdigung: Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr, Gemeinde-Friedhof, Mariendorfer Weg. 24716

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Restaurateur **Christel Louis** Anhalter Str. 8 am 15. Juni durch Erstickung verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 120/16 **Die Ortsverwaltung**



Erhöhung der Krankenhaus-  
Kurskosten in Neukölln.

Die Neuköllner Stadtverwaltung (Magistrat und reaktionäre Stadtverordnetenmehrheit) lenken wieder einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Diese Verwaltung einer Stadt, deren Einwohnerzahl sich zum allergrößten Teil aus Arbeitern zusammensetzt, ist immer schon bekannt gewesen durch ihre ganz besondere Arbeiterfeindschaft und ihre Rücksichtslosigkeit auf sozialem und hygienischem Gebiete. Erdbeimlich steht es dort auch noch immer auf dem Gebiete des Sozialen, Armen- und Waisenwesens aus. Seit einigen Jahren ist nun ein städtisches Krankenhaus im Betrieb, das auf das ständige Drängen der Arbeitervertreter errichtet wurde. Dieses Krankenhaus, das in schöner freier Lage auf dem Lande gelegen ist und nach Einrichtung und Betrieb keinen Anlaß zu irgend nennenswerten Tadeln gibt, erfordert natürlich nicht unerhebliche Zuschüsse. Diese Zuschüsse sind der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit und dem Magistrat natürlich ein Dorn im Auge; man versuchte alle möglichen Dinge, um die Zuschüsse herunterzubringen, ging sogar schon mal dazu über, die Milch zu entzählen und zu verdünnen, und versuchte andere Sparmittel. Da aber all dies nichts nützte, wurde man energischer; man schlug vor, die Kurskosten für Einheimische von 3 M. auf 3,50 M. zu erhöhen. Den willkommenen Anlaß bot die Erhöhung der Kurskosten in den Krankenhäusern des Kreises Teltow. Daß der Magistrat der Stadt Neukölln mit dem Vordrat des Kreises Teltow sehr eng liiert und im Zweifelsfall die beste Stütze der bürgerlichen Landratspartei ist, war bekannt, aber daß man auch auf dem Gebiete der Krankenhäuser sich ohne weiteres unter das Kommando des Landrats begeben würde, war doch nicht ohne weiteres anzunehmen. In der ersten Krankenhaus-Deputations-Sitzung, die sich mit dieser Erhöhung der Kurskosten befaßte, wurde auf das Unhygienische und Unsoziale dieser Maßnahme aufs energischste von unseren Parteigenossen hingewiesen; es wurde hervorgehoben, daß bei dem Wohnungselend, bei der Armut der Bevölkerung, der hohen Tuberkulose- und Sänglingssterblichkeit jede Verfeinerung der Krankenzustände zu einer erheblichen Verschlechterung des Gesundheitszustandes der arbeitenden Bevölkerung führen müsse. Von den Befürwortern der Erhöhung der Kurskosten wurden die ältesten und unerhöhtesten Argumente angeführt; so führte der Deputierter des Magistrats an, daß ja eigentlich die Stadt ganz leicht nur verpflichtet sei, für die Armenkranken (die auf Kosten der Armenpflege ins Krankenhaus kommen) zu sorgen, alles weitere freier Wille sei. Ein seiner Deputierter für das Krankenhaus einer Arbeiterstadt von fast 300 000 Einwohnern. Auch der Kreisarzt, der als Stadtverordneter der Deputation angehört, war durchaus mit der Erhöhung der Kurskosten einverstanden.

Zunächst wurde in der ersten Sitzung noch kein Beschluß gefaßt, zumal von unseren Genossen darauf hingewiesen wurde, daß doch Neukölln als arme Gemeinde unmöglich als erste in Groß-Berlin mit diesem volks- und gesundheitsfeindlichen Beschluß den Anfang machen dürfe. Man einigte sich darauf, mit den Gemeinden Groß-Berlins wegen dieser Frage in Verhandlungen zu treten, wohl in der stillen Hoffnung, daß diese Gemeinden der Erhöhung zustimmen werden. In dieser Hoffnung täuschte man sich nun. Wie der Deputierter in der letzten Sitzung mitteilte, hat er bei Berlin, Charlottenburg und Schöneberg keine Gegenliebe gefunden. Man geniert sich wohl in diesen Gemeinden, in der Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs, der Arbeitslosigkeit und der steigenden Not, die erfahrungsgemäß Krankheits- und Sterblichkeitsziffern vermehren, die Krankenzustände zu erhöhen. In Neukölln ist man in dieser Hinsicht frei von jedem Schamgefühl. Die ganze Verhandlung in der Kommission stellte sich als gewöhnliche Komödie heraus, denn von einem der bürgerlichen Redner, der ein besonders reaktionärer Gegner jeder hygienischen und sozialen Verbesserung und nebenbei ein Arzt ist, wurde glatt erklärt, die Sozialdemokraten können eben was sie wollten, die Erhöhung der Kurskosten sei eine beschlossene Sache, und da auch die Kommunal-Fortschrittliche Fraktion ihre Zustimmung gab, ist die Annahme dieser Kurskostenerhöhung in der nächsten Sitzung als gesichert zu betrachten. Derselbe reaktionäre Redner, der aus Furcht, die bestehenden Klassen zu verärgern, Jahr für Jahr nicht über die 100 Proz. Einkommensteuer hinauszugeht, belästigt ohne weiteres die ärmeren Klassen und erhöht die Krankenzustände um ein Erhebliches.

Wenn es sich um Maßnahmen zugunsten der arbeitenden Klassen handelt, hat man es nicht eilig. Die Kommission, die sich mit der Beseitigung des Wohnungselends befaßt, ist seit fast einem halben Jahre nicht mehr zusammengetreten. Eine Kommission, die ein Ferienheim für Volksschulkinder errichten sollte, ist überhaupt nicht einzuberufen, die Frage der Arbeitslosenunterstützung wird auf den St. Kimmereinstag verschoben. Dabei erklärt man, nur zusammen mit den anderen Gemeinden Groß-Berlins arbeiten zu können. In dieser Frage hat man es dagegen sehr eilig, da geht man voran und hat es so eilig, daß die Erhöhung noch vor den Ferien bewilligt werden soll. Unsere Vertreter werden in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung die Aufgabe haben, diese reaktionäre Maßnahme gebührend zu kennzeichnen. Bei den bisherigen Mehrheitsverhältnissen ist indessen das Schlimmste zu befürchten; vor allem einigt die Gegner der Wunsch, die Sozialdemokratie zu schädigen; denn der oben genannte gesundheitsfeindliche Arzt und Stadtverordneter erklärte aus deutlichster, die Maßnahme sei hauptsächlich zu dem Zwecke getroffen worden, den sozialdemokratischen Klassen vorzuziehen, die im Gelde schwimmen, mehr Geld abzunehmen; daß dabei auch die ganz unsozialdemokratischen Zünfte- und Betriebskassen geschädigt werden, daß die Armenverwaltung um so mehr eintreten muß, je unerschwinglicher die Kosten für die arme Bevölkerung werden, das überließ der gute Mann, der sich stolz als Parteigenosse des Herrn v. Oldenburg-Januschau bekannte. Das Auerhörste aber bei dieser Angelegenheit war, daß der Antrag der Sozialdemokraten, nach Erhöhung des Kurskostenjahres für die dritte Klasse auch die Sätze für die erste und zweite Klasse zu erhöhen, glatt abgelehnt wurde. Den Gut-situierten schenkt man erhebliche Summen zu, bei den Armen und Elenden sucht man die Selbstkosten mit der Zeit herauszubekommen. Ein besseres Agitationsmittel für die Wahlen im Herbst kann man sich wohl kaum denken, als die volksfeindliche Maßnahme des Neuköllner Magistrats und der Stadtverordnetenmehrheit.

Parteiangelegenheiten.

Neukölln. Umstandshalber findet die Generalversammlung nicht heute, sondern erst in der nächsten Woche statt. Das Nähere wird noch bekanntgegeben.

Charlottenburg. Heute Dienstag, 8 1/2 Uhr, spricht Reichstags-abgeordneter Genosse Ledebour in einer öffentlichen Versammlung im Volkshaus, Hofenstraße 8, über: Sozialdemokratie und Anarchie. Nach dem Vortrage freie Aussprache. Wir bitten die Genossen, recht pünktlich zu erscheinen.

Lichtenberg. Am kommenden Sonntag und Montag finden die Kommunalwahlen statt. Für die 9., 11. und 12. Abteilung erfolgt aus diesem Anlaß heute Dienstag abend eine wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Wir erwarten vollzähliges Erscheinen der Genossen. Der Vordrat.

Jugendaktion Pantow-Niederichshausen. Am Mittwoch, den 24. Juni, findet bei Pantow, Pantow, Brechmeier 48, eine Zusammenkunft der jungen Genossen im Alter von 18-22 Jahren statt. Thema: „Der junge Arbeiter in der politischen Organisation.“

Niederichshausen. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im „Schwarzen Adler“ (Inhaber Genosse), Wandsb. Str. 4. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Bising: „Der Ameisenstaat“, Berichte von den Kreis- und Verbands-Generalversammlungen, Vereinsangelegenheiten.

Karlshorst. Heute Punkt 8 1/2 Uhr bei Variel: Mitglieder-versammlung. Tagesordnung unter anderem: Berichte von den Kreis- und Groß-Berliner Generalversammlungen, Kinderspiele.

Dranienburg. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, im „Baldhaus Sandhausen“, Schützenstr. 34: Große öffentliche Protestversammlung. Tagesordnung: 1. Der Stolz vor Junfersöhnen im Stadtparlament. Referent: Stadtverordneter Genosse Bernh. Pappe. 2. Freie Aussprache. Die bürgerlichen Stadtverordneten sind schriftlich eingeladen.

Berliner Nachrichten.

Die städtische Elektrizitätsversorgung  
und die private Haushaltung.

Bei den Bestimmungen, welche die bevorstehende Entscheidung der Stadt Berlin über die Berliner Elektrizitätswerke hervorgerufen hat, ist das Interesse der kleinen Konsumenten der Elektrizität zur Beleuchtung im Haushalt nicht genügend berücksichtigt worden.

Es gilt da zunächst der noch tief wurzelnden, selbst von Stadtverordneten öffentlich bekundeten Anschauung entgegen-zusetzen, daß die Elektrizität im Haushalt „ein Luxus“ sei. Sie ist es zurzeit allerdings, da die geltenden Tarife übermäßig hoch und unangemessen sind, und sie ist daher mehr in Fest-, Schlaf- und anderen Räumen zu finden, die nur zeitweilig beleuchtet werden. An und für sich aber ist die Elektrizität das billigste, einfachste, bequemste, gefahrloseste, sauberste und am meisten den Anforderungen der Hygiene entsprechende Beleuchtungsmittel vor Gas und Petroleum, während zu Koch-, Heiz- und vielen anderen Kraftwerken das Gas noch vorzuziehen sein dürfte. Aber eine wohlfeile Arbeits- und Alltagsbeleuchtung zu schaffen, die auch in den kleinsten, oft nur zu wenig vom Tageslicht durchdrungenen Haushaltungen Verwendung finden kann und gerade dort am notwendigsten wäre, das kann füglich nicht als Luxus bezeichnet werden.

Bei dem Kraftverbrauch der gewerblichen und der Handelsbetriebe handelt es sich oft schon im einzelnen um Anlagen von Tausenden Kilowatt Verbrauch im Jahr. Daher fallen ihre Forderungen hinsichtlich der Stromlieferung erheblich mehr ins Gewicht als diejenigen der vielen kleinen Haushaltungsanschlüsse. Und außerdem haben die gewerblichen Verbraucher starken Rückhalt in den großen Interessenverbänden, während die einzelnen Haushaltsverbraucher nirgends organisiert sind und daher auch nicht nachdrücklich vertreten werden. Sie selbst ermangeln des Bewußtseins, von wie folgenreicher Bedeutung die fallende Entscheidung über die B.E.W. für sie ist. Es scheint ihnen ganz gleichgültig zu sein, ob für ihren Strom aus privatwirtschaftlicher oder aus gemeinwirtschaftlicher Quelle beziehen, wenn sie ihn überhaupt nur regelmäßig geliefert erhalten.

Aber gerade die Haushaltsverbraucher müssen das größte Interesse daran haben, daß die B.E.W. verstadtlacht werden. Der Privatgenosse stehen sie mit ihren berechtigten Wünschen viel mehrlos gegenüber als der gewerbliche Großabnehmer. Wenn es bei einem Elektrizitätswerk doch wohl ins Gewicht fällt, ob ein Wertheim seinen Strom bei ungenügender Veranschlagung etwa selbst erzeugt oder nicht, so kann sich ein Haushaltabnehmer eine eigene Kraftquelle nicht leisten. Wie ganz anders ist sein Interesse bei dem städtischen Betriebe gewahrt. Hier steht ihm ganz gleich jedem anderen im Magistrat eine öffentliche Körperschaft gegenüber, die nicht eigene Interessen vertreten muß, sondern das Gesamtinteresse aller Beteiligten. Außerdem finden alle Wünsche der Groß- und Kleinabnehmer in der Stadtverordnetenversammlung Gehör, alle Vorkommnisse öffentliche Kritik. Gerade dadurch ist besonders dem kleinen Haushalt-abnehmer eine Sicherung seiner Interessen gegeben, wie sie nicht besser sein kann.

Insbesondere würden die Haushaltabnehmer bei einer Verstadtlachtung eine erhebliche Verbesserung der für sie besonders ungünstigen und hohen Tarifierung zu erzielen in die Lage versetzt werden.

Erst wenn durch das städtische Elektrizitätswerk auch dem kleinsten Abnehmer die Möglichkeit geboten wird, der elektrischen Beleuchtung preiswert teilhaftig zu werden, dann wird ihre sehr reichliche Bedeutung voll zur Geltung gelangen. Dann soll auch kein Stadtverordneter mehr sagen dürfen, daß elektrische Beleuchtung im Haushalt ein Luxus sei.

Elektrizität ist ein Kulturfaktor und soll es für alle werden. Deshalb: Verstadtlachtung!

Beschaffung von Personenstandsurkunden,  
die vor dem 1. Oktober 1874 aufgenommen sind.

Bis zum 1. Oktober 1874 waren die Kirchenbücher der staatlich anerkannten Religionsgesellschaften des Personenstandsregister für die Mehrzahl der Staatsangehörigen. Nur in wenigen, vom französischen Recht beeinflussten Landes-

teilen, sowie für die Angehörigen der nicht anerkannten Religionsgesellschaften und für die Juden gab es Personenstandsregister, die von staatlichen Beamten oder den Gerichten geführt wurden. Erst seit dem 1. Oktober 1874, mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Personenstandsgesetzes, sind für sämtliche Eintragungen, soweit sie den Personenstand angehen, die Standesamtsregister zuständig.

Nun gibt es Fälle — z. B. bei Nachforschungen —, in denen die Beschaffung von Personenstandsunterlagen, die vor dem 1. Oktober 1874 aufgenommen sind, erforderlich ist. Es kommt nun in Berlin häufig vor, daß das Publikum nicht weiß, von welcher Kirche die erforderliche Urkunde zu erfordern ist. Für Berlin, Charlottenburg und Schöneberg ist vom Konsistorium der Provinz Brandenburg eine Zentralstelle zur Ermittlung von Eintragungen in den Registern der evangelischen Kirchen zu Berlin in Berlin, Klosterstraße 65/67, errichtet. Jeder, der Urkunden (Tauf-, Trau- oder Totenschein) von einem Evangelischen, für den die Eintragungen vor dem 1. Oktober 1874 geschehen sind, benötigt, kann sich an diese Zentralstelle unter möglichst genauer Angabe der Personallisten und der Eintragungsdaten wenden. Während beim Standesamt die Ausfertigung einer Urkunde 50 Pf. kostet, gibt sich die christliche Kirchenbehörde damit nicht zufrieden. Sie verlangt mindestens das Sechsfache, nämlich 3 Mark, wenn das Datum der gesuchten Eintragung feststeht. Steht das Datum nicht fest, so sind für die Durchsichtung von höchstens 3 Jahrgängen 5 Mark, für jeden weiteren Jahrgang 1 Mark mehr zu zahlen.

Wird gleichzeitig die Ermittlung mehrerer Eintragungen nachgefragt, so wird die volle Gebühr und außerdem für jede weitere Eintragung die Hälfte des Betrages erhoben.

Verbreitung pestilenzialischer Gerüche.

Seit Beginn des Monats April d. J. werden die Bewohner der Umgebung des Friedrichshaines von penetranten, ekelregenden Gerüchen belästigt, die einer neuerdrieten Hefefermentations- und in der Brauerei Friedrichshain entwickeln. Je nach der Windrichtung verbreiten sich diese wahrhaft pestilenzialischen Dünste über die umliegenden Stadtviertel und wirken im höchsten Grade gesundheitsgefährdend. Unter der Bevölkerung hat sich eine begründete Erregung bemerkbar gemacht, weil in vielen Fällen, namentlich bei Personen werkschweren Geschlechts, Brechreiz, Kopfschmerzen und Uebelkeiten aufgetreten sind. In weitestem Umkreise vermögen die Bewohner an einzelnen Tagen nicht ein Fenster zu öffnen, um den ekelregenden Geruch nicht auch noch in die Wohnungen dringen zu lassen. Selbst an den wenigen schönen Abenden des laufenden Monats wurde die bezeichnete Anlage in Betrieb gesetzt und die ganze Umgebung verpestet.

Der von der städtischen Parkverwaltung in anerkannter Weise gepflegte Friedrichshain, der sonst für weite Kreise der Bevölkerung als Erholungsstätte dient, wird natürlich sofort von sämtlichen Spaziergängern und Erholungssuchenden gemieden, sobald er mit den pestilenzialischen Dünsten angefüllt ist, was nicht eben selten eintritt.

Gegen diese unerhörte Belästigung und Gesundheitsgefährdung der Bewohner jener wirklich sonst reizvollen dichtbevölkerten Gegend, in der erst im vorigen Jahre der von der Stadtverwaltung errichtete Märchenbrunnen eröffnet wurde, ist von vielen Seiten Front genommen worden. So haben sich die Vorsteher der umliegenden Schulen sowie der Direktor des Krankenhauses Friedrichshain, dessen Insassen doch wohl am meisten guter Luft bedürfen, bei ihren vorgesetzten Behörden beklagt.

Aber auch von anderen Seiten werden energische Maßnahmen betreiben, um diese Geruchsbelästigungen zu beseitigen.

Der Grundbesitzerverein der Königsstadt und der angrenzenden Stadtteile zu Berlin, dessen Bezirk hauptsächlich jene Gegend umfaßt, hat bereits in einer Eingabe vom 16. April cr. an das Polizeipräsidium die Uebelstände der Geruchsbelästigungen eingehend geschildert. Dieser ersten Eingabe folgte bereits am 22. April cr. ein weiteres Gesuch an die städtische Parkdeputation und am 23. des gleichen Monats nochmals ein solches an die erwähnte Behörde. Endlich gelangte dann am 1. Mai cr. der tröstliche Bescheid des königlichen Polizeipräsidiums zurück, in dem es hieß, daß unter Strafandrohung der in Rede stehenden Brauerei jede Verbreitung übelriechender Dünste verboten, sowie sofort und in nächster Zeit eine erhebliche Minderung der Betriebsanlagen vorgeschrieben sei.

Dabei noch es, nein, es stank von Tag zu Tag in kaum zu ertragendem Maße weiter, so daß genannter Verein bereits am 15. Mai cr. eine erneute Besetzung an das königliche Polizeipräsidium richten mußte. Darauf wurde dann mittels Schreibens vom 20. Mai cr. erwidert, daß der Termin zur Minderung der Betriebsanlagen erst am 8. Juni cr. abgelaufen sei. Die Anordnungen waren so getroffen, daß nach diesem Termin die Geruchsbelästigungen ausgeschlossen seien. Welche Hoffnungen erweckte dieser Bescheid bei allen jenen, denen er bekannt wurde. Und der Erfolg blieb dann auch nicht aus; denn noch dem 8. Juni cr. stank es nicht nur am Tage, sondern auch am Abend bis in die späte Nacht hinein derart unerträglich, daß bei jedem Bewohner eine Erbitterung Platz griff, weil sich jeder sagte, warum diese unerhörten Zustände überhaupt gebildet werden.

Der Grundbesitzerverein der Königsstadt hat nunmehr unter dem 8. und 13. Juni cr. erneute Eingaben abgefaßt, und zwar an den Minister des Innern und an die städtische Parkdeputation. Jetzt bereitet sich der erwähnte Verein auf die Einreichung der gerichtlichen Klage gegen die Brauerei vor, um endlich eine Beseitigung der unhaltbaren Zustände herbeizuführen.

Nicht zu vergessen ist dabei, daß auch das städtische Untersuchungsamt mehrfach für die Sache interessiert worden ist, wie denn überhaupt alles versucht werden wird, um eine Beseitigung der Geruchsbelästigung herbeizuführen.

Es besteht die Gefahr, daß von diesem Pestherd die Stadt von einer Epidemie heimgesucht werden wird, die zu einem schweren Unglück für die Berliner Bevölkerung werden kann. Dem vorzubeugen, ist eine Pflicht der Aufsichtsorgane.

Zur Sonnenwendfeier der Arbeiterjugend.

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: In Ihrer Schilderung der Sonnenwendfeier im Montagblatt vermisse ich etwas, das allen Veranlassungen unserer Jugend doch erst als pilante Kolorit gibt: die heilige Hermandad! Aber sie war da. Drei Gendarmen passten auf, daß unsere Jugend auch nicht die kleinste Strafbarkeit beging.

Den Ordnungshütern war ein spatenbewaffneter Feuerwehmann attached, der sich im Schweiß seines Angesichts abmühte, alle die zahllosen Lagerfeuerchen durch Sand zum Verlöschen zu bringen, die



sich kleinere Gruppen angezündet hatten. Aber so fleißig der arme Arztl auch seiner staatsrettenden Tätigkeit oblag, (denn verbrennen kann auf diesem gewaltigen Sandberge wirklich nichts!) die kleinen Feuerzungen wollten kein Ende nehmen. Und während ihm hier noch fröhlich zugerufen wurde: „Aber lieber Mann, warum denn kein Sand, wissen Sie denn nicht, daß der Sand in diesem Jahre nicht brennt?“ — züngelten schon an anderen, entlegeneren Stellen lustige Flämmchen empor.

Wir aber drängt sich unwillkürlich der Gedanke auf: Ist dieser sich nutzlos abgebende, spatenischwingende Feuerwehrtmann nicht geradezu ein Symbol des ohnmächtigen Kampfes der Reaktion gegen die immer mächtiger aufkommende proletarische Jugendbewegung?

**Der Gemeinschaftsbahnhof am Rollendorfsplatz.** Die Sonderprüfung des Verbandsausschusses über den Einspruch Wilmersdorfs gegen den Gemeinschaftsbahnhof am Rollendorfsplatz ist auf heute Dienstag anberaumt worden. Schöneberg verwendet jedoch eine artenmäßige Darstellung, in der die vollkommene Loyalität Schönebergs gegenüber Wilmersdorf dargelegt wird.

### Das neue jüdische Krankenhaus.

Die Einweihung des jüdischen Krankenhauses zu Berlin in der Exerzier- oder Schulstraße, dessen Erbauung vor zirka drei Jahren in Angriff genommen wurde, fand unter großer Beteiligung statt. Der monumentale Bau, der eine Fläche von 13 1/2 Morgen bedeckt, ist mit einem Aufwand von 4 800 000 Mark errichtet worden. Die modernen hygienischen Einrichtungen der Anstalt erklären die hohen Kosten, die für jedes einzelne Bett aufgewendet werden mußten; sie belaufen sich auf 20 500 Mark. In einer Ansprache des Vertreters des Gemeindevorstandes wurde die Geschichte des jüdischen Krankenwesens erläutert und darauf hingewiesen, daß das Gebäude nicht etwa einseitig konfessionelle Interessen verfolge, sondern der Allgemeinheit zum Wohle gereichen solle. Es folgten dann noch weitere Ansprachen. Unter sachmännischer Leitung erfolgte sodann ein Rundgang durch die Anstalt, wobei besonders der gynäkologischen Abteilung und dem Infektionspavillon großes Interesse entgegengebracht wurde.

### Der Wälderlauf des Zweckverbandes.

Mit der Angelegenheit des Wälderlaufs hat die Groß-Berliner Zweckverbands-Versammlung sich in einer für Mittwoch dieser Woche anberaumten Sitzung nochmals zu beschäftigen. Es wird ihr jetzt vom Verbandsausschuß ein Kaufvertrag vorgelegt, über den sie endgültig Beschluß fassen soll. Am 2. Mai erklärte die Mehrheit der Verbandsversammlung grundsätzlich sich einverstanden mit dem Erwerb der 40 000 Morgen fiskalischer Forst, deren Ankauf zwischen der Staatsregierung und dem Verbandsausschuß vereinbart worden war. Für den ihr noch vorzulegenden Kaufvertrag stellte sie eine Reihe Bedingungen, die noch einige Zugeständnisse forderten. In den erneuten Verhandlungen, die dann zwischen Verbandsausschuß und Staatsregierung stattfanden, haben die Regierungsvertreter jene Bedingungen angenommen. Das rasche „Entgegenkommen“, das die Regierung hiermit bewiesen hat, läßt erkennen, wie gering sie selber die kleinen dem Verband eingeräumten Vorteile bewertet.

Dem Verband wird hiernach zugestanden, daß die für etwa 40 000 Morgen Forst geforderten rund 50 Millionen Mark (für jedes überreichte Quadratmeter 50 Pfennig) nach einer Anzahlung von 5 Millionen Mark in 15 Jahresraten (statt in 12) zu je 3 Millionen Mark (statt zu je 2 1/2 Millionen) unverzinstlich abgezahlt werden dürfen. Auch sollen die Kapitalabschreibungen, die dem Forstfiskus bereits von den Charlottenburger Wasserwerken für ihr Anrecht auf Wasserentnahme aus dem Grunewald geleistet worden sind mit 600 000 M. auf den dem Verband zu machenden Kaufpreis angerechnet werden. Die Staatsregierung will jetzt sogar auf das geforderte Rückkaufsrecht verzichten, das für den Verband den dauernden Besitz der teuer erkauften Wälder in Frage gestellt hätte. Anfangs hatte sie darauf bestanden, daß sie beliebige Teile der verkauften Flächen bei später eintretendem Bedarf zum jetzigen Verkaufspreis von 50 Pf. pro Quadratmeter zurückverlangen dürfe. Nachher forderte sie, daß für notwendig werdende Enteignungen der Enteignungspreis des zu enteignenden Geländes bis zu 15 Prozent der gesamten veräußerten Flächen für alle Zeit auf den durchschnittlichen Erwerbspreis von 50 Pf. pro Quadratmeter nebst 4 Proz. Zinsen für längstens 50 Jahre festgesetzt würde. Die Verbandsversammlung sah einen Ausweg darin, daß bei Enteignungen innerhalb 50 Jahre nach Kaufabschluß der Staat die zu enteignenden Flächen nicht mit barem Gelde, sondern mit gleichwertigen Ersatzflächen zu bezahlen brauche und zwar in jedem Oberförstereibezirk bis zu 10 Proz. der darin verkauften Flächen. Die Staatsregierung hat den Vorschlag damit erledigt, daß sie nunmehr die für die Eisenbahnverwaltung und für die Wasserbauverwaltung in abschbarer Zeit erforderlichen Flächen vom Verkauf ausschließt und hiernach für alles übrige auf spätere Rückforderung zum jetzigen Preis verzichtet. Will sie später etwas zurückverlangen, so muß sie die gewünschten Flächen enteignen und nach ihrem Wert bezahlen. Die Regierung will, wie gefordert, auch die Belastungen von Tegel-Süd, die für die Militärverwaltung und für die Kirchengemeinden bestehen, durch Hinzufügung von 47 1/2 Hektar der Schönholzer Heide abgellen.

Die Erläuterungen, die der Vorlage des Kaufvertrages beigegeben sind, suchen die Zugeständnisse der Regierung als sehr erheblich hinzustellen; wie wenn nicht der Verband von vornherein so wenig gefordert hätte, daß man nicht gut ihm auch dieses Wenige noch abschlagen konnte. Vor allem fehlt ja die finanziell wichtigste Bedingung, daß der Grunewald, weil seine dauernde Erhaltung ohnehin durch das Königswort einer Kabinettsorder gesichert ist, vom Ankauf ausgeschlossen bleiben und dementsprechend der gesamte Kaufpreis bedeutend herabgesetzt werden soll. Für diesen Vorschlag hat die Mehrheit der Verbandsversammlung sich nicht ermaßen wollen, so daß die Regierung mit der Freigebigkeit des Verbandes zufrieden sein und dafür ihm „grohmütig“ die paar Wenigkeiten nachlassen konnte.

**Großer Seidenbiefestahl.** Für 30 000 R. Seidenstoffe erhaltene Einbrecher Sonntag nachmittags in der Seidenwarenhandlung von Blumenhof u. Co. in der Klosterstr. 70. Die Räume der Firma liegen neben der Gastwirtschaft von Virchow. Deute Morgen entdeckte man, daß Einbrecher durch die Gastwirtschaft in die Blumenhof'schen Räume eingedrungen waren. Sie hatten eine eiserne Gitter- und eine Holzstange aufgefalten, hatten dann ein großes Loch in die Wand gekermt und sich so Zutritt zu den Geschäftsräumen verschafft. Hier haben sie für 30 000 R. Seidenstoffe gestohlen. Diese reiche Beute haben sie zunächst durch die Schenkräume nach einem Keller geschafft und sie von dort im Laufe der Nacht abgeholt. Vielleicht haben Droschkentreiber oder Dreiwächter irgendwelche Beobachtungen gemacht, die auf die Spur der Einbrecher führen können. Sie werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer 88 zu melden.

**Die neue Baugewerkschule am Kurfürstendamm** wurde gestern mittag unter Beteiligung zahlreicher Behörden eröffnet. Besonders bemerkenswert ist die Bemerkung des Handelsministers Sydow, der den städtischen Behörden den Dank für die Unterstützung des Fachunterrichtswesens übermittelte und hervorhob, daß Berlin die einzige Stadt sei, die eine solche Schule aus eigenen Mitteln unterhalte.

**Ein Zusammenstoß einer Automobildroschke** mit einem Straßenbahnzuge hat sich am Sonntagabend am Kurfürstendamm ereignet. Dort fuhr gegen 10 Uhr an der Ecke der Humboldtstraße eine Kraftdroschke gegen einen Motorwagen der Linie 2. Der Anprall erfolgte mit solcher Wucht, daß das Auto stark beschädigt und an dem Bahnwagen die Schutzweiche zertrümmert wurde. Die vier Insassen des Autos erlitten leichte Verletzungen. Alle vier Personen konnten ihren Weg ohne fremde Hilfe fortsetzen.

### Einen unheimlichen Fund

machte gestern morgen der Fischereibesitzer Bodel aus Alt-Stralau. Als er unter den Brücken an der Mühlendammstraße seine Reusen hob, hing an einer ein Frauenlein, das am Knie vom Oberschenkel abgetrennt ist. Der Fuß trug noch einen schwarzen Strumpf und einen hohen Schnürschuh. Das Bein hat augenscheinlich schon längere Zeit im Wasser gelegen. Die Revierpolizei beschlagnahmte es und ließ es nach dem Schauhaus bringen.

Es ist möglich, daß das Bein zu dem Körper der ermordeten Prostituierten Gerhardt gehört, der vor längerer Zeit verstümmelt in der Spree aufgefunden wurde. Die damals gefundenen Körperteile sind präpariert worden und werden aufbewahrt. Es ist vielleicht möglich, das jetzt gefundene Bein an den Oberschenkel anzupassen.

### „Verschlossen.“

Auf der Stadt- und Ringbahn begegnet man häufig Jägen, an denen irgend ein Abteil am Fenster einen roten Zettel mit der Aufschrift „Verschlossen“ trägt. Man denkt zunächst an Verunreinigung durch Selbstmord oder dergleichen. Die Erklärung scheint aber mehr darin zu liegen, daß mehrfach in solchen mit „Verschlossen“ gekennzeichneten Abteilen Sträflinge aus dem Himmelsburger Arbeitshaus in Begleitung eines uniformierten Aufsehers beobachtet wurden. Die wiederholt in der Presse gerägte Methode, Sträflinge, die als solche an dem hellen Mittel und der schwarzen, schirmlosen Mütze sofort kenntlich sind, truppweise nach Berlin zu Reinigungsarbeiten zu transportieren, hat in den letzten Jahren zugenommen. Mit Recht löst sich das Publikum an dieser Unsitte. Es wird nicht als lästig empfunden, daß Sträflinge auf dem Bahnsteig verweilen und mit anderen Jahrgästen in Berührung kommen, sondern man empfindet es bei der Häufigkeit des Vorganges als ungebührlich und inhuman, diese meist aus sozialen Gründen gestrauten Menschen in solcher Form öffentlich innerhalb der Stadt an den Pranger zu stellen. Ob das Abteil wirklich verschlossen ist, etwa an der Innenseite durch eine Kette, wissen wir nicht. Vielleicht sollen andere Jahrgäste durch die Aufschrift nur von dem Betreten des Abteils abgehalten werden. Nach dem Aussteigen der Sträflinge wird der rote Zettel meist nicht sofort entfernt, vielmehr bleibt das betreffende Abteil noch längere Zeit dem freien Verkehr entzogen. Hat das seinen bestimmten Grund oder liegt nur eine Nachlässigkeit vor?

**Bereinsamung und Krankheit** haben den 72 Jahre alten Rentempfangen Wilhelm Scherndel aus der Sebastianstr. 79 in den Tod getrieben. Der hinfällige Mann wurde bisher von einer Frau V., bei der er seit drei Jahren wohnte, gepflegt. Die Frau wurde nun nach einem Schlaganfall selbst so leidend, daß sie nach dem Siechenhause gebracht werden mußte. Seitdem schloß sich aber der Invalide so vereinsamt, daß er in der Verwirrung sich am Bettposten erhängte. Nachdem er seit Freitag nicht mehr zum Vorschein gekommen war, öffnete die Revierpolizei seine Wohnung und fand ihn tot auf.

### Ein Dienenschwarm als Verkehrshindernis.

Aus einem eigenartigen Grunde trat am gestrigen Nachmittag auf einer Straßenbahnlinie eine kleine Betriebsstörung ein. Als der Motorwagen 1298 der Linie 119 auf der Endstation am Bahnhof Kottbuscher Straße ankam, kam plötzlich ein großer Dienenschwarm heran und ergriff von dem Hinterrand des Wagens Besitz. Vergeblich bemüht sich Fahrer und Schaffner mit Hilfe einiger Passanten, die Dienen zu vertreiben. Schließlich wurde das „Mädchen für alles“, die Feuerwehr alarmiert, die alsbald zur Stelle war, und der es denn sehr bald gelang, die Insekten einzufangen. Der Vorfall wegen wurde der Wagon jedoch aus dem Verkehr gezogen und ein Ersatzwagen vom nahen Straßenbahnhof in der Wiebestraße eingestellt. Die Dienenschwärme treten in letzter Zeit sehr häufig in Erscheinung. Auch in der Friedrichstraße, an der Ecke der Französischen Straße, hatte sich gestern mittag ein Dienenschwarm festgesetzt und zahlreiche Zuschauer herangelockt.

**Ein „Kleinwohnungsbau- und Sparverein Groß-Berlin“**, Berlin, Bülowstr. 23, versucht in den Kreisen der organisierten Arbeiter Mitglieder zu werben. Im § 11 des Statuts dieser Genossenschaft heißt es: „Ausgeschlossene Mitglieder verlieren die Vergünstigung der Vereinsversicherung, ohne daß die Rechte auf die Versicherung selbst berührt werden.“

Hiernach ist anzunehmen, daß die Genossenschaft mit einer Versicherungsgesellschaft eine Vereinbarung getroffen hat dahingehend, daß die Versicherungsgesellschaft sich verpflichtet, die Objekte der Genossenschaft hypothekarisch zu beleihen, während andererseits die Genossenschaft sich verpflichtet, ihre Mitglieder der Versicherungsgesellschaft zuzuführen. Die Genossenschaft hat mit der „Deutschen Volksversicherung“ eine Vereinbarung getroffen. Im Statut ist die Versicherungsgesellschaft aber nicht genannt. Diese Tatsache dürfte genügen, um organisierte Arbeiter vor dem Beitritt zu dieser Genossenschaft zu warnen.

Die **Müdenstraße** von der Nordstraße bis zur Hornstraße einschließlich des südlichen Kreuzdammes ist wegen Pflasterarbeiten bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt worden.

**Verloren wurde am Sonntag ein Portemonnaie** mit Inhalt und „Vortwärts“-Luitung vom Juni vom Bahnhof Alexanderplatz bis Friedrichshagen Freibad. Gegen Belohnung abzugeben bei Weisberg, Berlin NO 55, Christburger Str. 33, Quergebäude IV.

## Vorortnachrichten.

### Charlottenburg.

**Unentgeltlicher Nachhilfeunterricht** in Deutsch und Rechnen wird in der Zeit vom 7. Juli bis 1. August an drei Tagen der Woche je 3 Stunden solchen Gemeindefachkindern der Stadt Charlottenburg erteilt, die durch Aufenthalt in einer Ferienkolonie oder Erholungsstätte den Schulunterricht veräußert haben. Die Kinder haben sich am Dienstag, den 7. Juli, morgens von 1/2 8 Uhr ab beim Lehrer Fischer in der Gemeindefachschule 34 (Spreest. 39/40) zu melden.

**Ferienspiele.** Am Montag, den 6. Juli, beginnen die Ferien-spiele. Es sind hierfür nachmittags 1/2 Uhr vier Treffpunkte vorgesehen und zwar: 1. Bahnhof Charlottenburg (Stuttgarter Platz). 2. Ziel: Grunewald, Fidelesberge. 3. Vor dem Kaiser-Friedrich-Denkmal (Zuifensplatz). 4. Gustav-Adolf-Platz (Schule).

4. Kaiserin-Augusta-Allee, Ecke Wiebestraße (Schule). Bei den drei letztgenannten Treffpunkten ist das Ziel die Jungfernhöhe. Der Spielplatz befindet sich in der Nähe der Erholungsstätte vom Roten Kreuz. Die Spiele finden täglich, außer Sonnabend, statt. Für die größeren Kinder von 11 bis 14 Jahren soll des Sonntags unter geschulter Leitung, die der Bildungsausschuß stellt, eine weitere Tagespartie unternommen werden.

Die Eltern werden gebeten, den Kindern Mundbrot, eventuell Fahrgeld, mitzugeben. Die Ferien-spielkommission bittet die Arbeiterkassen, an dieser Einrichtung recht regen Anteil zu nehmen. Bemerkung sei, daß alle Kinder mitgenommen werden, welche der Erholung am meisten bedürfen, ohne zu fragen, welcher Bestimmung die Eltern angehören.

### Neukölln.

Ein Schuß aus einer Markttasche rief am Sonntagabend 8 Uhr am Bahnhof Neukölln große Aufregung hervor. Vor dem Bahnhofs-eingang stand unter vielen anderen Leuten eine Frau L. aus der Hiesstr. 26. Dieser fiel plötzlich die Markttasche aus der Hand und es gab dabei einen so starken Knall, daß die verlamelte Menge entsetzt auseinanderstob. Es ergab sich, daß die Frau einen scharf geladenen Revolver in der Markttasche bei sich getragen hatte, der sich entlud, als die Tasche auf das Pflaster fiel. Die Kugel streifte die 12 Jahre alte Erna S. aus der Hasenheide 12, eine taubstummes Mädchen, an der Schulter. Das Mädchen wurde nach der nächsten Hilfsstation gebracht. Hier stellte der Arzt fest, daß es nur unbedeutend verletzt ist. Deshalb Frau L. den scharf geladenen Revolver bei sich trug, wird noch untersucht.

Das **Stadtbad Neukölln**, welches jetzt seit einem Monat in Betrieb ist, wurde im Laufe dieses Monats von über 80 000 Personen besucht. Bis auf die Sonnen- und Fußbäder des Bades, die auch in kürzester Zeit dem Betriebe übergeben werden sollen, sind jetzt sämtliche Badeabteilungen in Benutzung.

### Weißensee.

Am **Wittwoch**, den 24. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, hält im Ausschank der Borussia-Brauerei, Berliner Allee 211, im Auftrage des Gemeindevorstandes für alle Einwohner des Ortes Herr Dr. Ritter einen Vortrag über: „Die Ziele und Aufgaben der hiesigen Fürsorgeeinrichtungen“, insbesondere des neuerrichteten Säuglingskrankenhaus.

### Tempelhof.

Die **letzte Mitgliederversammlung** des Wahlvereins war dem Andenken des vor 25 Jahren verstorbenen Genossen Hafencleber gewidmet. Genosse Dr. Max Schütte gab ein lebendiges Bild von dem Leben und Wirken Hafenclebers. — Der Bericht von der Kreisgeneralversammlung wurde debattelos entgegengenommen. — Beim Bericht von der Verbandsgeneralversammlung wurde über den Massenstreik diskutiert und gewünscht, diese Frage in einer der nächsten Mitgliederversammlungen zu behandeln. — Für den Schriftführer Genossen Diehle, der sein Amt niedergelegt hat, wurde Genosse Kaufmann, in die Lokalkommission Genosse Max Schmidt gewählt.

### Nieder-Schönhausen.

In der **letzten Gemeindevorstellung** wurde die Waldankaufsvorlage, die demnächst im Zweckverband Groß-Berlin zur Verhandlung gelangt, einer eingehenden Besprechung unterzogen. Ein einstimmiger Beschluß wurde gefaßt, der ausdrückt, daß die berechtigten Interessen der Gemeinde bei der Erhaltung der Schönholzer Heide gewahrt werden. — An Stelle des wegen Amtsüberlastung zurückgetretenen Waisenrats Herrn Thormann wurde Rentier Schlagowski gewählt. — Die Aufnahme einer Anleihe von 300 000 M. als Grundstock für das beschlossene Hypothekennetz wurde zurückgestellt. — Die voraussichtliche Bedarf an zweifelhafte Hypotheken festgestellt ist. — Ein Antrag des Berliner Fußballclubs „Tennis Borussia“, ihm auf seinem Spielplatz am Rosenthaler Grenzweg eine Wasserleitung auf Kosten der Gemeinde (!) zu legen, wurde auf Vorschlag der Wasserwerkskommission abgelehnt. — Der neugebildeten Verkehrskommission gehören u. a. die Genossen Bretmann und Diege an. — Der öffentlichen folgte eine längere nichtöffentliche Sitzung.

### Karlshorst.

**Kinderspiele.** Nachdem die Unfall- und Haftpflichtversicherung für Spielkinderinnen und Kinder abgeschlossen sind, sollen die Kinderspiele des „Bildungsausschusses“ heute beginnen. Treffpunkt ist nachmittags 3 Uhr auf der Wiese am Bloddamm, jeden Dienstag; in den Ferien auch Donnerstags. Zugelassen werden alle schulpflichtigen wie auch nichtschulpflichtigen Kinder. Die Veranstalter erhoffen recht zahlreiche Beteiligung der Kinder wie auch Erwachsener, die als Helfer und Mitspieler tätig sein wollen. Event. Anfragen sind an die Leiterin, Frau Splecht, Gäntherstraße 2, zu richten.

### Friedenau.

Ein **gefährlicher Schaulustentwischer** wurde in der vergangenen Nacht in der Rheinstraße auf frischer Tat ertappt und festgenommen. In der vergangenen Nacht begab sich der Schneider Otto Ernst, mit einem Feldstein ausgerüstet, vor das Uhren- und Goldwaarengeschäft von Lorenz in der Rheinstraße 59. Als dann ein Straßenbahnwagen mit großem Geräusch vorüberfuhr, warf er mit dem Stein die Schaulustentwischer ein und machte sich hierauf über die Auslagen her. Zwei Polizeiergenteanten hatten aber trotz des Straßenbahnwagens das Mitziehen der zertrümmerten Scheibe gehört und über-rasteten den Verbrecher. Dieser versuchte zu entfliehen, wurde aber eingeholt und festgenommen.

### Potsdam.

Aus welchem Grunde der **Bau der elektrischen Straßenbahn Potsdam-Bornim** unterbleiben soll, darüber ist bis jetzt noch keine bestimmte Erklärung von den maßgebenden Körperschaften abgegeben worden. Man sucht vor allen Dingen jetzt die Sache so hinzustellen, als ob der Bahnbau nur auf unbestimmte Zeit verschoben worden sei, da nach verschiedenen Schwierigkeiten überwunden werden müßten. Die Nichtausführung des jetzigen Projekts soll indessen auf einen Wunsch des Kaisers zurückzuführen sein, wonach das landschaftliche Bild Bornstedt-Bornim nicht verunstaltet werden soll. Bornstedt-Bornim hat schon immer zu den Gegenden gehört, die vom Kaiser sowie Mitgliedern des Kaiserhauses oft und gern besucht werden. Es sind dort verschiedene Reitwege angelegt und auch nach dem Bornstedter Feld führt vom Schloß aus der Weg durch Bornstedt. Durch den Bau der Straßenbahn würde naturgemäß der Verkehr nach Bornstedt-Bornim ein regerer werden, hinzu kommt, daß auch die Bauarbeiten selbst einsehen würde, weil es sich für einen großen Teil Potsdamer Einwohner, nicht zuletzt für Arbeiter mit größerer Familie, auf dem Lande besser als in der Stadt wohnen läßt. Und so scheinen alle Hoffnungen, daß aus dem Bahnbau doch noch etwas wird, sich nicht erfüllen zu sollen.

### Jugendveranstaltungen.

**Lichtenberg.** Die für Sonntag, den 28. Juni, angelegte Elternbarbie läßt sich Augenblicke haben gegen Vorzeigen der Monumentskarte der Arbeiterjugend freien Zutritt zum Sommerfest am 28. Juni in „Reinhold's Parkgarten“, Lichtenberg, Köderstraße.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Neukölln.** Donnerstag, den 25. Juni, nachmittags 5 Uhr: Tagesordnung u. a.: Erhöhung der Kur- und Besprechungskosten im städtischen Krankenhaus für die dritte Besprechungstagung.  
**Wilmersdorf.** Morgen Mittwoch, den 24. Juni, abends 6 Uhr, in der Aula der Viktoria-Luisenschule, Basteier Straße. Tagesordnung u. a.: Die Verwertung des hochschulischen Gymnasialgrundstücks.  
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.



# Deutscher Gewerkschaftskongress.

München, den 22. Juni 1914.

Im größten Saale Münchens, im Rindl-Keller, begannen heute die Verhandlungen des 9. Deutschen Gewerkschaftskongresses. Von der Präsidentenbühne gegenüberliegenden Längswand des Saales, der mit Tannengrün und Fahnen geschmückt ist, blickt das umflossene Bild August Bebel's herüber. Die Holzpfeiler des Saales tragen die Embleme der Münchener Gewerkschaften und auf weißen Schildern die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften Münchens von 1904 und 1914. Sie zeigen den gewaltigen Aufschwung der Gewerkschaften in der Hauptstadt Bayerns. An 30 Längs- und Quertischen sitzen die Vertreter der deutschen Gewerkschaften. Den Vertretern der ausländischen Gewerkschaften, dem alten Genossen Hermann Greulich aus Zürich, dem Genossen David aus London, dem Genossen Grünwald und Veer aus Wien und dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Soziale Reform Professor Dr. Paul L. Berlin sind Ehrenplätze eingeräumt. Auch Genosse Fritz Beyer vom Parteivorstand ist anwesend.

### Eröffnung des Kongresses.

Legien eröffnet namens der Generalkommission den Kongress mit Worten der Begrüßung an die Delegierten und Gäste. Er führt aus: Zum erstenmal sehen wir unter uns einen Vertreter der englischen Gewerkschaften, den Genossen David aus London. Er ist unserer Einladung gefolgt in Erwiderung auf die im vorigen Jahre zum erstenmal an uns ergangene Einladung des englischen Gewerkschaftsverbandes. Unser Besuch in England und der englische Besuch bei uns sind notwendig, denn diese Besuche bringen zum Ausdruck, daß die Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft Englands mit der Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands durchaus einig ist, einig auch in dem Bestreben, die Hoffnungen der Spekulanten, die es zu einem Krieg zwischen Deutschland und England treiben wollen, zu zerstreuen. Als wir vor drei Jahren nach dem Dresdener Gewerkschaftskongress trennten, geschah es unter günstigen Umständen. Das starke Wachstum der Gewerkschaften gab uns Anlaß zu der Hoffnung, daß nunmehr den Gewerkschaften auch die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte gesichert werden würden. Darin haben wir uns leider getäuscht. Die neu einsetzende Welle hat die Kräfte der Gewerkschaften aufs äußerste angepannt. Die Ausgaben der deutschen Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung, die 1911 7 345 000 M. betrugen, waren 1913 gestiegen auf 13 067 000 M., sie haben sich also nahezu verdoppelt. (Hört! hört!) Dazu kam eine ganz außergewöhnliche Hege gegen die Gewerkschaften, in deren Vordergrund das agrarische Verbot nach einem Schuss der Arbeitswilligen stand. Aber trotz alledem haben wir doch ganz enorme Fortschritte in den letzten Jahren gemacht und zwar nicht nur im inneren Ausbau, sondern auch in der äußeren Ausdehnung. Auf dem Dresdener Kongress waren 276 000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten. Auf diesem Kongress sind 2 558 000 Mitglieder der freien Gewerkschaften vertreten, also 280 000 mehr. Gegenüber dem gleichen Zeitraum vom Vorjahre ist die Gesamtmitgliedszahl um über 31 000 gestiegen. So können wir wohl mit den Verhandlungen beginnen in der Voraussetzung, daß sie dazu beitragen werden, die innere Festigung und den Ausbau der Organisation weiter zu fördern.

Zu unserer Tagesordnung habe ich zu bemerken, daß wiederum in der letzten Zeit der Versuch gemacht worden ist, unsere Gewerkschaften zu vernichten, sie zu politischen Vereinen zu verpeilen. Man könnte man vielleicht sagen, daß wir mit der Festigung der Punkte unserer Tagesordnung etwas vorsichtiger hätten sein können und manche Punkte vielleicht besser weglassen hätten, um den Herren Polizeipräsidenten nicht Anlaß zu geben, zu sagen, daß die Gewerkschaften politische Organisationen seien. Wir haben es aber für unser gutes Recht gehalten, die Punkte, die uns notwendig erschienen, auch zu besprechen. (Sehr richtig!) Glaubt man uns deshalb zu politischen Vereinen stemeln zu können, will man uns durch Gerichtsentscheidungen zwingen, politische Organisationen zu sein, so werden wir die Form ändern. Aber die Verhandlungen über diese Dinge werden noch nie vor stattfinden (Sehr richtig!), weil sie stattfinden müssen im Interesse der Arbeiterklasse. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere allgemeine Situation ist zurzeit ähnlich wie auf dem Frankfurter Kongress von 1899. Damals bestand der Justizhaushalt, und man drohte, alle Mittel gegen die Gewerkschaften anzuwenden. Bei der Eröffnung des Frankfurter Kongresses haben wir erklärt: Wir fürchten den Justizhaushalt nicht, aber wir wünschen ihn auch nicht im Interesse der Gesamtbewegung. Heute können wir bei der Eröffnung unseres Kongresses dasselbe sagen bezüglich der Vorbereitung eines Gesetzes zum Schutze der Streikbrecher. Das man wirklich bei uns in Deutschland nötig. Gesetze zum Schutze der Streikbrecher zu erlassen? (Sehr gut!) Wäre es nicht nötiger, die Streikenden vor den Ausschreitungen der Streikbrecher zu schützen? (Sehr wahr!) Aber man will Leute schützen, die kein soziales Bewußtsein und kein Verständnis haben für die Solidarität der Arbeiterklasse! (Sehr richtig!) Man will durch diesen Schutz von Aufstiege der Arbeiterklasse zu höherer Kultur verhindern. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist der Zweck dieser Gesetzgebung. Aber auch hierzu müssen wir erklären: Wir fürchten die Gesetzgebung zum Schutze der Streikbrecher nicht, aber wir wünschen auch diese praktische Verwirklichung nicht im Interesse der Arbeiterklasse und im Interesse des sozialen Friedens. (Sehr richtig!) Eine solche Gesetzgebung wird Verbitterung in unsere Kämpfe hineinbringen, die mit ihnen nicht notwendig verbunden sein sollte. Darum ist es zu wünschen, daß es nicht zu einer derartigen Gesetzgebung kommt. Im übrigen können wir erklären, wir brauchen keine Gewerkschaftsorganisationen nicht zu fürchten, solange wir einig sind. (Lebhafte Zustimmung.) Als wir unseren ersten Gewerkschaftskongress vor 22 Jahren in Halberstadt abhielten, da erwarteten unsere Gegner, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Sozialisten und den Zentralverbänden die gewerkschaftlichen Organisationen würde. Sie haben sich getäuscht. Dort haben wir erklärt: Solange wir unter uns einig sind, sind wir eine Macht, und wir aber auch nur in einigen Fragen uneinig, so stärken wir die Macht unserer Gegner. Wir brauchen alle Polizeihilfskräfte und alle Maßnahmen der Gesetzgebung nicht zu fürchten, solange unsere Organisationen eine Einheit bilden. Allen Meinungsverschiedenheiten gegenüber müssen und werden wir die alte Einigkeit bewahren und wir werden durch sie noch stärker werden, als wir bisher schon waren. Wir hoffen, daß auch die Luft des alten gemächlichen Münchens dazu beitragen wird, etwa vorhandene Differenzen auszugleichen. (Heitere Zustimmung.) Ich hoffe, daß wir am Schluß dieses Kongresses einig sein werden als je zuvor. Deshalb vorwärts! Das wünschen wir im Interesse der Arbeiterklasse, den Arbeitern zum Schutz, dem Unternehmertum zum Trup! (Stürmischer Beifall.)

Einm. München: Im Namen des Münchener Gewerkschaften heiße ich Sie herzlich willkommen. Wir haben alle Vorbereitungen nach besten Kräften getroffen und hoffen, daß es Ihnen bei uns gefallen wird. Die Arbeiterbewegung Münchens kann sich ja auch sehen lassen. Der Redner gibt einen lehrerlichen Überblick über die Entwicklung der Münchener Gewerkschaften und schließt mit dem Wunsch, daß die Verhandlungen des Kongresses den besten Erfolg haben mögen. (Lebhafte Zustimmung.)

### Wahl des Kongressbüros.

Als Vorsitzende werden gewählt Legien, Schilde und Leipzig. Hierauf erfolgt die Wahl des Schriftführers, sowie der Mandatsprüfungskommission.

Von den zur Tagesordnung gestellten Anträgen wird der vom Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter: „Auf die Tagesordnung des Kongresses ist die Frage der Betriebsorganisation zu setzen“ zurückgezogen. Die anderen drei Anträge werden als nicht genügend unterstützt. Sie schlagen für die Tagesordnung vor: „Die Kasernenfrage“, „Die Errichtung von Bezirks-Arbeitersekretariaten“, „Die Aufbringung der nötigen Geldmittel für die Wahlen zu den Versicherungssträgern und den Versicherungsbehörden“.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

Es folgen die

### Ansprachen der Gäste.

Appleton-London (General Federation of Trade Unions) überbringt die freundschaftlichen Grüße der britischen Arbeiter. Die Freundschaft des deutschen und des englischen Volkes wächst trotz aller Hindernisse, die aus der Verschiedenartigkeit der beiden Länder kommen. Wir führen den gleichen Kampf für das Wohl des Volkes in beiden Ländern. Darum wünschen wir der deutschen Arbeiterbewegung den besten Erfolg.

Die Lian-Kristiania begrüßt den Kongress im Namen der skandinavischen organisierten Arbeiterschaft. Er weist darauf hin, daß die skandinavischen Gewerkschaften die Schüler der deutschen seien; wir streiten vorwärts dank dem starken Solidaritätsgefühl der dortigen Proletarier. Freilich haben sich auch bei uns die Unternehmener Kortegangs, Schwedens und Dänemarks zu einer gemeinsamen Organisation und Streikversicherung zusammengeschlossen. Die liberale Regierung Norwegens will nicht nur wie die schwedische die Vermittlung in Lohnkämpfen regeln, sondern sie strebt die obligatorische schiedsgerichtliche Regelung aller Differenzen zwischen Kapital und Arbeit an, wogegen die Gewerkschaften alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden entschlossen sind. (Bravo!)

Grünwald-Wien spricht namens der Vertreter Oesterreichs, Ungarns und der Schweiz: Die dortigen Gewerkschaften wurden stets vorwärtsgebracht durch deutschen Geist und deutsche Organisationskraft. Sie haben von der österreichischen Arbeitswilligenproleten gelernt, die genügend gezeit haben, daß ansieher der österreichischen Gemütslichkeit der nackte Klassenkampf der Unternehmer getreten ist. Dort haben wir die gleichen schwierigen Verhältnisse wie Sie. Auch dort hat die Vorkämpfer bei uns gewollt. Dank der festen Verankerung des Gewerkschaftsgebäudes haben aber die österreichischen Gewerkschaften allen Stürmen getrotzt und trotz der Angriffe der Christlichsozialen, Deutschnationalen und Gelben im Kriegsjahre nur 5000 Mitglieder von 420 000 verloren. Wir danken das dem von Ihnen uns überkommenen Geist, von dem dieser Kongress neue Beweise liefern möge. (Beifall.)

Dr. August Müller-Hamburg spricht im Namen der außer ihm noch durch Barth-Hamburg und Josephohn-Hamburg vertretenen deutschen Konsumgenossenschaften und der Großeinlaufs-gesellschaft deutscher Konsumvereine. Konsumgenossenschaftsbewegung und Gewerkschaftsbewegung sind Reste am gleichen Stamm. Die Mitglieder beider Bewegungen sind zwar nicht absolut, aber in der Mehrheit dieselben. Sie werden es in Zukunft noch mehr werden. Es ist richtig, daß die geistigen Kräfte, die beide Bewegungen ihre Impulse verdanken, dieselben sind. Wir haben gemeinsame soziale Interessen. Was wir zunächst unserer Mitglieder schaffen, entspricht unserer eigenen Kraft und Mühehaltung. Das ist der selbstgeschaffene Wert unserer Beziehungen. Wir beide arbeiten an dem Aufstieg derjenigen Volksschichten, die noch auf der Schattenseite leben. Wir beide arbeiten Hand in Hand an der Lösung des Problems, eine bessere und gerechtere Verteilung des Ertrages der nationalen Arbeit herbeizuführen. (Beifall.)

Der Kongress tritt in die weitere Tagesordnung ein.

### Bericht der Generalkommission.

Richterstatler Legien: Alle wichtigeren Handlungen der Generalkommission haben von vornherein die Unterstützung der Organisationen durch die Beschlüsse der Vorstandskonferenzen gefunden. Um so allgemeiner kann mein mündlicher Bericht gehalten sein. Der Polizeipräsident von Berlin hat die

### Politische Erklärung

unter anderem damit begründet, daß die Generalkommission das „Korrespondenzblatt“ herausgibt, worin politische Artikel erschienen seien, daß die Generalkommission Eingaben an den Reichstag gemacht hat, daß sie mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei gemeinsame Kundgebungen betreffend die Vorgänge in Moabit und die Drangsalierung der Vergarbeiter durch die Polizei veranstaltet hat, und daß sie mit ihm gemeinsam die Agitation bei Einbringung der Vorlagen über die Gewerbeordnung, das Reichsvereinsgesetz, die Reichsversicherungsordnung und Kongresse durch Delegierte beabsichtigt hat. Wäre diese Begründung richtig, dann müßte der Polizeipräsident doch alle uns angeschlossenen Organisationen für politisch erklären und nicht nur diejenigen, die er besonders ins Herz geschlossen hat. Nicht seine Meinung, sondern Recht und Gesetz müssen doch entscheidend sein. Es ist gar nicht der Zweck der Generalkommission und der ihr angeschlossenen Organisationen, politische Angelegenheiten zu erörtern, sondern ihr Zweck ist, durch die Vertiefung der gewerkschaftlichen Ideen die gesamte Kraft unserer gewerkschaftlichen Bewegung zu fördern, sie zur gegenseitigen Unterstützung bei wirtschaftlichen Kämpfen auszubilden und die Arbeiterklasse vor der Degeneration zu bewahren, die zweifellos bei ruhiger ungehinderter Entwicklung der kapitalistischen Produktion eintreten müßte. (Sehr wahr!) Die Herausgabe des „Korrespondenzblattes“ ist nicht Zweck, sondern ein Mittel zum Zweck der Generalkommission. Korrespondenzblätter, die auch politische Artikel enthalten, geben auch die Christlichen und Hirsch-Dunatschischen Gewerbevereine genau so wie wir heraus. Wenn die mit den Christlichen und Hirsch-Dunatschischen Gewerbevereinen in Verbindung stehenden Parteien des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei Arbeiterparteien wären, so müßten zwischen diesen Organisationen und diesen Parteien ebenfalls Verhandlungen stattfinden. Vielleicht finden sie auch statt und die Öffentlichkeit weiß es nicht. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei sind völlig getrennt voneinander. Würden die Gewerkschaften sozialdemokratische Vereine sein wollen, dann wäre es ja lustig, sie mit den politischen Vereinen nicht zu verbinden. Da aber dieselben Personenkreise für die Gewerkschaften und für die sozialdemokratische Partei in Betracht kommen, so sind Verhandlungen zwischen beiden möglich, um Kollisionsen, die sich aus dieser Gemeinsamkeit der Mitgliederkreise ergeben könnten, zu verhindern. Werden etwa unpolitische Organisationen durch Verhandlungen mit einer politischen Partei selbst politisch? Selbst wenn der Polizeipräsident gemeinschaftlich mit einem Erzbischof eine Kundgebung gegen die christlichen Gewerkschaften erlassen würde, würde Herr v. Jagow davon etwa katholisch? (Heiterkeit.) Was die Befragung des internationalen Gewerkschafts- und Sozialistenkongresses anlangt, so sind auf diesem Kongress die Gewerkschaften vertreten, weil dort eine ganze Reihe von Fragen behandelt werden, die unmittelbar die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse betreffen. Deshalb können wir beim besten Willen nicht darauf verzichten, uns auch an diesen Kongressen zu beteiligen, selbst auf die Gefahr hin, daß uns daraufhin Herr v. Jagow für politisch erklärt. Aber wir könnten ja politisch sein bis zur Erschöpfung, wir würden doch nicht für politisch erklärt werden, wenn es sich nicht um die Sozialdemokratie handeln würde, mit der wir angeklagt werden, verhandelt zu haben. (Zustimmung.) Zwingt man uns, politische Vereine zu sein, dann könnten wir sagen, daß wir es auch sein wollen. Ob es unseren Gegnern aber eine Freude machen würde, wenn wir unsere ganze Agitationskraft in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellen

würden, das ist mir denn doch zweifelhaft. (Sehr richtig!) Wir würden damit aber auch den Interessen der Arbeiterklasse nicht dienen, denn die politische Partei hat Aufgaben anderer Art zu erfüllen, wie die Gewerkschaften. Zwingt man uns also, politische sozialdemokratische Organisationen zu sein, die wir nicht sein wollen, dann werden wir doch zu unseren bisherigen Aufgaben und an unserer bisherigen Organisationsform festhalten. Der ganze Zweck der Aktion scheint ja zu sein, uns zu zwingen, die jugendlichen aus unseren Organisationen hinaus-zudrängen. Wir werden es aber, wie wir es bisher immer auch unter den ärgsten Polizeihilfskräften und Verfolgungen verstanden haben, auch jetzt verstehen, unsere Organisationen den neuen Verhältnissen anzupassen. Wir lassen uns unsere proletarische Jugend nicht nehmen, (Stürmische Zustimmung) — weder durch patriotischen Klimbin, noch durch religiösen Fanatismus. Wir erziehen unsere proletarische Jugend für uns, für das Proletariat und wir werden dazu die den gegebenen Verhältnissen anzupassende Form finden. Nur wenn wir diese Fähigkeit verlieren würden, könnten Gefahren für uns entstehen.

### Kam sieht es so aus, als wenn in den Grenzstreitigkeiten

trotz aller Bemühungen der Generalkommission eine Einigkeit unter den Gewerkschaften nicht erzielt werden kann. Das liegt schließlich nicht an dem bösen Willen der Beteiligten. Aber immerhin möchte ich doch mit aller Deutlichkeit sagen: wenn ein Teil unserer Verbandsfunktionäre in dieser Frage etwas ruhiger und sachlicher urteilen würde unter dem Gesichtspunkt der Gesamtheit und nicht ausschließlich die Verbandinteressen in den Vordergrund schieben würde, dann wäre vieles besser. (Lebhafte Zustimmung.) Es wäre auch vieles besser, wenn sie bei anderen nicht immer nur den bösen Willen voraussetzen und in ihm den Genossen und nicht den Gegner sehen würden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Entwicklung der Industrie zwingt uns zu neuen Organisationsformen. Der moderne Großbetrieb vereinigt die Arbeiter vieler, ja in einigen Fällen fast aller Berufe in sich. Da kann man es einer Organisation nicht überlassen, wenn sie die Aktionsfähigkeit der Arbeiter eines Betriebes durch die Vereinigung aller Arbeiter in einer Organisation zu stärken trachtet. Aber auf der anderen Seite haben wir in Deutschland eine große Zahl weit entwickelter Betriebe, wo eine in sich abgeschlossene Betriebsarbeiterschaft vorhanden ist.

Der Unterschied zwischen der Arbeiterschaft der kleinen und Mittelbetriebe und der Großbetriebe ist zu groß, als daß wir Betriebsorganisationen für abhebbare Zeit schaffen könnten. Wir werden nach wie vor an der Berufsorganisation festhalten und die Schwierigkeiten auszugleichen suchen. Die Behauptung der Transportarbeiter, daß einzelne Mitglieder der Generalkommission Anhänger der Betriebsorganisation seien, trifft nicht zu. Die Generalkommission hat sich in den Grenzstreitigkeiten immer zur Herbeiführung eines Ausgleichs bemüht. In den meisten Fällen ist das auch geglückt. Es geht aber auf die Dauer nicht, daß in der Gesamtbewegung Organisationen vorhanden sind, die gegeneinander arbeiten. Wir wohnen schließlich alle in demselben Haus und tragen gemeinsam die Erhaltungskosten. Da wollen wir uns nicht gegenseitig die Fensterhebeln einwerfen. (Heiterkeit.) Die Schlagfertigkeit einer Organisation beruht nicht nur auf ihrer großen Mitgliederzahl, sondern auf dem inneren organisatorischen Zusammenhalt der Mitglieder. Jedenfalls hat die Generalkommission in einigen Fällen empfohlen, bestimmte Arbeiterkategorien, die zu einem unfruchtlichen Organisationsgebiet gehören, in eine andere Organisation abzugeben. Das ist uns meistens sehr verübelt worden. Der leitende Gesichtspunkt wird immer sein, daß wir organisieren müssen, nicht um die Arbeiter und Arbeiterinnen in die Organisation zu bekommen, sondern um unserer Gesamtarbeiterklasse zu helfen. Dieser Grundsatz soll auch auf diesem Kongress erneut festgelegt werden. Wenn dabei auch einem vielleicht einmal ein Unrecht geschieht, so soll er nicht gleich ein großes Geschrei erheben. (Zuruf bei den Transportarbeitern: Stillhalten sollen wir wohl?) Auch Transportarbeitern werde ich noch besonders etwas aufzählen. Das ist wohl das Streben nach Einheitslichkeit, das sind wohl die großen, leitenden Gedanken bei Euch! (Zuruf bei den Transportarbeitern: Das haben wir immer getan!) So seht Ihr aus! (Stürmische Heiterkeit.) Die Anpassung an die gegebenen Verhältnisse hat uns auch in der Frage der

### Bezirkssekretariate

mit festen Beiträgen geleitet. Wir waren immer gegen diese Bezirkssekretariate, weil sie leicht zu Landesorganisationen führen können und eine Trennung nach politischen Grenzen für die Gewerkschaftsbewegung unerwünscht ist. Wir haben dennoch diesen Standpunkt aufgegeben, weil uns die Reichsversicherungsordnung dazu gezwungen hat. Darum schlägt die Generalkommission heute selber die Bezirkssekretariate mit festen Beiträgen vor. Es wird uns vorgeschlagen, die ganzen Kosten für die Bezirkssekretariate zu decken. Dazu können wir uns nicht entschließen. Wir wollen erst abwarten, ob ein Bedürfnis für die Übernahme der ganzen Kosten sich herausstellen wird.

Der Redner bespricht die Unterrichtsfrage und hebt den Beschluß der Vorstandskonferenzen hervor, wonach in Zukunft nur ein gewerkschaftlicher Unterrichtsstufe mit 50 Teilnehmern abgehalten werden soll. Die bisherigen 23 Kurse haben 1440 Teilnehmer ausgebildet. Die Wirkung dieses gewerkschaftlichen Erziehungsmitteis muß erst abgewartet werden. Der Generalkommission wird vorgeworfen, daß sie zu viel Statistik treibe. Eigentlich reicht sie noch nicht aus.

### Mitgliederbewegung.

Unser Mitgliederverlust im dritten Quartal 1913 betrug 29 000, im vierten Quartal 148 000 Mitglieder, der Verlust an weiblichen Mitgliedern aber nur 540. Da sich die Wirkung einer wirtschaftlichen Krise gerade zuerst in einer Abnahme der weiblichen Mitgliederzahl zeigt, müssen diesmal andere Ursachen vorliegen. Sie liegen in der neuen Behrvorlage mit ihrer Neueinstellung von 56 000 jungen Leuten. Die Behauptung, daß die Landwirtschaft das Hauptkontingent der jungen Leute stelle, ist nicht richtig. Die Ernährung auf dem Lande ist noch viel miserabler als in den Industriegemeinden. Und wenn wir auch alle gute Luft brauchen, so kann man allein davon doch nicht leben. (Heiterkeit.) Die Gewerkschaftsbewegung bewahrt die industrielle Arbeiterschaft vor der Degeneration und körperlicher Minderwertigkeit. Der Mehrbedarf des Heeres von 50 000 Mann wird in der Hauptsache von der industriellen Arbeiterschaft gestellt. Wir haben dafür leider keine zuverlässige Statistik. Zuverlässiges Material haben wir nur von den Buchdruckern erhalten können und da hat sich ergeben, daß 1913 50 Prozent Buchdrucker mehr zum Militär eingezogen sind als 1912. Rechnen wir das, was wir ohne weiteres können, um auf unsere Gesamtorganisation, so ergibt sich, daß wir 25 400 Organisierte durch vermehrte Einziehung zum Militär verloren haben. Also nicht Verbandsmüdigkeit, sondern andere Ursachen kommen für den Mitgliederverlust in Betracht. Das wird erheblich viel Wasser in den Hoffungsdrang unserer Gegner schütten. (Beifall.)

Die Anforderungen des Reichsstatistischen Amtes an die Generalkommission sind nicht geringer geworden. Ohne uns kann das Amt überhaupt keine Arbeiterstatistik mehr treiben. Was wird das Amt aber anfangen, wenn wir gezwungen werden, sozialdemokratische Vereine zu sein? (Heiterkeit.) Ich fürchte, der Berliner Polizeipräsident wird das Reichsamt schließlich noch für einen politischen Verein erklären.

Meinen Dresdener Bericht konnte ich mit der Erklärung schließen, daß wohl alle Delegierte mit unserer Tätigkeit zufrieden gewesen



sein werden. Das kann ich heute wohl nicht sagen. Die Generalkommission hat sich ja bei den Grenzreitigkeiten schuldig gemacht, nicht beiden Teilen recht gegeben zu haben. (Heiterkeit.) Aber das werden wohl alle anerkennen, daß sie bei ihrer Stellungnahme sich nicht von Sympathien und Antipathien, sondern ausschließlich von dem Gesichtspunkte hat leiten lassen, den Interessen der Gesamtheit zu dienen. In dieser Ueberzeugung sehen wir Ihrer Kritik mit Ruhe entgegen. (Lebhafte Beifall.)

**Kaffierer K u b e** gibt den

**Kassenbericht:**

Die Einnahmen der Generalkommission müssen erhöht werden. Eine große Anzahl der Gewerkschaftskarteile wünschen finanzielle Unterstützung bei den Wahlen zu den Krankenkassen und Versicherungsämtern. Eine gründliche Vorbereitung dieser Wahlen war notwendig, weil sie zum ersten Male nach der neuen Reichsversicherungsordnung erfolgten. Auch erforderten die Verhältniswahlen intensivere Vorbereitung und erhöhte Kosten. Hier mußte die Generalkommission eingreifen, und sie wird das auch in Zukunft tun. Vom 1. Januar ab soll die Arbeiterrechts-Beilage des „Korrespondenzblattes“ als selbständige Zeitschrift erscheinen. Die Abwehr der Angriffe auf das Koalitionsrecht und das Bestreben, es zu erweitern, erfordern weitere erhebliche Kosten. In derselben Richtung wirken die vielfachen Wünsche, Einrichtungen zu treffen, um die Rechte der Arbeiter zu den Versicherungsämtern wahrzunehmen. Eine Erhöhung der großen Beiträge ist daher dringend erforderlich. Der Sonderfonds für Streiks und Aussperrungen balanziert in der Berichtsperiode mit 1 578 145 M. Er wurde in Anspruch genommen 1911 bei der Aussperrung der Tabalarbeiter in Lippe und Westfalen. Hier wurde von den Gewerkschaften eine Umlage von 25 Pf. wöchentlich erhoben und so der Streik zu einem guten Ende geführt. 1912 wurde eine Rettungsfaktion für die Ruhrbergleute und Porzellanarbeiter eingeleitet und 1913 eine Sammlung für die ausgeperrten Arbeiter, die letztere durch freiwillige Zuwendungen der Gewerkschaften. Den ausländischen Organisationen haben wir unsere Solidarität nicht nur in Worten gezeigt. Die meisten Unterstützungen wurden den vorhandenen Fonds entnommen, besondere Sammlungen nur für die Transportarbeiter in England und die Tabalarbeiter in Holland vorgenommen. Die deutschen Gewerkschaften haben nach jeder Richtung ihre Schuldigkeit getan. (Bravo!)

Zur Namen der Revisionen beantragt Cohen-Berlin die Entlastung.

**Die Diskussion.**

Lange-Berlin (Handlungsgehilfe) wendet sich scharf gegen die Beteiligung hervorragender Gewerkschaftler an den Diskussionsabenden der Gesellschaft für soziale Reform, ebenso gegen ihre Organ, die „Soziale Praxis“, die in letzter Zeit bei der Schaffung des Konkurrenzlaufsatzes einseitige Agitation im Interesse der Unternehmer rücksichtslos betrieben habe. Die neutralen gewerkschaftlichen Angelegenheitenorganisationen sind zum Teil eingegangen, wie die der Kaufleute, zum Teil kommen sie als wirkliche Gewerkschaften nicht in Betracht. Dies gilt besonders für den Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten, die die Unterstützung der Generalkommission öffentlich in Abrede gestellt haben. Mit Recht hat die Wiener „Gewerkschaft“ ausgeführt, daß die neutralen gewerkschaftlichen Angelegenheitenorganisationen nur eine Enttäuschung bedeuten; allein die freien Gewerkschaften eignen sich für die Angestelltenbewegung.

Vfjäre-Chemnitz (Buchbinder) begründet den Antrag, auf mehreremal im Jahre zu wiederholende öffentliche Aufforderungen, an die Eltern, Vormünder und Erzieher, ihre Angehörigen den Gewerkschaften zuzuführen.

Riendorf-Bremen (Tabalarbeiter): Dieser Antrag macht sich dadurch immer wieder nötig, daß die Arbeiterchaft immer noch zu wenig dafür tut, ihre Angehörigen den Gewerkschaften zuzuführen. Das empfinden besonders diejenigen Organisationen sehr, in deren Gewerbe viele Frauen und Jugendliche beschäftigt sind, und deren Produktionsstätten in entlegenen Gegenden liegen. Es gibt Zolotfabrikanten, die die besser bezahlte Beschäftigung des Mannes benutzen, um den Lohn der Frau zu drücken.

Hortel-Narzruhe (Bauarbeiter): Im Bergbau und Textilgewerbe sind schon ganze Kolonien ausländischer Lohnbrüder entstanden. Die bisherige Agitation unter den Ausländern, namentlich unter den organisatorischen Italienern, reicht nicht aus. Der Mühlhauser Aramallprozeß ist im wesentlichen durch die tarifunterbietende Ausländerbeschäftigung verursacht worden. Zur Aufklärung der Arbeiter muß etwas mehr geschehen.

Faah-Berlin (Landarbeiterverband) gibt eine längere Erklärung ab, die sich gegen einen Artikel des Genossen Dr. Arthur Schulz in den „Sozialistischen Monatsheften“ über Landarbeiterverband und Landarbeiteransiedelung wendet. In der Erklärung wird ausgeführt, daß der Landarbeiterverband sich in der Frage der Landarbeiteransiedelung überhaupt noch nicht festgelegt hat. Es sei deshalb eine unrichtige Behauptung, daß der Verband mit dem Dr. Schmidt vom preussischen Landesökonomiekollegium darin übereinstimme, daß die Naturallösung im Interesse der Landarbeiter läge. Ebenso unrichtig sei die Behauptung von Dr. Schulz, daß die Forst- und Weinbergarbeiter Südb- und Mitteldeutschlands den Hauptbestand der Mitglieder des Verbandes bilden. Vielmehr seien es die Landarbeiter Westdeutschlands, Ostpreußens und Westfalens, die vorwiegend für die Organisation in Frage kämen. Wenn eine planmäßige Organisationsarbeit dort noch verhindert worden sei, so sei das auf andere Umstände zurückzuführen und habe mit der Ansiedlung nichts zu tun. Auch einen Artikel der Verbandszeitung über Landarbeiterverhältnisse in Westfalen habe Dr. Schulz entstellt wiedergegeben. Er hätte sich immer wieder auf Vermutungen, ermangelte der Sachkenntnis, und seine der Wahrheit widersprechende Behauptungen und aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze aus der Verbandszeitung würden von den Gegnern weidlich ausgenutzt. Das Urteil über solche Methoden eines parteigegenständlichen Schriftstellers überlasse der Landarbeiterverband dem Kongress. — Mit dieser Feststellung wollen wir nicht gegen eine bestimmte Richtung Stellung nehmen, aber die Schulz'sche Methode reicht nach dem Reichsverband und seine unglücklichen Behauptungen werden von unseren Gegnern, deren der Landarbeiterverband besonders viele hat, ausgenutzt werden.

Frau Reiman-Berlin (Schneiderverband) tritt für den Antrag der Tabalarbeiter ein. Die anderen Gewerkschaften sollten ihre Mitglieder anhalten, dafür zu sorgen, daß die in der Heimarbeit tätigen Frauen und Töchter organisiert werden.

Robert Schmidt: Die Einwände Langes sind nicht berechtigt. Wir haben schon früher nicht einen so intransigenten Standpunkt zur Gesellschaft für soziale Reform eingenommen. Durch ihre Vermittelungen haben wir verschiedentlich Heimarbeitertongresse veranstaltet, die dieser elend gestellten Schicht außerordentliche Vorteile gebracht haben. Daraus ist uns nie ein Vorwurf gemacht worden. Ebenso hat die Generalkommission gemeinsam mit der Gesellschaft Stellung genommen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wir legen Wert darauf, daß die Stimme der freien Gewerkschaften bei jeder Tagung, die sich mit Sozialpolitik beschäftigt, auch in uns fernstehenden Kreisen gehört wird. Auch an den Konferenzen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise beteiligen wir uns, weil wir in dieser Frage nicht allein entscheiden, und ausscheiden würden, wenn wir nicht mitwirken würden. Die Tätigkeit Langes zur Bekämpfung der bürgerlichen Gesellschaft hat ihn übrigens nicht davor behält, selber ein Referat auf dem Verbandstag der Gewerbevereine zu übernehmen. Auch die Stellungnahme seines Verbandes und des Verbandes der Bureauangestellten zu dem Angestelltenrat, dem ja auch bürgerliche Vereine angehört, ist wenig konsequent. Wenn man alles ablehnt, müsse man auch die unbillige Verhältnis lösen. Auch in der Frage der Tarifverträge legen wir Wert darauf, daß unser Standpunkt auch in den Kreisen der bürgerlichen Sozialpolitiker vertreten wird. Auch die Stellungnahme der Gesellschaft für soziale Reform gegen die Scharfmacher und in der Frage des sogenannten Terrorismus der Gewerkschaften berührt uns außerordentlich sympathisch, und ihre Kundgebung für die Fortführung der Sozialreform begrüßen wir freudig als eine Hilfsaktion. Wir brauchen doch solche Gesellschaften, mit denen wir nicht in allen Punkten übereinstimmen, deshalb nicht vor den Kopf zu stoßen. Sollen wir uns deshalb das Urteil der Scharfmacherpresse über die Gesellschaft zu eigen machen. Ohne die Unterstützung bürgerlicher Sozialreformer können wir auf dem Gebiete der Sozialpolitik nicht weiter. Das war immer ein Stück praktischer Gewerkschaftspolitik. Dabei leiden wir an unseren Grundfragen keinen Schaden. Nur wer sich unsicher fühlt in diesen Grundfragen, kann ihre Erschütterung befürchten, nicht aber ein feiner Gewerkschaftler. (Bravo!)

Martha Hoppe-Berlin (Textilarbeiterin) tritt für den Antrag der Tabalarbeiter ein. In den letzten zwei Jahren hat unsere Organisation um 985 Männer und 5668 Frauen zugenommen. Aber das reicht noch nicht aus. Ueberall wo die Frauen unorganisiert bleiben, können auch die Männerlöhne nicht steigen.

Eckorn-Berlin (Verband der Friseurgehilfen): Die Friseurgehilfen sind außerordentlich schwer zu organisieren. Wir haben in 25 Jahren 2500 Gehilfen organisiert. Ohne Ihre Hilfe können wir nicht weiter.

Giebel (Verband der Bureauangestellten) Berlin: Den Bemerkungen Langes über die neutralen gewerkschaftlichen Angelegenheitenorganisationen kann ich mich nicht in allen Punkten anschließen, dagegen bin ich wie bisher ein Gegner des Ausschusses der Vorstandskonferenz, der die Mitgliedschaft bei der Gesellschaft für soziale Reform freigibt. Die Argumente Schmidts trafen nicht den Kern der Sache. Auch wir wollen uns die Möglichkeit offen halten, in einzelnen Fragen mit den bürgerlichen Sozialpolitikern Hand in Hand zu gehen, um die allgemeinen Interessen der Arbeiter zu verteidigen. Hier handelt es sich aber nicht um gelegentliches Zusammenarbeiten, sondern um die Mitgliedschaft. Wer Mitglied wird, macht sich die Grundsätze dieser Gesellschaft zu eigen. Und die Gesellschaft für soziale Reform verfolgt Bestrebungen, die im Gegensatz zu unseren Grundfragen stehen. Wir stehen auf dem grundsätzlichen Boden des Klassenkampfes, die Gesellschaft für soziale Reform will aber den Ausgleich der Klassengegensätze herbeiführen. Daran ändert die noch so sympathische Stellung der Gesellschaft zum Koalitionsrecht nichts. Es handelt sich auch nicht darum, ob der einzelne Schaden an seiner gewerkschaftlichen Seele erleidet, entscheidend ist, daß nicht Verwirrung und Unklarheit in die Massen gebracht werden. (Bravo!)

Raeplov-Hamburg (Bauarbeiter): Ich stehe auf dem Standpunkt, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sein sollen, aber die vorliegenden Resolutionen und Anträge werden uns nicht weiter bringen, wie auch die Beschlüsse früherer Gewerkschaftskongresse nicht genügt haben. Wenn die Tabalarbeiter und Schneider in der Organisation der weiblichen Mitglieder aus eigener Kraft nicht weiterkommen, dann müssen gewiß die Allgemeinen Mittel der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Dienst gestellt werden. Aber das wird am besten durch die Generalkommission und die Vorstandskonferenz erreicht, der diese Anträge zum gründlichen Studium überwiehen werden sollen. An den Veranstaltungen der bürgerlichen Sozialreformer haben wir uns viel zu lange nicht beteiligt. (Sehr wahr!) Ich fühle mich auch jung genug zum Klassenkampf, aber wir müssen auch andere Gesichtspunkte in Betracht ziehen, wir dürfen uns von der Beteiligung an sozialpolitisch-neutralen Erörterungen nicht durch die Gegner hindern lassen.

Bissell (Zentralarbeitssekretariat) schließt sich in dieser Frage Raeplov völlig an.

Umbreit (Generalkommission) vertritt denselben Standpunkt und erklärt, daß es von den bösesten Folgen sein würde, wenn man sich grundsätzlich von bürgerlichen Sozialreformbestrebungen fernhalten wolle. Die Gesellschaft für soziale Reform ist nur ein Zweig der internationalen Vereinigung für angelesenen Arbeiterschaft, der eine ganze Reihe ausländischer Gewerkschaften angehören, die uns an Klassenbewußtsein nicht nachstehen und deren Vorsitzender, Stephan Bauer, Sozialdemokrat ist. Die Internationale Vereinigung hat bereits Vorbildliches geschaffen, so das Internationale Arbeitsamt. Heute kommen wir nur gelegentlich als Gäste dorthin, während die Christlichen und Christ-Dunderschen als die Sprecher der deutschen Arbeiterschaft auftreten. Auf dem Internationalen Heimarbeitertongress ist ausdrücklich erklärt worden, daß die Gewerkschaften die eigentlichen Träger des Heimarbeiterschutzes sind. Sie können doch das Vertrauen zu der deutschen Arbeitervertretung haben, daß sie auf solchen Tagungen die Arbeiterinteressen nicht verraten wird. (Sehr gut!) Wir können nicht verlangen, nur als Gäste dauernd an unsere Meinung aufzudrängen. Man kann nicht dauernd Rechte in Anspruch nehmen und sich der Pflichten entziehen. Schauen wir uns also nicht vor tätiger Mitarbeit. Ich sehe gar keinen Nachteil davon, daß die Gewerkschaften die Mitgliedschaft in diesen Vereinen erwerben. (Lebhafte Beifall.)

Staudinger-Leipzig (Steinarbeiter) begrüßt das Vorgehen der Generalkommission gegen die koalitionsrechtsfeindlichen Großbanken. Die Beteiligung an den bürgerlichen Sozialreformbestrebungen billigt der Redner durchaus.

Darr-Lahr (Buchbinder) tritt für die weitere Errichtung von Bezirkssekretariaten ein.

Riendorf-Bremen (Tabalarbeiter) verteidigt die Resolution der Tabalarbeiter. Damit schließt die Besprechung. Es erhält das

**Schlusswort**

Legien: Die Erklärung der Landarbeiter nehmen wir zur Kenntnis, obgleich sie überflüssig ist, obgleich die „Sozialistische Monatshefte“ nicht unser Organ sind. Um Mißverständnissen vorzubeugen, stelle ich fest, daß nicht nur die Buchdrucker, sondern die meisten Verbände uns Material über die vermeintlichen Rekluteneinstellungen eingekandt haben. Es reicht aber nicht aus, weil es nicht so evident gehalten war. Auch die Generalkommission gehörte bisher der Gesellschaft für soziale Reform nicht an, die Vorstandskonferenz hat ja nun den Beitritt freigegeben, und so viel ich weiß, sind Robert Schmidt, Leipzig und Winnig dort Mitglieder geworden. Umbreit hat den Anschlag der gesamten Gewerkschaften für nötig erklärt. Dazu sehe ich bei der divergierenden Auffassung zurzeit noch keine Notwendigkeit. Entscheidenden Einfluß werden wir in der Gesellschaft nicht gewinnen. Wir würden manchmal überstimmt werden und hätten dann die Mitverantwortung für das Beschlößene. Es handelt sich dann um eine Zweckmäßigkeitsfrage. Eine Erklärung des Allg. Bankbeamtenverbandes, worin er die Hilfe der Generalkommission als minderwertig hinstellt, ist weder mir noch sonst einem von uns bekannt. Tatsache ist, daß dieser Verband die Hilfe der Generalkommission nicht in Anspruch genommen hat. Wir haben bloß mit ihm über seine Anregung gesprochen, die Gelder der Gewerkschaften von den koalitionsrechtsfeindlichen Banken zurückzuziehen. Langes Behauptung, daß die Haltung der Generalkommission gegenüber den Angestelltenorganisationen nicht den gewerkschaftlichen Grundfragen entspreche, kann sich nur auf den Allgemeinen Bankbeamtenverband und den Bund der technisch-industriellen Beamten beziehen, denn mit den anderen Verbänden hat die Generalkommission keine Fühlung. Die Stellungnahme des Verbandes der Handlungsgehilfen gegenüber diesen Angestelltenverbänden scheint mir allerdings nicht eigentlich die korrekte oder, sagen wir, zweckmäßige zu sein. Es gibt doch unter den Angestellten eine Menge Leute, die für uns nicht zu gewinnen sind. Ist es besser, sie bleiben unorganisiert oder sie gehören Verbänden an, die gewerkschaftliche Grundfragen vertreten? Als Person habe ich an der Gründung des Bundes der technisch-industriellen Beamten mitgewirkt und dabei erklärt, ich fürchte, daß, wenn die zu schaffende Organisation wirklich entscheidenden Einfluß gewinnt, daß sie dann eben im Gegensatz zu den Gewerkschaften sich stellen könnte. Nichtsdestoweniger, sagte ich mir, haben wir alles Interesse an der Organisation der Privatangestellten, gleichviel in welcher Form. Sie sollten sich die geeignete Form selbst wählen. Ich habe den Leuten gesagt, daß es in ihrem Interesse unweidmähig wäre, sich der Generalkommission anzuschließen, denn durch einen solchen Anschlag würden dieser Organisation Agitationsgebiete abgeklüfft, die wir mit unserer eigenen Kraft nicht bearbeiten können. (Zustimmung.) Der Redner geht

auf die vorliegenden Anträge ein und schließt mit der Bemerkung: Ebenso wie in Dresden kann die Generalkommission auch hier mit der an ihr gestellten Kritik freizureden sein.

Dem Kaffierer wird einstimmig Entlastung erteilt. Angenommen wird ein Antrag, der die Generalkommission beauftragt, wiederholt in allen Partei- und Gewerkschaftsblättern Aufrufe zu erlassen, durch die Eltern, Vormünder und Erzieher darauf hingewiesen werden, daß es die Pflicht der Gewerkschaftsmittglieder ist, alle Familienangehörige, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, unserer Organisation zuzuführen. Ein zweiter Antrag, der eine noch energisichere Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern verlangt, wird gleichfalls angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

**Soziales.**

**Aus dem Gewerbegericht.**

Eine merkwürdige Auffassung der Lohnarbeit legte der Tapezierer Geier an den Tag, von dem der Arbeiter Däumichen vor der vierten Kammer des Gewerbegerichts unter dem Vorfige des Magistratsrates Dr. Gerth auf dem Wege der Klage 37 M. Restlohn und 750 M. Sondervergütung für Benützung eigenen Werkzeuges forderte.

Als der Kläger, der lange Zeit krank und darum keinen Lohn ausgemacht worden, sondern es sollte „nach Leistungen“ bezahlt werden. Der Kläger, ein arg bedrängter Familienvater, ging froh, endlich wieder verdienen zu können, auf die unglückliche Arbeitsbedingung ein und bekam erst drei, dann vier Mark Lohn für den Arbeitstag von durchschnittlich 10 bis 14 Stunden. Schließlich sollen ihm sogar 5 M. pro Tag und eine angemessene Sondervergütung für die Benützung des eigenen Werkzeuges zugeführt werden sein, was freilich der Beklagte im Kammertermin energig bestritt. Da selbst eine längere Beweisaufnahme keine rechte Aussicht in die strittige Sachlage bringt, rät das Gericht dringend auf einem Vergleich. Zu diesem verstand sich der Arbeitgeber erst nach eindringlichem Zureden der Richter. Die Vergleichssumme beträgt 12 M., nachdem die Unterbietung des Beklagten erfreulicherweise die Abweisung des vorstehenden Gewerbegerichts gefunden hatte.

**Steuerfreiheit Minderbemittelter.**

Der Finanzauschuß der Stadt Raing beschloß auf Antrag der Sozialdemokraten, doch Witwen, Waisen und erwerbsunfähige Personen, die ein Vermögen unter 10 000 M. besitzen, und deren Einkommen jährlich 750 M. nicht übersteigt, von Gemeindesteuern frei bleiben. Ferner sollen Personen, die ein Einkommen unter 600 M. haben, nicht mit Gemeindesteuern belastet werden. Diese Beschlüsse bedürfen noch der Bestätigung durch die Stadtverordnetenversammlung.

**Die Brandgefahr in der Zelluloid-Industrie.**

Erneut stellt das große Brandunglück in Moskau, bei dem durch Explosion von Zelluloid-Material 5 Arbeiter verbrannten, 41 schwer und mehrere leicht verletzt worden sind, an die deutschen Zelluloidarbeiter die Frage, wie es denn in den einheimischen Betrieben bezug auf die Verhütung derartiger Unglücksfälle aussieht?

Die Antwort auf diese Frage hat die in diesem Jahre stattgefundene Kammer-Konferenz gegeben, auf der leider traurige Feststellungen gemacht werden mußten. So bemüht sich die eingeleitete Zentralkommission der Kammer (Deutscher Holzarbeiterverband) seit Jahren um die Sammlung von einschlägigen Material. Eine Petition um Bundesratsverordnungen fand im Reichstag Entgegenkommen, aber beim Bundesrat keine Billigung, weil bereits preussische Bestimmungen beständen. Und doch bedeuten diese aber einen Rückschritt dem Fortschritt. So bringt die schpreussische Verordnung kein Verbot der Jugendlichen- und Heimarbeit, deren Nichtbeschäftigung schon seit Jahren im Interesse der Bekämpfung der Brandgefahr nicht nur von den Arbeitern gefordert wird.

Unser Chemiker ist es gelungen, verschiedene Ersatzmittel für das so feuergefährliche Zelluloid zu erfinden. Jedoch findet letzteres, wegen seines niedrigen Preises, noch immer die meiste Verwendung. Es sei hierbei auf die Bedeutung des Zelluloid hingewiesen, einem Material, das dieselben Eigenschaften wie Zelluloid besitzt, jedoch nicht feuergefährlich ist. Das hat auch das große Explosionsunglück des Zelluloidfabrikanten in Johannisthal vor etwa 1 1/2 Jahren bewiesen, indem die aus Zellon hergestellten Scheiben fast vollständig intakt geblieben sind.

Ein wahres Verbrechen ist es, das Zelluloidmaterial den Arbeitern mit zur Verarbeitung in die Häuser zu geben. Dadurch werden die Brandgefahren in die Wohnungen selbst getragen und diese zu Nordgruben und Menschenfallen gemacht. Das beweisen die vielen Unglücksfälle auch am allerbesten. Würden bei der Einreichung der Petition seitens der Arbeiter im Jahre 1910 31 Tote und 200 Gefährdete gezählt, so ist diese Zahl zurzeit auf

270 Tote, 251 teils Schwerverletzte und über 2000 Gefährdete angeschwollen. Wohllich erschütternde Zahlen! So haben wir Brände in den Zelluloidbetrieben wahre Orgien gefeiert. Reichs-Runder. Müßen doch sogar die Gewerbe-Inspektoren in ihren Jahresberichten über die ungeheure Leichtfertigkeit einer ganzen Anzahl Unternehmer berichten, die nicht einmal die gänzlich ungenügenden Orispolizei-Vorschriften beachten. Einzelne dieser Beamten klagen auch über die große Zahl Jugendlicher in der Zelluloidindustrie. Sind doch allein in der Kammerindustrie nur etwa die Hälfte aller Beschäftigten erwachsene, männliche Arbeiter. Was sind die großen Unglücksfälle in Geispolshelm (17 Tote), Bielefeld (22 Tote), Reich Wolf (150 Tote) in frischer Erinnerung. Und fast allen Bränden ist die ungenügende Ausbildung gerade der Jugendlichen in der Handierung mit diesem gefährlichen Zelluloidmaterial schuld. Hätten die erwachsenen Arbeiter nicht die durch jahrelange Tätigkeit erworbene Gewissenhaftigkeit, die Arbeitshätten noch viel mehr Menschenleben auf dem Gewissen.

Die deutschen Kammerer tüsten zu einer neuen Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften, den Reichstag und Bundesrat um allgemeine Vorschriften für das ganze Reich. Ob mit Erfolg? Jedenfalls haben die Arbeiter der deutschen Zelluloid-Industrie alles getan, um den Behörden die großen Missetaten in den Zelluloidbetrieben Deutschlands vor Augen zu führen.

Wäge der Ruf nach einer guten Bundesrats-Verordnung für das gesamte Reich nicht zu spät Berücksichtigung finden, damit die Regierung nicht mit schuldigen an dem fälligen großen Unglück in der deutschen Zelluloid-Industrie macht.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 21.6.	am 20.6.	Wasserstand	am 21.6.	am 20.6.
Bremel, Mühl	93	0	Saale, Gochsitz	192	—
Bregel, Ankerburg	92	-7	Saale, Brandenburg	53	—
Reichel, Horn	88	-4	Saale, Rastenburg	33	—
Ober, Rathor	145	-22	Spree, Spremberg	70	—
Krosen	88	+14	Spree, Beetzow	80	—
Frankfurt	81	+3	Weser, Münden	200	—
Wahl, Schirmm	-28	0	Weser, Münden	294	—
Wahl, Zinnsberg	—	—	Weser, Münden	308	—
Weser, Borsdamm	-9	-2	Weser, Münden	388	—
Weser, Zeitmeritz	18	-9	Weser, Münden	406	—
Weser, Dresden	-108	+13	Weser, Münden	193	—
Weser, Barby	133	+8	Weser, Münden	190	—
Weser, Magdeburg	106	+6	Weser, Münden	—	—

\*) 4 Uhr abends. — \*\*) 11 Uhr abends. — \*) 6 Uhr nachmittags. — \*\*) 6 Uhr abends. — \*) 11 Uhr abends. — \*\*) 11 Uhr abends. — \*) 6 Uhr nachmittags. — \*\*) 6 Uhr abends.